



ZGF

Zentralstelle
Landesfrauenbeauftragte

2022 / 2023

24. Tätigkeitsbericht

ZGF – Bremische Zentralstelle
für die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau

Inhalt

Vorwort	05
Die ZGF auf einen Blick	06
ZGF-Schwerpunkthemen 2022/2023	08
Wahlen im Land Bremen 2023	10
Arbeitsbereiche	12
Gewalt gegen Frauen	14
Arbeit & Wirtschaft	28
Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- und Migrationsbiografie	40
Berufsorientierung	48
Digitalisierung	58
Mädchenarbeit	64
Rechtsangelegenheiten Öffentlicher Dienst	70
Beschwerdestelle für sexistische Werbung	78
Gesundheit	82
Wissenschaft	92
Kultur & Gesellschaft	98
Öffentlichkeitsarbeit	106
Bremerhaven	114
Impressum	122

Verwendung von gendersensibler Sprache

Sprache spiegelt und formt unsere Wahrnehmung, deshalb muss sich nach Auffassung der ZGF auch die Vielfalt der Gesellschaft darin wiederfinden. Uns ist es daher wichtig, geschlechtersensible Formulierungen zu verwenden, die darauf hinweisen, dass es mehr als nur zwei Geschlechter gibt. Damit richten wir uns auch nach den allgemeinen Empfehlungen der Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen und deren Orientierungshilfe, wie Personen aller Geschlechter angesprochen werden können: der »Handreichung gendersensible Sprache in der Bremer Verwaltung«. Sie liefert Erklärungen, Hinweise und Vorschläge, wie Amtssprache nicht nur Männer, sondern Frauen, trans* und inter* Personen sowie nicht-binäre Menschen gleichermaßen anspricht. Sie kann im Internet abgerufen werden unter: [Handreichung Gendersensible Sprache in der Bremer Verwaltung – 2. Auflage – Transparenzportal Bremen](#).

In Anlehnung an diese Handreichung verwendet die ZGF in ihren Publikationen und auf ihrer Internetseite generell das sogenannte Gendersternchen (beispielsweise Ärzt*innen oder Professor*innen) beziehungsweise genderneutrale Formen (beispielsweise Teilnehmende oder Forschende), wenn alle Geschlechter gemeint sind.

ZGF MACHT BEI WEIBLICHEN NOMEN IM TÄTIGKEITS- BERICHT EINE AUSNAHME

Auch weibliche Nomen wie Frauen, Mädchen, Professorinnen oder Schülerinnen können am Ende des Wortes durch ein Gendersternchen ergänzt werden, um ihre Bedeutung zu spezifizieren: So soll die Schreibweise Frauen* und Mädchen* verdeutlichen, dass sich auf alle Personen bezogen wird, die bei Geburt den Geschlechtseintrag weiblich erhalten haben und/oder sich als Frau oder Mädchen definieren. Diese Berücksichtigung und Sichtbarmachung ist auch aus fachlicher Perspektive wichtig, da beispielsweise trans* Frauen häufig besonders von Diskriminierung und Gewalt betroffen sind und einen schlechteren Zugang zu passender, geschlechtersensibler Gesundheitsversorgung haben.

Deshalb verwendet die ZGF gerade in den Bereichen Gesundheit, Gewaltschutz und Mädchenarbeit, wenn relevant, das Sternchen am Ende von weiblichen Nomen. Um in diesem Tätigkeitsbericht einen einheitlichen Sprachgebrauch zu gewährleisten und somit Unklarheiten zu vermeiden, müssen wir jedoch im Folgenden darauf verzichten. Denn: In den meisten Arbeitsbereichen basieren Daten und Statistiken auf Zweigeschlechtigkeit: Wie viele Frauen sind von Gewalt betroffen? Wie viele Frauen sitzen in der Bremischen Bürgerschaft? Wie viel verdienen Frauen weniger als Männer? Diese Zahlen berücksichtigen nicht die Vielfalt der Geschlechter, sind für die ZGF aber eine wichtige Grundlage, um Geschlechterungleichheiten zwischen Männern und Frauen zu beziffern und entsprechende Handlungsbedarfe abzuleiten.

Vorwort



Foto: ©Cosima Hanebeck

Liebe Leser*innen,

Anfang des Jahres 2024 gingen viele Menschen, auch in Bremen und Bremerhaven, gegen Rassismus und Antisemitismus auf die Straße – für Vielfalt und gleiche Teilhabe aller Menschen. Rechtspopulistische Positionen setzen auf Ausschluss auch bei der Geschlechtergerechtigkeit und propagieren traditionelle Rollenbilder aus dem vergangenen Jahrhundert als zukunfts-tauglich. Hier gilt es Haltung zu zeigen und Kurs zu halten. Es darf frauenpolitisch keine Rückschritte geben. Denn das wird in unserem Bericht deutlich: Bis zur Gleichstellung der Geschlechter ist es noch ein gutes Stück Weg.

Immerhin: Im Land Bremen hat sich frauenpolitisch in den zwei zurückliegenden Jahren einiges getan und wichtige Vorhaben, an deren Prozessen auch die ZGF beteiligt war und ist, sind angestoßen worden. So beschloss der Bremer Senat im März 2022 einen Landesaktionsplan zum Schutz von Frauen vor Gewalt und viele der dort festgeschriebenen Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung. Mehr Fortschritte bei der Geschlechtergleichheit auf dem bremischen Arbeitsmarkt erhofft sich die ZGF durch die Anfang 2024 eingesetzte Senatskommission zur Umsetzung der hierzu beschlossenen Landesstrategie. Wichtig und richtig ist, dass die Kommission dabei auch einen Fokus auf Alleinerziehende richtet.

Beim Thema Chancengleichheit am Arbeitsmarkt müssen wir zudem Frauen mit Migrationshintergrund stärker in den Blick nehmen. Die ZGF wird sich in den kommenden Jahren daher mit ihrer Initiative »Vielfalt vor! Frauen | Migration | Arbeit« dafür einsetzen, dass diese bei der

Arbeitsmarktintegration zielgerichteter unterstützt werden. Ein weiterer ZGF-Schwerpunkt ist das Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«. Es trägt über sein Schulprogramm dazu bei, dass Rollenbilder aufgebrochen werden, um Schüler*innen eine Berufswahl jenseits von Geschlechterklischees zu ermöglichen. Das ist dringend notwendig. Denn die digitale Transformation und die Transformation der Energiesysteme bieten Chancen auf attraktive Arbeitsplätze. Die Gesellschaft und Politik stehen hier zudem in der Verantwortung, diese Transformationsprozesse geschlechtergerecht zu gestalten.

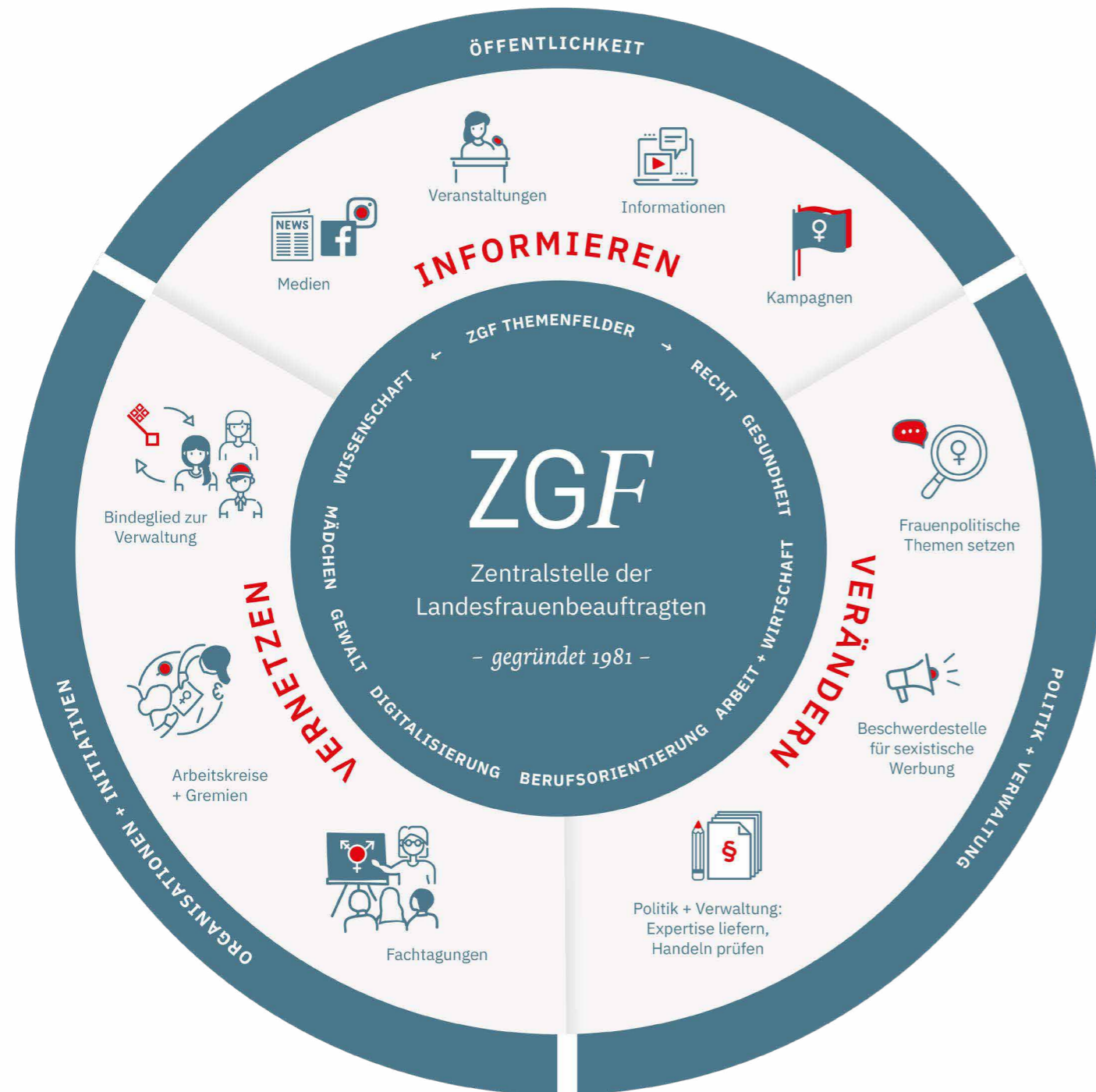
Keine Transformation, aber wichtige personelle Veränderungen gab es bei der ZGF. Seit Juli 2022 ist Katharina Kunze die stellvertretende Landesfrauenbeauftragte sowie Leiterin Fachthemen. Dr. Kathrin Stern übernahm im Februar 2024 die Leitung des ZGF-Büros in Bremerhaven.

Mein Team und ich wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. Unser Tätigkeitsbericht für die Jahre 2022/2023 gibt Ihnen nicht nur einen Eindruck zu der vielfältigen Arbeit der ZGF, sondern auch zu der frauenpolitischen Situation im Land Bremen.

Ihre

Bettina Wilhelm
Landesfrauenbeauftragte Bremen

Die ZGF auf einen Blick



Informieren, verändern, vernetzen

Die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) ist eine Behörde der Freien Hansestadt Bremen. Ihr gesetzlicher Auftrag ist es, im Land Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung erfüllt wird.

Hierzu entwickelt die ZGF Maßnahmen, um Benachteiligungen von Frauen und Mädchen abzubauen. Dabei berücksichtigt sie deren vielfältigen Lebensrealitäten, in der verschiedene Formen der Diskriminierung zusammentreffen können.

Ein wesentlicher Teil der Arbeit der ZGF besteht darin, politisches wie Verwaltungshandeln im Land Bremen in Bezug auf die Auswirkungen auf Frauen und Mädchen zu überprüfen und die Perspektive von Frauen in Entscheidungsprozesse einzubringen. Die ZGF fordert die Umsetzung von Recht und Gesetz zugunsten von Frauen und Mädchen ein und informiert die Öffentlichkeit über frauenpolitische Themen, um diesen Belangen Nachdruck zu verleihen. Zudem unterstützt, vernetzt und informiert sie Fraueneinrichtungen, Initiativen und Organisationen.

GESETZLICHER AUFTRAG

»Im Lande Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung erfüllt wird.«

STANDORTE

BREMEN
17 Mitarbeitende

BREMERHAVEN
4 Mitarbeitende



ZGF-Schwerpunktthemen 2022/2023

ZGF-Initiative »Vielfalt vor!
Frauen | Migration | Arbeit«



Vielfalt vor!
FRAUEN
MIGRATION
ARBEIT

Logo und Motiv des ZGF-Projekts »Vielfalt vor!«

Das Land Bremen hat mit rund 37 Prozent einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Rund die Hälfte von ihnen sind Frauen, die vielfältige Fähigkeiten und Kenntnisse besitzen. Viele von ihnen sind jedoch arbeitslos, geringfügig oder prekär beschäftigt und/oder arbeiten unterhalb ihrer Qualifizierung. Die ZGF legt mit ihrer Initiative »Vielfalt vor! Frauen | Migration | Arbeit« bis Ende des Jahre 2025 einen Arbeitsschwerpunkt auf das Thema Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- und Migrationsbiografie. Ziel der Initiative ist es, passgenaue Angebote für diese Frauen zu entwickeln und nachhaltig zu etablieren. Die Initiative wird durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds Plus gefördert. Ausführliche Informationen zur Arbeit des Projekts finden Sie auf Seite 42.

Geschlechtergerechte
Digitalisierung

```

1 0 1 0 1 0 1 0 0 0 1 1
0 1 0 1 0 1 0 1 1 1 0 0
1 0 1 0 1 0 1 1 1 0 1 1
0 1 0 1 0 1 0 0 0 1 0 0
1 #ERROR 1
0 0 0 0
1 0 1 0 1 0 1 1 1 0 1 1
0 1 0 1 0 1 0 0 0 1 0 0
1 0 1 0 1 0 1 1 1 0 0 1
0 1 1 1 Digitalisierung 1 0
1 0 0 0 Fehlermeldung bei der
0 1 0 0 Geschlechtergerechtigkeit
  
```

Logo der ZGF-Veranstaltungsreihe »#ERROR«

Die digitale Transformation ist in vollem Gange und führt im Privaten wie auch in der Arbeitswelt zu grundlegenden Veränderungen. Leider geschieht der Wandel teilweise zum Nachteil der Geschlechtergerechtigkeit. Doch wo genau liegen die Fehler im System? Und wie betrifft uns das im Bundesland Bremen? Was sind unsere Handlungsmöglichkeiten? Diese Fragen griff die ZGF mit ihrer Veranstaltungsreihe »#ERROR« auf. An drei Terminen standen die drei Themenblöcke politisches Engagement und Hate Speech, Antifeminismus im Netz sowie ein feministischer Blick auf die Künstliche Intelligenz im Fokus. Bei dem Format lieferten renommierte Expert*innen Input zu den Herausforderungen und Problemen und zeigten Stellschrauben für eine geschlechtergerechte Digitalpolitik auf. Lesen Sie mehr zur Arbeit der ZGF im Bereich Digitalisierung auf Seite 58.

Projekt gegen Klischees
bei der Berufswahl



Logo des Projekts »Be OK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«

Ob in der Schule, in der Familie oder in den Sozialen Medien: Kinder und Jugendliche werden mit stereotypen Geschlechterbildern konfrontiert. Diese wirken sich auch auf die Berufswahl aus. Damit junge Menschen jedoch Entscheidungen jenseits von Rollenbildern treffen können, startete die ZGF gemeinsam mit Kooperationspartner*innen im Jahr 2019 das Projekt »Be OK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«. In der bis Ende November 2022 laufenden Pilotphase entwickelte das Projekt das interaktive und spielerische Format »Erlebnis-Projekttag«, das an Schulen in Bremen, Bremerhaven sowie im Landkreis Osterholz angeboten wurde. Aufgrund der großen Nachfrage durch die Schulen geht das Projekt bis Ende 2025 in eine Verlängerung. Das Projekt wird durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds Plus und der Bundesagentur für Arbeit Bremen - Bremerhaven gefördert. Mehr Informationen finden Sie in diesem Bericht auf Seite 48 sowie auf der Projekt-Webseite www.be-ok.de. Schauen Sie sich dort auch unseren Film zu den Projektinhalten an.



Schülerinnen während der »Be OK«-Projekttag.
Foto: ©Cosima Hanebeck

Wahlen im Land Bremen 2023

ZGF veröffentlicht Handlungsbedarfe zur Bürgerschafts- und Stadtverordnetenwahl



Titelbild der ZGF-Publikation »Bürgerschaftswahl im Mai 2023: Handlungsbedarfe im Land Bremen aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht«, Februar 2023

Um Politik, Verwaltung und die Öffentlichkeit auf die aus Sicht der ZGF notwendigen frauen- und gleichstellungspolitischen Handlungsbedarfe aufmerksam zu machen, haben wir diese im Vorfeld der Bürgerschafts- sowie der Stadtverordnetenwahl in Bremerhaven über unsere Social-Media-Kanäle sowie über eine Publikation veröffentlicht: www.frauen.bremen.de/zgfhandlungsbedarfe.

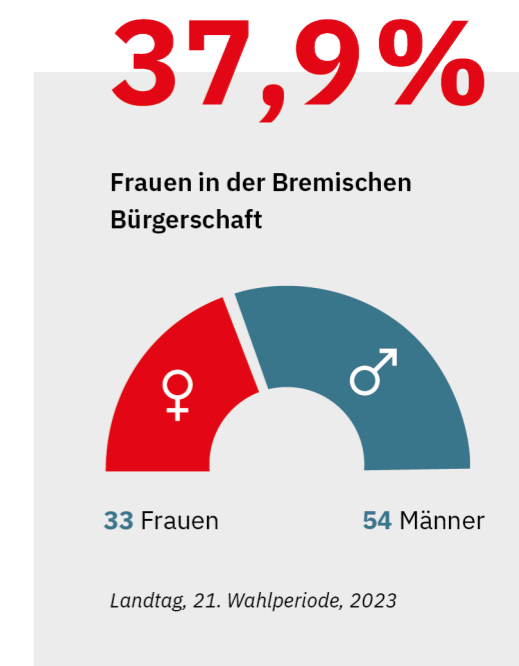
Einige der von der ZGF formulierten Handlungsbedarfe sind inzwischen umgesetzt. So wurde im Dezember 2023 die Einführung eines Angebots für Video- und Audiodolmetschdienste für die gesamte Bremer Verwaltung sowie für weitere Einrichtungen im Gesundheitswesen und im Bereich Gewaltschutz beschlossen (mehr hierzu auf Seite 17).

Zudem wurden mit dem bremischen Gesetz zu Schwangerschaftsabbrüchen im März 2023 wichtige Regelungen getroffen, um die Situation von ungewollt Schwangeren im Land Bremen zu verbessern. Änderungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) im Mai 2023 brachten eine gewisse Aufwertung des Amtes der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, gehen nach Meinung der ZGF aber nicht weit genug (sehen Sie hierzu auch Seite 74).

Auch nach rund einem Jahr haben viele der im Mai 2023 von der ZGF veröffentlichten Handlungsbedarfe weiterhin Gültigkeit. So müssen Betroffene von häuslicher Gewalt bei Beratungs- und Hilfsangeboten immer noch lange auf Termine warten. Auch bei der Kinderbetreuung gilt nach wie vor: wir brauchen mehr, flexiblere und verlässlichere Angebote. Das sind nur zwei Beispiele – alle aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Handlungsbedarfe der ZGF finden Sie in diesem Bericht in den Kapiteln zu den jeweiligen ZGF-Fachthemen.

Keine Parität in der Bremischen Bürgerschaft

Nach der Bürgerschaftswahl im Mai 2023 sitzen in der Bremischen Bürgerschaft 33 Frauen und 54 Männer. Der Frauenanteil liegt damit bei knapp 38 Prozent und ist etwas höher als bei der vorherigen Legislaturperiode. Nur in den Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sitzen gleich viele beziehungsweise mehr Frauen. Bei der SPD stehen hingegen 27 Männern nur neun Frauen gegenüber, bei der Linken-Fraktion sind lediglich drei von zehn Abgeordneten weiblich. Dabei waren die Wahllisten von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke paritätisch oder sogar weiblich dominiert. Es liegt nahe, dass die Unterrepräsentanz von Frauen mit dem Bremer Wahlrecht und seiner Gewichtung von Listen- und Personenstimmen zusammenhängt. Die ZGF begrüßt daher, dass sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag zu einem Paritätsgesetz bekennen.



Social-Media-Posts der ZGF zu frauenpolitischen Handlungsbedarfen zur Wahl im Land Bremen 2023



Stellvertretende Landesfrauenbeauftragte und
Leiterin Fachthemen, Katharina Kunze. Foto: ©Kerstin Rolfes

Wechsel in der Dienst- stellenleitung der ZGF

Seit Juli 2022 ist Katharina Kunze bei der ZGF als stellvertretende Landesfrauenbeauftragte sowie Leiterin Fachthemen tätig. Als Leitung Fachthemen koordiniert sie die Arbeit der fünf Fachreferent*innen und der drei Juristinnen der ZGF. Sie ist zudem für die Implementierung und Neuausrichtung von internen Steuerungs- und Planungsprozessen mitverantwortlich. Katharina Kunze vertritt die ZGF in Netzwerken zu den Themen Vielfalt und Antidiskriminierung, in der Öffentlichkeit und den Medien sowie gegenüber der Politik und der Verwaltung – fachlich und/oder als Stellvertretung der Landesfrauenbeauftragten.

Katharina Kunze hat einen Masterabschluss in den Fächern Ethnologie, Gender Studies und Philosophie und ist gelernte Texterin. Sie hat langjährige Berufserfahrung im Bereich Gleichstellungsarbeit. So leitete Katharina Kunze beispielsweise das Frauenbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken, war Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Erlangen und arbeitete zu dem Thema weibliche Genitalverstümmelung (FGM).

Katharina Kunze folgt auf Bärbel Reimann, die nun den Stabsbereich Frauen bei der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz leitet.

Arbeits- bereiche

Gewalt gegen Frauen
Arbeit & Wirtschaft
Arbeitsmarktintegration
von Frauen mit Flucht-
und Migrationsbiografie
Berufsorientierung
Digitalisierung
Mädchenarbeit
Rechtsangelegenheiten |
Öffentlicher Dienst
Beschwerdestelle für
sexistische Werbung
Gesundheit
Wissenschaft
Kultur & Gesellschaft

Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen

Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gilt es umzusetzen. Hierfür ist die Istanbul-Konvention, ein Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen, ein Meilenstein. Denn sie verpflichtet Bund, Bundesländer und Kommunen dazu, Gewalt vorzubeugen, sie zu bekämpfen, und von Gewalt betroffene Frauen umfassend zu schützen.

Die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten steuerte gemeinsam mit der Senatorin für Frauen den Prozess zur Erstellung eines Landesaktionsplans zur Umsetzung der Konvention im Land Bremen. Viele Akteur*innen und ein Betroffenenbeirat wurden an dem Prozess beteiligt. Die ZGF wurde in den Berichtsjahren bundesweit zu

verschiedenen Vorträgen und Konferenzen eingeladen, um über die Erstellung und Umsetzung des Landesaktionsplanes zu berichten, da dieser auf nationaler sowie internationaler Ebene fachlich Anerkennung fand.

GEWALT AN FRAUEN HAT
VIELE GESICHTER:

Häusliche Gewalt
sexualisierte Gewalt
Stalking sexuelle Belästigung
Zwangsverheiratung & Kinderehen
Gewalt gegen Flinta*
Zwangsprostitution Mobbing
weibliche Genitalverstümmelung
(FGM/C)

Landesaktionsplan zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt

Der Landesaktionsplan zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt wurde im März 2022 vom Bremer Senat beschlossen. Er umfasst 75 Maßnahmen, die in den kommenden Jahren Schritt für Schritt umgesetzt werden. Die ZGF ist an der Umsetzung von 31 der 75 im Landesaktionsplan festgeschriebenen Maßnahmen beteiligt, teilweise federführend. Insbesondere koordiniert sie die Vernetzung der Hilfesysteme, sodass die Arbeit von beispielsweise Polizei, Justiz, Behörden, Krankenhäusern, Fraueneinrichtungen und Frauenhäusern besser abgestimmt wird und ineinandergreifen kann. Zudem koordiniert die ZGF die Maßnahmen zur Unterstützung und Hilfe von Frauen und Mädchen mit besonderem Schutzbedarf. Die ZGF arbeitet dabei schwerpunktmäßig zu den Gewaltformen: häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, digitale Gewalt, Stalking, Zwangsprostitution/Prostitution, Zwangsverheiratung und Kinderehen sowie weibliche Genitalverstümmelung/Beschneidung (FGM/C). Ein Großteil der im Berichtszeitraum geleisteten Arbeit im ZGF-Fachbereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen betraf die Umsetzung von Maßnahmen des Landesaktionsplans.



Titelbild des Bremer Landesaktionsplans zum Schutz von Frauen vor Gewalt

RUNDER TISCH ISTANBUL-KONVENTION

Der Runde Tisch Istanbul-Konvention tagt einmal jährlich auf Einladung der Landeskoordinierungsstelle der Senatorin für Frauen, Gesundheit und Verbraucherschutz. Er dient, wie auch der Betroffenenbeirat, der Beteiligung der Zivilgesellschaft. Themen des Runden Tisches sind die bremische und nationale Entwicklung der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Dabei bewertet er die Umsetzung des bremischen Landesaktionsplans zum Schutz von Frauen vor Gewalt nach einem eigens erstellten Ampelsystem, gibt fachpolitische Impulse und berät die Verwaltung im Umsetzungsprozess. Die ZGF ist ständiger Gast beim Runden Tisch und brachte im Berichtszeitraum ihr Fachwissen dort beispielsweise über Vorträge ein.



Frauensensorin Claudia Bernhard und ZGF-Referentin Silke Ladewig-Makosch präsentieren den Landesaktionsplan zum Schutz von Frauen vor Gewalt, 1. März 2022

Neugründung der Arbeitsgemeinschaft Dunkelfeld

Ein Großteil der von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen erstattet keine Anzeige und wendet sich nicht an Beratungsstellen. Entsprechend spricht man von dem sogenannten Dunkelfeld. Häufig schweigen die Mädchen und Frauen aber nicht grundsätzlich zu ihren Gewalterfahrungen. Vielmehr vertrauen sie sich direkt oder indirekt beispielsweise Lehrkräften und Erzieher*innen, Beschäftigten im Gesundheitswesen, in Kirchengemeinden oder in der Beratung von Migrant*innen an. Um mehr Licht in das Dunkelfeld zu bekommen und so den Frauen und Mädchen besser helfen zu können, wurde im Jahr 2022 die Arbeitsgemeinschaft Dunkelfeld von der ZGF gegründet.

Die Arbeitsgemeinschaft nahm im Juni 2022 ihre Arbeit mit rund 50 Teilnehmenden auf. Sie richtet sich an Mitarbeitende und Vertreter*innen von Einrichtungen und Organisationen, die in ihrem Berufsalltag immer wieder mit Gewalterfahrungen konfrontiert werden, bei denen Hilfe oder Beratung zu Gewalt aber nicht zu ihren direkten Aufgaben- und Arbeitsbereichen gehört. Damit die Mitarbeitenden dieser Einrichtungen den Betroffenen zielführend helfen können und selbst auch Unterstützung erfahren, benötigen sie entsprechende Schulungen und Netzwerke. Auch ist ihr Wissen über das Dunkelfeld enorm wichtig und trägt zur Verbesserung des Hilfesystems bei.

Flächendeckendes Angebot von Dolmetschdiensten

Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren haben oder von Gewalt bedroht sind, müssen sich auf eine vertrauliche, anonyme und qualifizierte Sprachmittlung verlassen können. Aktuell haben jedoch nicht alle Beratungsstellen sowie Behörden und die Polizei im Land Bremen Zugang zu einer solchen.

Im Bremer Landesaktionsplan wurde die Dringlichkeit einer qualitativ guten Sprachmittlung als prioritär erkannt und daher die Prüfung des Erwerbs einer flächendeckenden, ressort- und trägerübergreifenden Bereitstellung von Video- und Audiodolmetschung, festgeschrieben. Diese Prüfung erfolgte durch die ZGF und den Senator für Finanzen. Hierfür wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung des Magistrats Bremerhaven eingerichtet. Zudem wurde die Expertise anderer Bundesländer eingeholt, die bereits flächendeckend Video- und Audiodolmetschdienste nutzen. Die Prüfung kam zu dem Ergebnis, dass ein solches Angebot auch für das Bundesland Bremen sinnvoll ist. Die Einführung wurde daraufhin im Dezember 2023 vom bremischen Senat beschlossen.

Zusätzlich konnten die (Weiter-)Qualifizierung von Sprachmittler*innen in traumasensibler Gesprächsführung und das Angebot von Supervision im Jahr 2022 durch Mittel der ZGF erweitert werden.

JEDE

dritte

FRAU IN DEUTSCHLAND IST
MINDESTENS EINMAL IN IHREM
LEBEN VON GEWALT BETROFFEN.



Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Weibliche Genitalverstümmelung/Beschneidung (FGM/C)

Über 200 Millionen Mädchen und Frauen in Afrika, im Mittleren Osten und in Asien haben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Genitalverstümmelung erlitten. Auch in Deutschland und Bremen lebende Frauen und Mädchen aus den genannten Regionen sind betroffen oder gefährdet. Weibliche Genitalverstümmelung/Beschneidung ist eine schwere Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Der Bremer Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Mädchen schreibt deshalb ein Maßnahmenpaket dazu vor, an dem die ZGF maßgeblich beteiligt ist.

ZGF-BROSCHÜRE ZU WEIBLICHER GENITALVERSTÜMMELUNG (FGM/C)



Titelbild der ZGF-Publikation zu weiblicher Genitalverstümmelung (FGM/C), Dezember 2023

Bei einem von der ZGF veranstalteten Workshop zum Thema weibliche Genitalverstümmelung/Beschneidung (Female Genital Mutilation/Cutting, kurz FGM/C) wurde der Bedarf von Fachpersonen an Informationsmaterialien zu dem Thema sowie zum Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung im Allgemeinen ersichtlich. Basierend darauf übernahm die ZGF die Konzeption und Erstellung einer entsprechenden Publikation.

Im Dezember 2023 veröffentlichte die ZGF die 40-seitige Broschüre »Hinschauen, zuhören, unterstützen – Informationen für Fachkräfte zur weiblichen Genitalverstümmelung (FGM/C)«, die über wesentliche Aspekte zum Thema weibliche Genitalverstümmelung informiert. Sie richtet sich an Fachkräfte in Bremer Schulen und Kitas, im Jugendamt, bei der Polizei sowie in medizinischen und sozialen Einrichtungen. Die Veröffentlichung bietet Orientierung und praktische Handlungsanleitungen, wenn Fachpersonen mit von FGM/C Betroffenen oder Bedrohten in Kontakt kommen.

Die Broschüre nähert sich dem sensiblen Thema von mehreren Seiten, indem unter anderem die führenden Expert*innen Deutschlands zu Wort kommen. Zudem werden rechtliche Aspekte erläutert und Hinweise zu einer gelingenden Kommunikation gegeben. In einem Beiheft der Broschüre finden Fachkräfte zusätzlich Kontaktadressen von weiterführenden Beratungs- und Fachstellen zu weiblicher Genitalverstümmelung in Bremen und Bremerhaven. Die Broschüre ist die erste Publikation für das Land Bremen, die sich direkt an Fachpersonen richtet. Der Bedarf ist entsprechend hoch: Mehr als 1.000 Exemplare wurden bereits von Beratungsstellen und Personen aus dem Gesundheitswesen, wie beispielsweise von Hebammen, bestellt. Zusätzlich verschickt die ZGF proaktiv Broschüren an Schulen, Kitas und Arztpraxen im Land Bremen.

Die Publikation kann bei der ZGF als Druckausgabe bestellt oder im Internet heruntergeladen werden: [Publikationen Gewalt gegen Frauen - Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten \(bremen.de\)](https://publikationen.gewalt-gegen-frauen.de).



ZGF-Presskonferenz zu weiblicher Genitalverstümmelung (FGM/C) mit der Expertin Fadumo Korn (vorne, 2. von links), 5. Mai 2023

BESTANDTEIL DES NOTFALLORDNERS FÜR DIE SCHULEN IM LAND BREMEN

Die von der ZGF erstellten Informationen zur weiblichen Genitalverstümmelung sind zudem Teil des Notfallordners »Hilfen bei nicht-alltäglichen Situationen« für die Bremer Schulen. Er wurde im Berichtszeitraum überarbeitet und im Februar 2024 von der Bildungssenatorin vorgelegt. Mit dem Ordner haben die Schulen im Land Bremen nun themenspezifische Handlungsempfehlungen zu einer Bandbreite an Problemlagen – vom Brandfall über unterschiedliche Gewaltformen bis hin zu Diskriminierung und Drogendelikten.

ZGF-PRESSEKONFERENZ MIT DER EXPERTIN FADUMO KORN

Um mehr Bewusstsein für das Thema weibliche Genitalverstümmelung in Bremen zu generieren und so Verbesserungen für Betroffene sowie für gefährdete Mädchen zu erreichen, veranstaltete die ZGF im Mai 2022 gemeinsam mit der Expertin, Aktivistin und Betroffenen Fadumo Korn sowie mit dem Somalischen Verein Norddeutschland e.V. eine Pressekonferenz. Diese fand in Verbindung zu der Veranstaltung »Bildung statt Beschneidung« des Somalischen Vereins statt, die durch die ZGF unterstützt wurde.

FORTBILDUNG MIT RENOMMIERTEM FACHARZT

Im November 2023 lud die ZGF zu einer Fortbildung mit dem Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Dr. Christoph Zerm, zum Thema weibliche Genitalverstümmelung ein. Neben Fachinformationen bot der Termin den rund 90 Teilnehmenden die Gelegenheit sich zu vernetzen.

Dr. Christoph Zerm ist Autor des Leitfadens »Weibliche Genitale Beschneidung – Umgang mit Betroffenen und Prävention; Empfehlungen für Angehörige des Gesundheitswesens und weitere potentiell involvierte Berufsgruppen«. Zudem veröffentlichte er verschiedene Forschungsarbeiten zu dem Thema.

Prostitution

Eingereichte Bauanträge zum Ausbau der Helenenstraße entfachten in Bremen erneut die gesellschaftliche und politische Diskussion zum Thema Prostitution. In der Koalition gibt es unterschiedliche Positionierungen hierzu. Die ZGF sprach sich gegen den Ausbau, aber auch gegen eine Schließung der Prostitutionsstätten in der Helenenstraße aus, damit sich die Prostitution nicht in Gewerbegebiete oder Wohnungen verlagert, wo die Frauen weniger sichtbar sind und damit einem höheren Risiko ausgesetzt wären. Die ZGF fordert zudem effektivere Kontrollen der Prostitutionsstätten und ihres Umfelds sowie ein stärkeres Vorgehen gegen Zuhälter, insbesondere um Zwangsprostitution zu verhindern.

WORKSHOP ZU ZWANGSPROSTITUTION

Die ZGF führte im Jahr 2022 einen Workshop zum Thema Zwangsprostitution durch. Darin wurden mit einem ausgewählten Personenkreis Zuständigkeiten festgestellt und Handlungsbedarfe diskutiert. Im Vorfeld gab es umfangreiche Abfragen, um Wissensstand und Bedarfe der Akteur*innen zu erfahren. Dadurch soll die zukünftige Zusammenarbeit effizienter und mehr ineinandergreifend ohne Schnittstellenverluste gestaltet werden.

Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für Wohneinrichtungen

Frauen und Mädchen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen haben ein erhöhtes Risiko, Gewalt zu erfahren: zwei- bis dreimal häufiger als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. Dabei gehören unter anderem Diskriminierung und Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe zum Alltag vieler Frauen mit Behinderungen.

Mit dem Teilhabestärkungsgesetz wurde im Juni 2021 der Paragraph 37a im SGB IX eingefügt, der alle Leistungserbringer zu geeignetem Gewaltschutz, insbesondere für Frauen und Kinder mit Behinderungen, verpflichtet. Dies gilt für alle Leistungserbringer von Angeboten der Eingliederungshilfe. Bereits vorher hatte Bremen den Gewaltschutz in Einrichtungen sowohl in das Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz als auch in die Verträge mit den Betreiber*innen von Einrichtungen aufgenommen. Träger*innen von Einrichtungen sind dazu verpflichtet, Maßnahmen zur Gewaltprävention zu treffen und ein Gewaltschutzkonzept zu entwickeln. Im Jahr 2022 wurden in einer Arbeitsgruppe umfassende Standards für solche Gewaltschutzkonzepte erarbeitet. Sie sollen nun verbindlich in allen Einrichtungen etabliert und anschließend evaluiert werden. Die ZGF war in der Unterkommission zur Erarbeitung der Standards vertreten.

Workshop zu obdachlosen, drogenabhängigen und sich prostituierenden Frauen

In der Stadt Bremen nehmen die Drogenhilfe und Soziale Dienste immer mehr Frauen und Mädchen wahr, die sich in der Obdachlosigkeit befinden, Suchtmittel konsumieren, sich prostituieren und/oder sich in einer psychischen Ausnahme-situation befinden. In diesen Lebenslagen erleben Frauen oftmals verstärkt Gewalt. Um diese Entwicklung und geeignete Unterstützung für drogenabhängige, obdachlose und sich prostituierende Frauen und Mädchen zu erörtern, veranstaltete die ZGF im Mai 2023 den Workshop »Nicht länger durch die Maschen fallen! Ein Sicherheitsnetz für Frauen* mit besonderem Schutzbedarf«. Dort trafen sich rund 60 Vertreter*innen aus unterschiedlichen Fachrichtungen, um Anforderungen für spezielle Hilfsangebote zu erarbeiten und um ein breites Netzwerk zu bilden. Beteiligt waren Mitarbeitende von Wohnungslosenhilfe, Beratungsstellen, Kliniken, Polizei, Verwaltung, Frauenhäusern, unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen sowie Streetworker*innen aus Bremen und Bremerhaven. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch einen Impulsvortrag von Sabine Bösing, Geschäftsführung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe und Expertin zu den Themen Wohnungslosigkeit, Gesundheit und Frauen sowie Mitglied im Bündnis Istanbul-Konvention.



Publikum auf dem ZGF-Fachtag zu Diversity und geschlechtsspezifischer Gewalt, 15. Dezember 2023



Podium auf dem ZGF-Fachtag zu Diversity und geschlechtsspezifischer Gewalt. Von links: Die Autorinnen Hadija Haruna-Oelker und Elisabeth Lechner, Moderatorin Gülcan Yoksulabakan-

Üstüay, Aktivistin Nomazulu Thata, Autorin Marlen Hobrack und ZGF-Referentin Silke Ladewig-Makosch, 15. Dezember 2023. Alle Fotos zum Fachtag: @Cosima Hanebeck

Diversity und geschlechtsspezifische Gewalt

Im Dezember 2023 richtete die ZGF im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen und Mädchen einen Fachtag zu Diversity und geschlechtsspezifischer Gewalt aus. Der Fachtag stellte die Frage, wie Menschen mit verschiedenstem Hintergrund vom Hilfesystem erreicht, repräsentiert, verstanden und beraten werden können, ohne dass es zu (erneuten) Diskriminierungen, Klischees oder Unverständnis kommt.

Zu den renommierten Referentinnen des Fachtages gehörten unter anderem die Autorinnen Hadija Haruna-Oelker, Marlen Hobrack und Dr. Elisabeth Lechner sowie die Aktivistin Nomazulu Thata. Durch die Veranstaltung, zu der rund 200 Teilnehmende kamen, führte Gülcan Yoksulabakan-Üstüay, Diversity-Referentin beim Aus- und Fortbildungszentrum der Freien Hansestadt Bremen. Die ZGF plant, die Ergebnisse des Fachtages im Jahr 2024 in einer Dokumentation zu veröffentlichen. Begleitend zu der Fachveranstaltung fand in Kooperation mit der Lesebühne im Lagerhaus »OUT LOUD« die Lesung »drei K – Körper | Klasse | Kämpfe« zum Thema geschlechtsspezifische Diskriminierung und Diversity mit den oben genannten drei Autorinnen in der Weserburg – Museum für moderne Kunst statt. Mehr Informationen auf Seite 101.

Die ZGF veranstaltete darüber hinaus im Jahr 2022 interdisziplinäre sowie ressort- und trägerübergreifende Vorträge zur Thematik Intersektionalität und Diversity. Unter anderem wurde Dr. Urmila Goel zu einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Besonderer Schutzbedarf eingeladen, die eine Präsentation über »Verflochtene Machtverhältnisse – eine intersektionale Perspektive für die Beratung« vorstellte und anschließend für einen Austausch zur Verfügung stand.



Nomazulu Thata, zu Gast auf dem Podium des ZGF-Fachtages zu Diversity und geschlechtsspezifischer Gewalt, 15. Dezember 2023

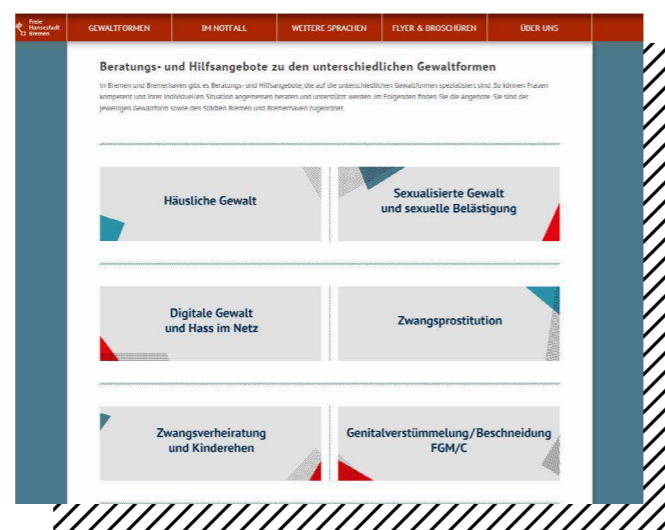
Beratungs- und Hilfsangebote bekannter machen

Im Jahr 2023 führte die ZGF ein Prüfgruppen-Projekt durch, um den Bekanntheitsgrad von Hilfs- und Beratungsangeboten zu Gewalt zu erhöhen. Das Projekt überprüfte mit Hilfe von Probandinnen, wie gut die Angebote für nicht-deutschsprachige Frauen zu finden sind. Außerdem wurden die Suchwörter, die Probandinnen bei ihrer Suche nutzten, ausgewertet. So konnte eine entsprechende Suchmaschinen-Optimierung erfolgen und bestehende Vorbehalte oder Unklarheiten angepasst werden. Auch die mehrsprachigen Flyer der ZGF zum Thema Gewaltschutz wurden hinsichtlich ihrer Ansprache der Zielgruppen überprüft. Außerdem wurde recherchiert, an welchen Orten Infomaterialien ausgelegt werden sollten, um die Zielgruppen zu erreichen.

Zusätzlich koordinierte die ZGF einen gebündelten und kostenlosen Versand der Informationsmaterialien unterschiedlicher Einrichtungen des bremischen Hilfesystems. In dem Zeitraum von September bis Anfang Dezember 2023 gingen bereits über 40.000 Flyer-Bestellungen von verschiedensten Institutionen wie zum Beispiel von Unterkünften für geflohene Menschen, Schulen, Beratungsstellen und Kirchen bei der ZGF ein.

Die Bestellungen ermöglichen zudem einen Überblick darüber, welche Sprachen besonders nachgefragt sind und an welchen Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt ein erhöhtes Interesse besteht.

ZGF-Webportal zu Hilfsangeboten bei Gewalt



Screenshot des ZGF-Webportals
www.gewaltgegenfrauen.bremen.de

Um von Gewalt betroffene Frauen und Kinder besser zu unterstützen, betreibt die ZGF das Webportal www.gewaltgegenfrauen.bremen.de. Nach dem Relaunch des Portals im November 2023 sind Kontakte zu den Hilfs- und Beratungsangeboten in den Städten Bremen und Bremerhaven dort übersichtlich aufgeführt und einfach zu finden. Abhängig von der Gewaltform gibt es im Land Bremen unterschiedliche, auf die spezifischen Bedarfe zugeschnittene Hilfs- und Beratungsangebote. Dem trägt das Portal Rechnung und ordnet Informationen und Kontakte der jeweiligen Gewaltform direkt zu. Hierzu gehören beispielsweise häusliche oder sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung, digitale Gewalt, Stalking oder Zwangsprostitution. Das Portal bietet zudem Informationen in den Sprachen Englisch, Französisch, Russisch, Türkisch, Kurdisch, Arabisch und Farsi sowie den Verweis auf ein bundesweites Angebot in Gebärdensprache.

Fortbildungsveranstaltung zu Datenschutz und Schweigepflicht

Bei Kooperationen innerhalb des Hilfesystems stellt sich häufig die Frage, ob und auf welche Weise ein Austausch zwischen Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfeleistungsinstitutionen im Sinne der Betroffenen rechtlich zulässig oder aber verpflichtend ist. Das Spannungsfeld zwischen Austausch im Hilfesystem, Meldepflicht und Sicherung der Vertraulichkeit stand im Mittelpunkt der ZGF-Fortbildungsveranstaltung »Datenschutz und Schweigepflicht im Hilfesystem« im Dezember 2023. Einen fachlichen Input lieferte Prof. Marion Hundt, Professorin für Öffentliches Recht an der Evangelischen Hochschule Berlin (EHB) und Expertin auf den Gebieten des Verwaltungs-, Bildungs- und Migrationsrechts, der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Datenschutzes. Aufgrund der großen Nachfrage ermöglichte die ZGF eine hybride Teilnahme und bot einen weiteren Veranstaltungstermin an. Somit konnten alle 240 Anmeldungen für die Fortbildung berücksichtigt werden.

Stakeholder-Treffen zu Femiziden

Im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mitfinanzierten Projekts »FEM-UnitED – gemeinsam in Europa Femizide verhindern« veranstaltete das Institut für empirische Soziologie (IfeS) der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Jahr 2022 mehrere Stakeholder Meetings mit Vertreter*innen von Bund und Ländern in Deutschland. Die ZGF nahm für das Land Bremen an diesen Treffen und an der Abschlusskonferenz teil.

Bei den Treffen wurden die wichtigsten Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Prävention und Intervention bei Femiziden präsentiert und diskutiert. Politische Vertreter*innen aus der Politik kündigten zum Ende des Dialoges an, die zentralen Maßnahmen von »FEM-UnitED« in die Aktionspläne zur Umsetzung der Istanbul-Konvention auf Länderebene einzubeziehen.

Kooperation mit der Kampagne »Kennst du MIKA*?«

»Kennst du MIKA*?« – mit dieser Frage können sich Menschen in Bremer Bars, Diskotheken oder Kneipen unauffällig an das Personal wenden, wenn sie sich bedroht oder belästigt fühlen und Hilfe benötigen. Die Aktion wird organisiert vom Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V., der psychologischen Beratungsstelle bei sexueller Gewalt. Die Kampagne richtet sich an Gäste von Gastronomie- und Event-Betrieben und deren Personal. Die ZGF hat das Projekt im Berichtszeitraum über ihre Öffentlichkeitsarbeit beworben und unterstützt.



Sattelbezüge zur Kampagne »Kennst Du Mika*?«

EU-Antrag zu geschlechtsspezifischer Gewalt

Im Frühjahr 2022 stellten das Bremer Innenressort und die ZGF zusammen mit weiteren Partner*innen einen EU-Antrag zum Thema Gewalt an Frauen. Auch wenn der EU-Antrag nicht gefördert wurde, erreichte er dennoch eine hohe Punkt-Bewertung und kam auf die Warteliste der zu bewilligenden Anträge. Positiv hervorgehoben wurde die Zusammensetzung des Zusammenschlusses der Antragsteller*innen, die realistische Einschätzung der Finanz- und Projektplanung sowie eine gute Darstellung der Notwendigkeit und der genderspezifischen Aspekte. Aufgrund der positiven Bewertung beschlossen das Innenressort und die ZGF, der Aufforderung, den Antrag beim nächsten Call im April 2024 erneut einzureichen, nachzukommen.



Ausblick

In den Jahren 2022/2023 ist es der ZGF gelungen, ein Netz aus Institutionen, Hilfseinrichtungen und Organisationen zu spannen und mit verschiedenen Expert*innen, auch auf Bundesebene, zusammen zu arbeiten. So konnte beispielsweise durch die gute Zusammenarbeit mit den Bundesländern Thüringen und Brandenburg die Einführung eines flächendeckenden Angebots für Video- und Audiodolmetzung zügig angestoßen werden.

Die Zusammenarbeit mit den renommierten Referent*innen der von der ZGF angebotenen Fortbildungen und Fachtage soll zukünftig fortgesetzt werden. Noch gibt es im Bundesland Bremen viel zu tun, um Frauen und Mädchen besser vor Gewalt zu schützen. So benötigt das Hilfesystem für von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen stärkere finanzielle und politische Unterstützung. Dafür wird sich die ZGF einsetzen.

Handlungsbedarfe

PROSTITUTION: KOMPLEXITÄT BERÜCKSICHTIGEN

Die ZGF spricht sich für eine differenzierte Betrachtung des komplexen Themas Prostitution aus. Es sollte in der stark polarisierten Debatte stärker unterschieden werden, ob es sich um Sexkauf, Armuts-, Beschaffungsprostitution oder Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung handelt. Prämisse sollte sein, die Rechte, Freiheit, Selbstbestimmung und Sicherheit von Frauen zu sichern beziehungsweise zu verbessern. Hierfür ist es aus Sicht der ZGF auch notwendig, die Beratungsstellen für Prostituierte auskömmlich zu finanzieren sowie die begonnenen Programme zur Ausstiegsberatung und Qualifizierung fortzuführen.

PROSTITUTION: GESAMTSTRATEGIE FÜR DAS LAND BREMEN ENTWICKELN

Bis spätestens zum Juli 2025 muss dem Deutschen Bundestag die vom Bundesfrauenministerium beauftragte Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes vorgelegt werden. Die ZGF empfiehlt, auf dieser Grundlage für das Land eine Gesamtstrategie zur Prostitution zu entwickeln. In die Erarbeitung der Strategie sollten alle relevanten Ressorts und Akteur*innen eingebunden werden.

BEDARFSGERECHTE FINANZIERUNG VON HILFS- UND BERATUNGSEINRICHTUNGEN

Frauen, die in Bremen Hilfe wegen sexualisierter und häuslicher Gewalt suchen, müssen mit langen Wartezeiten rechnen, obwohl sich viele von ihnen in Notsituationen befinden und traumatisiert sind. Das Land Bremen hat sich im Jahr 2022 mit dem Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen dazu verpflichtet, von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen zu schützen und ihnen entsprechende Hilfs- und Beratungsangebote bereitzustellen. Die ZGF erachtet es daher als notwendig, dass das Land den im Hilfesystem tätigen Einrichtungen in den kommenden Jahren die benötigten finanziellen Mittel bereitstellt, um allen von Gewalt Betroffenen zeitnah angemessen helfen und sie unterstützen zu können.

FINANZIERUNG EINER SCHUTZ-UNTERKUNFT FÜR OBDACHLOSE, SICH PROSTITUIERENDE UND/ODER SUCHTMITTEL KONSUMIERENDE FRAUEN IN BREMEN

Frauen und Mädchen, die sich in der Obdachlosigkeit befinden, die Suchtmittel konsumieren und/oder sich prostituieren, erleben in diesen Lebenslagen verstärkt Gewalt. Aktuell wird für sie ein Konzept für ein Hilfeangebot erstellt. Die ZGF hält es für notwendig, dass die Finanzierung für die Umsetzung des Konzeptes ebenfalls bereitgestellt wird.



Gremienarbeit

BREMEN

Arbeitskreis zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Leitung

Landesarbeitsgruppe von häuslicher Gewalt betroffene Kinder/Jugendliche

Runder Tisch zu Menschenhandel für das Land und die Stadt Bremen

Arbeitsgruppe Frauenbeauftragte in Werkstätten und Wohneinrichtungen

Runder Tisch zu weiblicher Genitalverstümmelung, Leitung

Ressortübergreifende Arbeitsgruppe Umsetzung Istanbul-Konvention

Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bremen, auslaufend, Federführung einer Arbeitsgruppe

Arbeitskreis gegen häusliche Gewalt in Bremen Nord

Arbeitsgruppe Besonderer Schutzbedarf, Leitung

Arbeitsgruppe Digitale Gewalt

Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt

Arbeitsgruppe Sexualisierte Gewalt

Betroffenenbeirat zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, bis Mitte 2023

Konferenz der Landeskoordinierungsstellen

Arbeitskreis Traumanetzwerk

Begleitgruppe Unterkunft für geflohene traumatisierte Frauen

Arbeitskreis zum Gewaltschutzkonzept für geflüchtete Frauen

Runder Tisch zu Sexualität und Behinderung

Arbeitsgruppe Umsetzung der Lanzarote-Konvention

Arbeitskreis zur Entwicklung von Schutzangeboten für wohnungslose, psychisch kranke, suchtmittelkonsumierende sowie sich prostituierende Frauen, die Gewalt erlebt haben, koordinierende Funktion

Arbeitsgruppe Dunkelfeld, Leitung

Ressortübergreifender Arbeitskreis Sprachmittlung Leitung

Runder Tisch zu Menschenhandel und Kindern

BREMERHAVEN

Runder Tisch Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Leitung

Präventionsrat der Stadt Bremerhaven

Arbeitskreis Prostitution



Veranstaltungen

»Datenschutz und Schweigepflicht im Hilfesystem«, Fortbildung, 7./8. Dezember 2023

Dr. Christoph Zerm zu weiblicher Genitalverstümmelung, Fortbildung, 14. November 2023

»Gewalt und Diversity«, Fachtag, 15. Dezember 2023

»Nicht länger durch die Maschen fallen! Ein Sicherheitsnetz für Frauen* mit besonderem Schutzbedarf«, Workshop, 25. Mai 2023



Veröffentlichungen

»Hinschauen, zuhören, unterstützen – Informationen für Fachkräfte zur weiblichen Genitalverstümmelung (FGM/C)«, November 2023



Foto: @Cosima Hanebeck

Arbeit und Wirtschaft

Arbeit & Wirtschaft

Frauen verdienen im Schnitt weiterhin deutlich weniger als Männer und die Lohn-Lücke, der sogenannte Gender Pay Gap, schließt sich nur langsam. Im Jahr 2006 verdienten Frauen im Land Bremen 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, im Jahr 2023 lag der Verdienstunterschied immer noch bei 19 Prozent.

Ursachen hierfür sind beispielsweise, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten oder in Berufen und Branchen, in denen die Bezahlung geringer ist. Aber auch bei vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation verdienen Frauen weniger als Männer: im Land Bremen immerhin 7 Prozent im Jahr 2023.

Um Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, muss an vielen Stell-schrauben gedreht werden. Die ZGF setzt sich dabei insbesondere für passgenaue Maßnahmen und Angebote zur Arbeitsmarktintegration für Alleinerziehende und Frauen mit Migrations- und Fluchtbiografie ein. Wichtig ist für die Zielgruppen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit beispielsweise ein auf ihre Bedarfe zugeschnittenes und verlässliches Kinderbetreuungsangebot.

Gender-Pay-Gap im Land Bremen

19%

20€
50€
100€

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, 2024



Pressekonferenz nach dem Senatsbeschluss zur »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit«, 15. November 2022.
Von links: Elke Heyduck (Geschäftsführerin der Arbeitnehmerkammer Bremen), Bettina Wilhelm (Landesfrauenbeauftragte), Kristina Voigt (Senatorin für Arbeit & Wirtschaft) und Bürgermeister Andreas Bovenschulte

»Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit«

Um die Situation von Frauen auf dem bremischen Arbeitsmarkt zu verbessern, beschloss der Bremer Senat im November 2022 die »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit«. Die dort verankerten 28 Maßnahmen sollen in verschiedenen Bereichen die Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, die eine existenzsichernde Beschäftigung und eine ausgewogene Beteiligung aller Geschlechter in allen Branchen und auf allen Qualifikations- und Führungsebenen ermöglichen. Die Maßnahmen richten sich dabei an die regionale Wirtschaft, an den öffentlichen Dienst sowie an erwerbstätige Frauen beziehungsweise an Frauen, die wieder in den Beruf einsteigen möchten, unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt sind oder Führungspositionen anstreben. Die ZGF hatte den Prozess gemeinsam mit der Arbeitnehmerkammer Bremen angestoßen und die Strategie maßgeblich mitgestaltet. Die Federführung auf Arbeitsebene liegt bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration.



Titelbild der »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit«

Bei der Ausrichtung der Strategie lag der Fokus der ZGF auf fünf wichtigen Bausteinen: Ausbau der Kinderbetreuung, Aufwertung des Erzieher*innenberufs sowie der -ausbildung, passgenaue Förderprogramme für Frauen, Klischeeabbau in der Berufsorientierung und familienfreundliche Unternehmenskultur. Denn auch die Unternehmen sind gefordert und müssen Rahmenbedingungen verbessern. Über die Landesstrategie werden Innovationen in Prozessen und Organisationen gefördert, beispielsweise eine für Frauen attraktivere Gestaltung von Bewerbungsverfahren, die Entwicklung neuer Führungsmodelle oder die Umsetzung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle. In den kommenden Monaten müssen die Vorhaben zügig umgesetzt und die Zielgruppen erreicht werden. Die ZGF wird den Umsetzungsprozess weiterhin unterstützen und engmaschig begleiten.

Gendergerechte Wirtschaftsförderung verankert

Die ZGF hat sich im Rahmen der Entwicklung der »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit« insbesondere dafür eingesetzt, dass die Mittel der Wirtschaftsförderung gendergerecht verteilt werden und hierzu entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen und unterstützt. So sollen beispielsweise mehr kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die mehr Gendergerechtigkeit und Diversität im Betrieb umsetzen möchten, Förderungen erhalten. Auf Initiative der Arbeitnehmerkammer Bremen und der ZGF wurde eine entsprechende Fördermaßnahme für KMU mit und durch die damalige Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zum ersten Mal in dieser Form im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) verankert. Um dies zu erreichen, war die ZGF im intensiven fachlichen Austausch mit der zuständigen Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, ihrem Staatsrat für Arbeit und den für den Fonds zuständigen Gremien. Zum Zeitpunkt des Berichts stand der Start des Förderprogramms kurz bevor, es konnte jedoch noch kein Geld daraus abgerufen werden.

Leider gelang es bisher nicht, das Kriterium Gendergerechtigkeit grundsätzlich als Bedingung für die Vergabe von Wirtschaftsförderungen im Land Bremen zu verankern. Die ZGF wird sich daher weiterhin hierfür einsetzen.

GENDERGERECHTE UNTERNEHMENSKULTUR

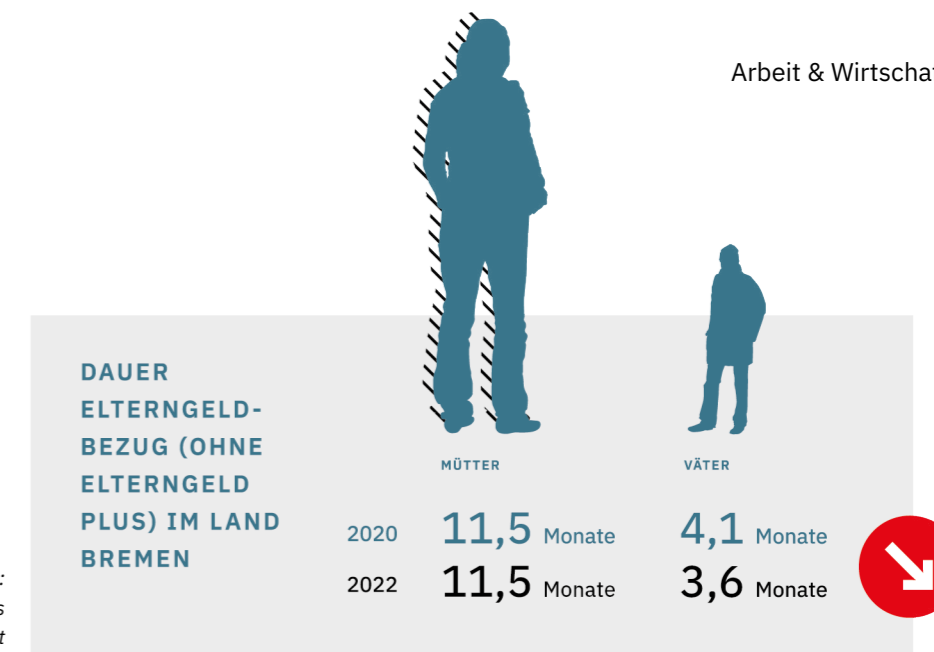
Die Maßnahme »Pilotanwendung eines Analyseverfahrens zur Gendergerechtigkeit in Unternehmen« wurde auf Vorschlag der ZGF in die »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit« aufgenommen. Die ZGF regt an, dass diese Maßnahme über die EFRE-Fördermaßnahme »Gender Diversity in KMU« finanziert wird.

Die Umsetzung des Vorhabens liegt beim im Berichtszeitraum noch zusammengefassten Senatsressort Wirtschaft und Arbeit. Trotz intensiver Bewerbung seitens der zuständigen Ressorts fanden sich bisher keine Unternehmen, die das Verfahren exemplarisch ausprobieren wollten. Nun testet ein Bildungsträger aus Bremen das Analyseverfahren, die Förderung hierfür übernimmt die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (ESF). Die auch in Deutschland bis zum Jahr 2026 umzusetzende EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz könnte das Interesse an Analyseverfahren zur Gendergerechtigkeit, auch bei KMU, fördern. Die ZGF wird sich weiterhin für eine Anwendung solcher Verfahren einsetzen, da die Transparenz von Gehaltsstrukturen in Unternehmen eine wesentliche Voraussetzung für gendergerechte Bezahlung und damit ein wichtiger Schritt zum Abbau des Gender Pay Gaps ist.



»TRANSPARENTE GEHALTS-STRUKTUREN IN UNTERNEHMEN SIND EINE WESENTLICHE VORAUSSETZUNG FÜR GENDERGERECHTE BEZAHLUNG«.

Landesfrauenbeauftragte
Bettina Wilhelm



Equal Care

Wie die Aufteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit in Partnerschaften geregelt ist, wirkt sich entscheidend auf die jeweiligen beruflichen Perspektiven und Karrieren sowie auf die wirtschaftliche Lage im Alter aus. Gerade Frauen sind besonders häufig von Altersarmut betroffen.

An der Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen hat sich in den vergangenen Jahren nur wenig verändert. In Bremen liegt zudem die Väterbeteiligung an der Care-Arbeit, also Sorgearbeit, im Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz. Zwar ist die Bereitschaft von Vätern angestiegen, Elternzeit zu nehmen, sie bewegt sich aber immer noch auf niedrigem Niveau und bei der Dauer gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. So unterbrechen Väter im Land Bremen im Jahr 2022 im Schnitt 3,6 Monate ihre Erwerbstätigkeit zur Kinderbetreuung, während es bei den Müttern 11,5 Monate waren.

Aber auch an der Kultur vieler Unternehmen muss sich noch einiges ändern. Väter sollten ermutigt werden, länger für ihr(e) Kind(er) aus dem Beruf auszusteigen. Die ZGF wird deshalb bei der Umsetzung der Maßnahmen in der Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit die Förderung einer geschlechtergerechten Unternehmenskultur

weiter vorantreiben, indem sie über die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen wacht und ihre Vernetzung mit den zuständigen Institutionen nutzt, um die aus ihrer Sicht wichtigsten Punkte einzubringen. Dazu gehören flexible Arbeitszeit- und Schichtmodelle, kurze Vollzeit, mehr Angebote für Ausbildung in Teilzeit sowie für alle Geschlechter attraktive Teilzeitmodelle. Zudem müssen für Unternehmen Anreize geschaffen werden, um geschlechtergerechte Ansätze aufzugreifen und umzusetzen.

EQUAL CARE DAY
01.03.22
©klische*esc e.V.

„Wir brauchen Equal Care ... weil es der beste Weg ist, um finanzielle Abhängigkeiten in der Partnerschaft zu vermeiden und um Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken.“
Andrea Quick, ZGF

#ECD2022



Fachveranstaltung »Ein-Eltern-Familien in Bremen – neue Perspektiven auf bekannte Themen«, 6. September 2023

Von links: Thorsten Kühne (Senatorin für Arbeit), Barbara Torres (Projekt »Best Mom« der AWO Bremen) Sandra Lachmann (Moderation), Dr. René Böhme (Institut Arbeit und Wirtschaft), Andrea Quick (ZGF)

Alleinerziehende im Land Bremen weiter im Fokus

Im Land Bremen haben über ein Viertel der Familien mit minderjährigen Kindern ein alleinerziehendes Elternteil, über 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Alleinerziehende haben ein deutlich höheres Armutsrisiko im Vergleich zu Paarfamilien. Zudem tragen sie eine höhere Belastung bei der Kinderbetreuung und haben es daher schwerer, Beruf und Familie zu vereinbaren. Oft können sie deshalb nur in Teilzeit arbeiten. Entsprechend reicht das Einkommen bei Ein-Eltern-Familien häufig nicht zur Existenzsicherung. Mit 31 Prozent bilden Alleinerziehende die größte Gruppe in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II). Im Jahr 2023 hatten im Land Bremen 76 Prozent der alleinerziehenden Arbeitslosen keinen Berufsabschluss. Um Alleinerziehende stärker zu unterstützen, hat der Bremer Senat im Herbst 2019 das »Landesprogramm Alleinerziehende« beschlossen. Das Programm hat erste Weichen gestellt, doch sie reichen nach Ansicht der ZGF nicht aus.

Quelle:
Arbeitnehmerkammer
Bremen

Ein von der ZGF gemeinsam mit dem Netzwerk Alleinerziehende ausgerichtetes Fachtag »Ein-Eltern-Familien in Bremen – neue Perspektiven auf bekannte Themen« im September 2023 zeigte neue Perspektiven und Lösungsansätze auf. Dabei wurde deutlich, dass das Land Bremen konkrete Maßnahmen und Angebote benötigt, die die individuellen und vielfältigen Lebensumstände von Ein-Eltern-Familien berücksichtigen und stärker auf Entlastung hinwirken, damit Wege in eine existenzsichernde Beschäftigung gelingen können. Das Netzwerk Alleinerziehende wird durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds gefördert.

ANTEIL DER ALLEINERZIEHENDEN AN ALLEN FAMILIEN MIT MINDERJÄHRIGEN KINDERN IM LAND BREMEN IM JAHR 2021:

24%



ZGF-RATGEBER: ALLEINERZIEHEND IN BREMEN? FINANZIELLE HILFEN IM ÜBERBLICK

Vom 4. bis 10. September 2023 fand in der Stadt Bremen eine Aktionswoche für Alleinerziehende statt. Zu diesem Anlass veröffentlichte die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten die Broschüre »Alleinerziehend in Bremen? Finanzielle Hilfen im Überblick« als aktualisierte Neuauflage. Ein-Eltern-Familien können sich damit einfach und schnell darüber informieren, welche finanzielle Unterstützung sie in Bremen beantragen können. Sie erfahren, welche Leistungen es gibt, welche Voraussetzungen dafür notwendig sind und wo die Leistungen beantragt werden können.

Ob und welche konkrete finanzielle Unterstützung Alleinerziehende erhalten können, hängt von den persönlichen Lebensumständen ab. So gibt es neben den allgemeinen Leistungen spezielle Unterstützung für Alleinerziehende in der Ausbildung oder für berufstätige Alleinerziehende mit geringem Einkommen. Für die finanziellen Hilfen für Ein-Eltern-Familien sind unterschiedliche Ämter und Institutionen zuständig. Die Publikation gibt es bei den Jobcentern und bei Beratungsstellen oder zum Herunterladen auf der Webseite der ZGF: [Publikationen Arbeit und Wirtschaft – Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten \(bremen.de\)](https://www.bremen.de/publikationen-arbeit-und-wirtschaft-zentralstelle-der-landesfrauenbeauftragten).

MODELLPROJEKT FÜR ALLEINERZIEHENDE IN BREMERHAVEN

Über das Netzwerk Chancen für Alleinerziehende beteiligte sich die ZGF an der Konzepterstellung für das »Modellprojekt für Alleinerziehende in Bremerhaven« (MOA). Das Konzept wurde vom Magistrat der Stadt Bremerhaven in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk erarbeitet. Das Projekt konnte im Jahr 2023 mit der Umsetzung starten und ist bei der Caritas angesiedelt. Es bietet Alleinerziehenden Hilfestellungen, Beratung und Begleitung bei allen Themen. Es wird von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds gefördert. Die ZGF ist in der Steuerungsrunde des Projekts und begleitet so nach der Konzepterstellung auch die Umsetzung dieses wichtigen Vorhabens.



Titelbild der ZGF-Publikation »Alleinerziehend in Bremen – Finanzielle Hilfen im Überblick«



85%

DER ALLEINERZIEHENDEN IN BREMEN SIND FRAUEN

Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen

Kinderbetreuung / Fachkräftemangel im Erziehungsbereich

Bei der Betreuungsquote sowie den durchschnittlichen Öffnungszeiten der Kitas ist Bremen im Bundesvergleich Schlusslicht. Im Jahr 2023 fehlten im Land Bremen rund 5.000 Kita-Plätze. Entsprechend schwierig ist in unserem Bundesland die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Stabile und verlässliche Kinderbetreuung ist jedoch die Grundlage für Chancengerechtigkeit für Kinder sowie für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben. Um die Kinderbetreuung zu verbessern, setzt die ZGF insbesondere in den Bereichen Ausbildung, Arbeitsbedingungen, Aufstiege und Quereinstiege im Bereich Erziehung an. Aber auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere für Alleinerziehende, ist eines unserer Kernthemen.

So brachte die ZGF beim Kita-Gipfel im Februar 2023 ihre Fachexpertise beispielsweise in den Workshop »Vereinbarkeit« ein und verwies darauf, dass die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen immer noch überwiegend von Frauen übernommen werden. Der Kita-Gipfel wurde von der Senatorin für Kinder und Bildung gemeinsam mit Gewerkschaften und dem Institut für Arbeit und Wirtschaft initiiert. Die Zeiten, in denen Frauen Stunden reduzieren oder aus dem Beruf für längere Phasen aussteigen, fehlen ihnen im gesamten Erwerbsverlauf. Auch über den Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Mädchen und Frauen griff die ZGF das Thema Vereinbarkeit auf und lud als Fachexperten Dr. Thomas Schwarzer ein, um mit ihm und den Teilnehmenden mögliche Lösungsansätze zu erarbeiten.

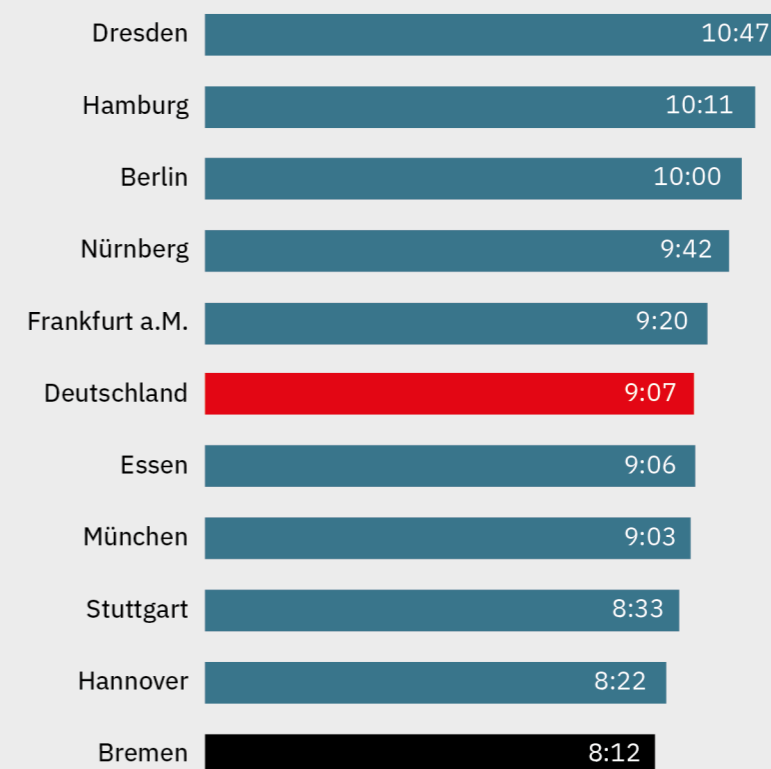
Über den Steuerungskreis des über den Europäischen Sozialfonds geförderten Projekts »Wege in Beschäftigung« ist die ZGF direkt in die Thematik Quereinstiege ausländischer Fachkräfte sowie in Aus- und Weiterbildungsfragen involviert und brachte im Berichtszeitraum ihre Expertise dort ein. Auch zukünftig wird die ZGF das Thema Kinderbetreuung weiter kritisch und konstruktiv begleiten und sich an der Erarbeitung von Lösungen beteiligen.

FRAUEN MIT MIGRATIONS- BIOGRAFIE UND FLUCHTERFAHRUNG

Kita-Plätze sind für migrantische und geflüchtete Frauen und ihre Kinder von entscheidender Bedeutung. Denn die Betreuung ihrer Kinder ermöglicht den Frauen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder an beruflichen Weiterbildungen oder Sprachkursen teilzunehmen, wodurch ihre (wirtschaftliche) Integration gefördert wird. Den Kindern erleichtert der frühzeitige Besuch einer Kita das Erlernen der deutschen Sprache und fördert ihre soziale Integration.

Über Netzwerkarbeit, Fachveranstaltungen und den regelmäßigen Austausch macht die ZGF zuständige Behörden und Ansprechpersonen auf die Relevanz dieses Themas aufmerksam und arbeitet an Lösungen, um Frauen mit Migrations- und Fluchterfahrung einen besseren Zugang zu Kinderbetreuung zu ermöglichen.

ÖFFNUNGSDAUER DER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN (IN STUNDEN/MINUTEN) IN DEUTSCHEN GROSSSTÄDTEN.



Quelle: Nach einer Darstellung der Arbeitnehmerkammer Bremen, 2023

Studie: Frauen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt im Land Bremen

Gemeinsam mit der Arbeitnehmerkammer Bremen und dem Amt für Versorgung und Integration (AVIB) initiierte die ZGF im Jahr 2023 eine Studie, die die Situation von schwerbehinderten Frauen auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen untersuchen soll. Durchgeführt wird die Untersuchung von der Projekt Consult GmbH (PCG).

Die Studie untersucht folgende Themenschwerpunkte:

- ▶ Wie ist die Situation von Frauen mit Behinderungen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Land Bremen?
- ▶ Welche besonderen Bedarfe haben Frauen mit Behinderung in Bezug auf Erwerbstätigkeit am regionalen Arbeitsmarkt?
- ▶ Welche regionalen Besonderheiten gibt es?
- ▶ Welchen Anteil haben Frauen mit Behinderungen an den aktuellen Maßnahmen und Angeboten zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen am regionalen Arbeitsmarkt?
- ▶ Wie hoch ist ihr Anteil an der finanziellen Förderung von Qualifizierung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit (inklusive Werkstattbeschäftigung)?
- ▶ Welche besonderen Qualifizierungsbedarfe gibt es?
- ▶ Welche regionalen Interventions- und Veränderungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Frauen gibt es am Arbeitsmarkt im Land Bremen?

Das Vorhaben wurde im November 2023 den Akteur*innen vorgestellt, die im Land Bremen mit schwerbehinderten Menschen im Rahmen von Beschäftigung, Weiterbildung und Beratung arbeiten. Die Ergebnisse der Studie sollen im zweiten Quartal des Jahres 2024 im Rahmen einer Fachveranstaltung vorgestellt werden.

Ausblick

Die ZGF wird die »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit« durch ihre Mitwirkung in der Ressort-Arbeitsgruppe sowie als Gast in der Senatskommission in den kommenden Jahren engmaschig begleiten und einfordern, dass die dort enthaltenen Maßnahmen zeitnah und ziel führend umgesetzt werden. Beschlussvorlagen sind vor der Befassung in der Senatskommission mit der ZGF abzustimmen und werden in der Arbeitsgruppe im Rahmen der Sitzungsvorbereitung erörtert werden.

Zudem legt die ZGF ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund, Alleinerziehenden sowie Frauen mit Behinderungen. Die Ergebnisse der Studie zu Frauen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt werden wichtige Erkenntnisse liefern, welche Weichen im Land Bremen gestellt werden müssen. Darüber hinaus wird die ZGF, zusammen mit dem Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Mädchen und Frauen und dem Netzwerk Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Fluchterfahrung und Migrationshintergrund, die Umsetzung des Aktionsplans für Alleinerziehende weiterhin verfolgen und einfordern. Die Integration von Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund wird die ZGF als eines ihrer Schwerpunktthemen bearbeiten (sehen Sie hierzu auch Seite 40).

Handlungsbedarfe

LÄNGERE UND FLEXIBLERE ÖFFNUNGSZEITEN DER KITAS IM LAND BREMEN

Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu stärken, empfiehlt die ZGF den beiden Stadtgemeinden des Landes Bremen, die Öffnungszeiten von Kitas stärker an den Bedarfen der Eltern auszurichten. Dazu gehört aus Sicht der ZGF, in allen Stadtteilen Kinderbetreuung von 7.00 bis 18.00 Uhr anzubieten. Die ZGF rät außerdem zu ergänzenden, flexiblen Betreuungsangeboten über die Randzeiten hinaus – also vor 7.00 Uhr und nach 18.00 Uhr.

BESCHÄFTIGTE IM ERZIEHUNGSBEREICH BEI KITA-PLATZVERGABE BEVORZUGEN

Die ZGF schlägt vor, Beschäftigte im Erziehungsbereich bei der Vergabe der Betreuungsplätze vorzuziehen, damit sie Stunden aufstocken und früher in den Beruf zurückkehren können und somit mehr Personal und Kapazitäten in den Kitas zur Verfügung steht.

ERZIEHER*INNENAUSBILDUNG GRUNDLEGENDE REFORMIEREN

Sowohl bei der praxisintegrierten als auch bei der schulischen Ausbildung sollte nach Meinung der ZGF eine Vergütung von Ausbildungsbeginn an erfolgen. Zudem setzt sich die ZGF dafür ein, das Angebot für eine praxisintegrierte Ausbildung zum/zur Erzieher*in (PIA) weiter auszubauen. Der Quereinstieg und Zugänge in das Berufsfeld Kinderbetreuung müssten zudem transparent und durchlässig sein und als Module angeboten werden, so dass berufliche Erfahrungen angemessen berücksichtigt werden können.

CHANCENGLEICHHEIT FÜR FRAUEN AM ARBEITSMARKT

Die zügige Umsetzung der vom Land Bremen beschlossenen »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit« und die Priorisierung von speziellen Förderprogrammen für Frauen, die unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation beschäftigt sind, für Frauen, die aufgrund von Erziehungs- und Pflegezeiten vorübergehend aus dem Beruf ausgestiegen sind, sowie für Frauen, die unfreiwillig in Teilzeit oder in Minijobs arbeiten, ist aus Sicht der ZGF unabdingbar, um die Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern.

ENTGELTGLEICHHEIT IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Frauen bekommen immer noch nicht überall das gleiche Geld für vergleichbare Arbeit. Um den eingeschlagenen Weg zur Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst des Landes Bremens und in den Mehrheitsgesellschaften des Landes weiter fortzusetzen, spricht sich die ZGF für verpflichtende Verfahren zur Offenlegung und Prüfung der Gehaltsstrukturen aus. Kommunale Unternehmen sollten zudem eine Vorbildfunktion übernehmen und bei Einstellungen, Weiterbildung, Aufstieg und Bezahlung die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigen.



Gremienarbeit

Auch in diesem Berichtszeitraum engagierte sich die ZGF in zahlreichen Gremien und brachte dort ihre Expertise ein.

BREMEN

Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Mädchen und Frauen, Leitung

Netzwerk Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund, Leitung

ESF Plus Begleitausschuss

Steuerungskreis der von der Senatorin für Arbeit und ESF geförderten Projekte

EFRE Begleitausschuss

Landesausschuss für Berufsbildung (LAB)

Beirat Jobcenter Bremen

GFMK-Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt für Frauen

Ressortübergreifender Steuerungskreis Alleinerziehende (bis 2023)

Netzwerk Alleinerziehende, Stadt Bremen

Arbeitskreis Frauen im STARTHAUS

Strategiebeirat der RKW-Servicestelle Beruf und Familie

Personaler*innenstammtisch (Senatorin für Wirtschaft/Wirtschaftsförderung)



Veranstaltungen

»Ein-Eltern-Familien in Bremen – neue Perspektiven auf bekannte Themen«, Fachtag, 6. September 2023



Veröffentlichungen

»Alleinerziehend in Bremen? Finanzielle Hilfen im Überblick«, aktualisierte Fassung, September 2023

BREMERHAVEN

Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven

Beirat Jobcenter Bremerhaven

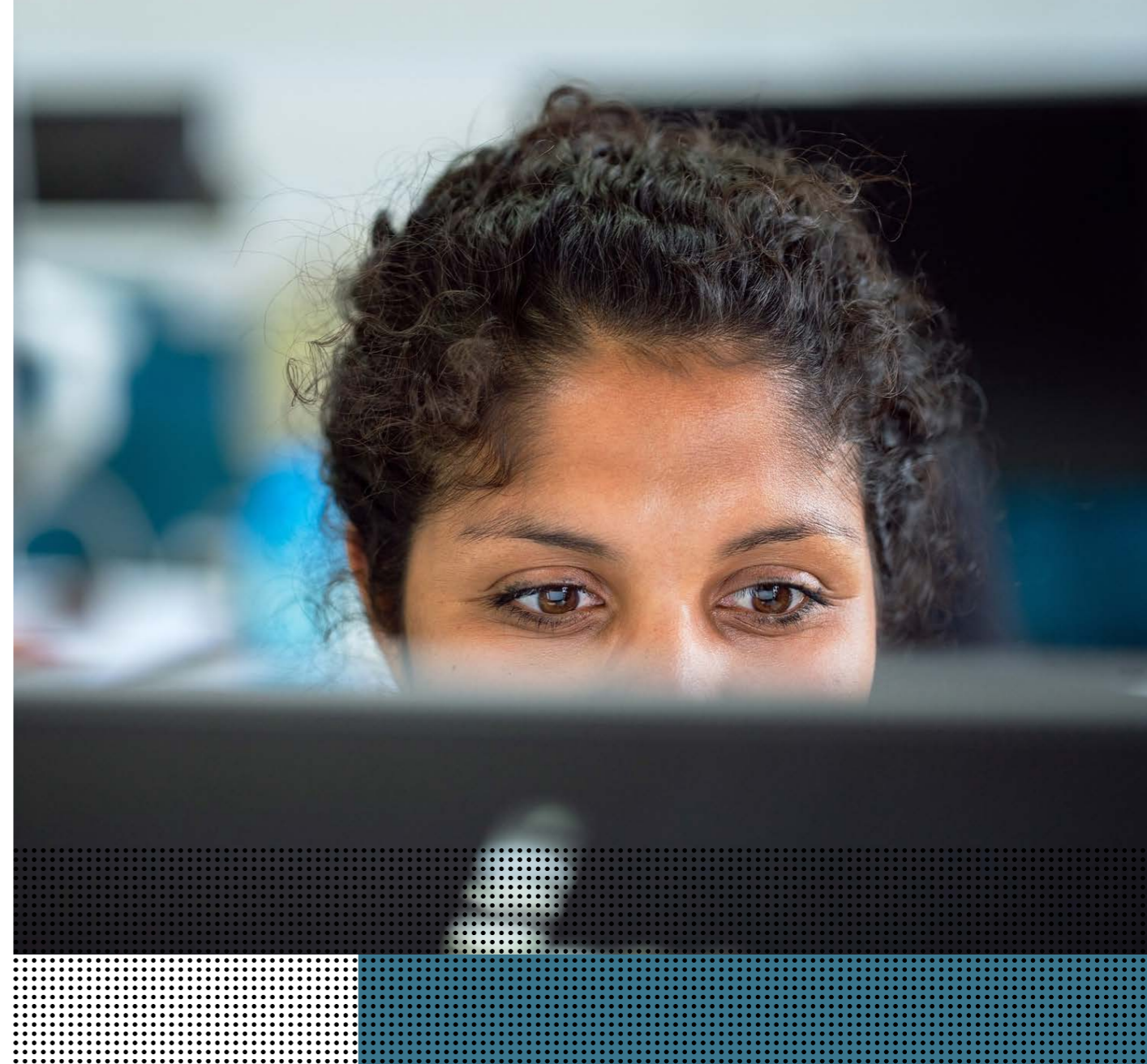
Netzwerk Chancen für Alleinerziehende in Bremerhaven



Logo des Arbeitskreises Berufliche Perspektiven für Frauen



Logo des Arbeitskreises Berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven



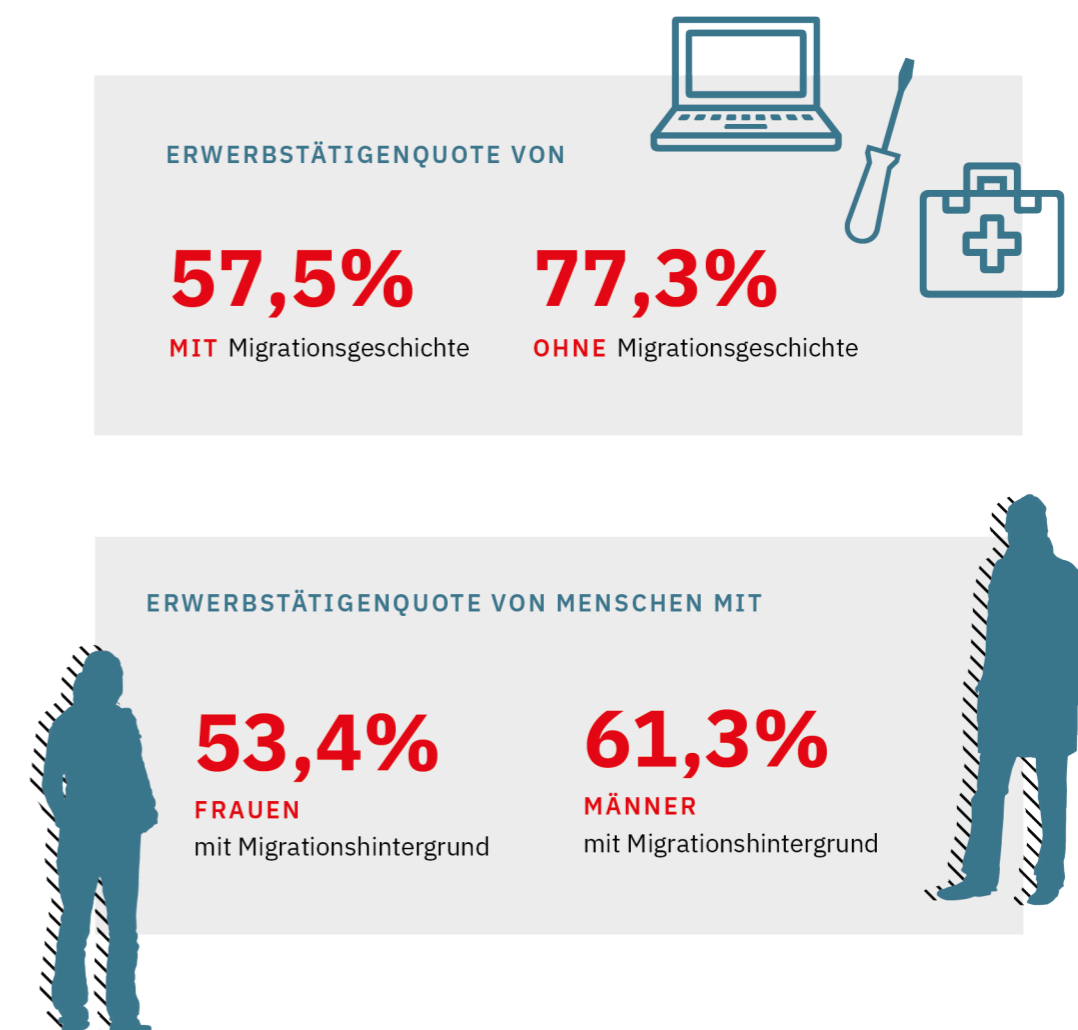
Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- und Migrationsbiografie

Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- und Migrationsbiografie

Rund 37 Prozent der im Land Bremen lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund, rund die Hälfte von ihnen sind Frauen. Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft ein wesentlicher Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe. Bundesweit lag die Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren bei rund 66,6 Prozent. Im Land Bremen ist sie mit 57,5 Prozent im Bundesvergleich besonders niedrig.

Die Erwerbstätigenquote von Frauen ist dabei noch einmal niedriger als die der Männer. Zudem sind Frauen mit Migrationsbiografie insbesondere in Bremen überdurchschnittlich oft auf staatliche finanzielle Unterstützung angewiesen. Auch beim Verdienst gibt es Unterschiede: Frauen mit Migrationsbiografie verdienten im Jahr 2023 in

Deutschland rund 13 Prozent weniger als Frauen ohne Migrationsbiografie. Um die Integration von Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund in den Arbeitsmarkt zu fördern, legt die ZGF mit der Initiative »Vielfalt vor! Frauen | Migration | Arbeit« seit 2023 einen ihrer Arbeitsschwerpunkte auf dieses Thema.



Quelle: Siebter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder, Bericht 2023, Berichtsjahre 2019-2021 und Bund-Länder-Integrationsbarometer 2022

Vielfalt vor!

FRAUEN
MIGRATION
ARBEIT



Schwerpunktthema der ZGF

Die Schwerpunktarbeit zum Thema Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung wird von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds Plus für drei Jahre (bis 2025) finanziert. Zur Bearbeitung des Bereichs hat die ZGF eine Referentin eingestellt. Da es sich um ein Querschnittsthema handelt, bringen neben der ZGF-Referentin für Frauen mit Migrationshintergrund auch die Fachreferent*innen der ZGF aus den Bereichen Gesundheit, Arbeit & Wirtschaft, Digitalisierung sowie Gewalt ihre Fachexpertise ein und berücksichtigen das Thema in ihren Arbeitszusammenhängen. Denn der Zugang zum und der dauerhafte Verbleib im Arbeitsmarkt hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, wie beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungsniveau,

Gesundheit sowie Wohnsituation und familiäres Umfeld. Die Frauen stehen zudem vor vielen Herausforderungen wie unter anderem der Nicht-Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen, Sprachbarrieren, Diskriminierung, fehlenden sozialen Netzwerken sowie eingeschränkter Zugang zu Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Im ersten Schritt führt die ZGF Workshops, Veranstaltungen und Gespräche mit der Zielgruppe, den Trägern, dem Jobcenter Bremen und der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven durch, um die spezifischen Bedürfnisse der Frauen mit Migrations- und Fluchtbiografie zu erfassen. In drei exemplarisch ausgewählten Stadtteilen Bremens soll ermittelt werden, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit die Angebote die Frauen erreichen.

Aus- und Aufbau starker Netzwerke

Die ZGF koordiniert das lokale Netzwerk Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung, in dem wichtige Akteur*innen wie beispielsweise Senatsressorts, Bildungsträger und Migrant*innenselbstorganisationen, Kammern, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Arbeitgeberverbände sowie Ehrenamtliche eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, um umfassende und passgenaue arbeitsmarktpolitische Lösungen zu entwickeln. Im Jahr 2023 traf sich das Netzwerk an sechs Terminen. Hier wurden unter anderem Bundesprojekte in Bremen vorgestellt, einschließlich des »Your Turn«-Programms sowie des Umstiegsprogramms für Sexarbeiterinnen. Außerdem wurden neue gesetzliche Regelungen, wie das Chancenaufenthaltsrecht, erörtert. Aktuelle Themen wie Demokratie in Gefahr und deren Einfluss auf Frauen mit Migrationshintergrund wurden diskutiert sowie ein Austausch mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen zum Thema Demokratie in Deutschland geführt.

In dem Netzwerk tauschen sich die unterschiedlichen Akteur*innen aus, um gemeinsam an den Themen und Bedürfnissen der Zielgruppe zu arbeiten. Während des Berichtszeitraums hat die ZGF die Bündelung und damit Optimierung von Ressourcen bei den Netzwerkteilnehmenden vorangetrieben. Durch die Bereitstellung und das Teilen von Fachkenntnissen können finanzielle Mittel, Expertise und Infrastruktur besser genutzt werden. Zudem entstehen durch die enge Zusammenarbeit Synergien, die in die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Projekten, Veranstaltungen und Maßnahmen münden, wie beispielsweise in die Veranstaltung »Frauenwoche für Alle« im Mai 2023.

Begleitung bestehender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Beratung der Träger

Im Land Bremen gibt es zahlreiche arbeitsmarktpolitische Angebote und Maßnahmen zur Integration von Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt. Doch nicht immer sind diese auf die spezifischen und vielfältigen Bedürfnisse der Frauen zugeschnitten. Insbesondere mangelt es oft an parallel angebotenen Kinderbetreuungsangeboten. Gelegentlich wird zwar in Verbindung mit Sprachkursen und Projekten eine Kinderbeaufsichtigung angeboten, solche Betreuungsangebote sind aus Sicht der Frauen jedoch lediglich Übergangslösungen und ersetzen keine regulären Kita-Plätze.

Im Berichtszeitraum besuchte die ZGF Projekte in Bremen und Bremerhaven. Sie tauschte sich dort mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden sowie mit den teilnehmenden Frauen aus. Als Ergebnis formulierte die ZGF Verbesserungsvorschläge und richtete Empfehlungen an Entscheidungsträger und Fördermittelgeber. Gemeinsam mit ihnen sollen Qualitätskriterien für passgenaue Angebote erarbeitet werden, um die Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrationshintergrund im Land Bremen zu verbessern.

Fortbildungen und Workshops

Die ZGF beteiligt Frauen mit Migrations- und Fluchtbiografie aktiv an ihrer Arbeit. Zum einen, um von ihrem Wissen zu profitieren, zum anderen, um die Eigenverantwortung und das Empowerment der Frauen zu fördern. Dafür geht sie an die Orte, wo die Frauen anzutreffen sind und gibt Workshops zu den Themen Frauenrechte sowie Arbeiten in Deutschland. Dabei achtet die ZGF auf eine enge Kooperation mit den zuständigen Behörden und Beratungsstellen. Im Berichtszeitraum bot die ZGF zum Beispiel Workshops bei der Frauenwoche für Alle in der Vahr (Mai 2023), im Nachbarschaftshaus Gröpelingen (Juni 2023) sowie beim Arbeitsförderungs-Zentrum (AFZ) in Bremerhaven (September 2023) an.



Sevda Atik (ZGF-Referentin) beim Fachtag »Gleiche Chancen für alle Frauen mit Migrationsbiografie und Fluchterfahrung«, 12. Juni 2023

Fachtag: »Gleiche Chancen für alle Frauen mit Migrationsbiografie und Fluchterfahrung«

Im Juni 2023 veranstaltete die ZGF den Fachtag »Frauen und Migration/Flucht – Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration: Gleiche Chancen für alle Frauen mit Migrationsbiografie und Fluchterfahrung«. Der Fachtag richtete sich an Hauptamtliche sowie ehrenamtliche Akteur*innen aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

In die Veranstaltung führten zwei Keynotes von Referentinnen vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung ein. Die erste Keynote vermittelte Expertise zum aktuellen Forschungsstand bezüglich der Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrationsbiografie und Fluchterfahrung, die zweite legte den Fokus auf geflüchtete Frauen aus der Ukraine. Der Fachtag ermöglichte zudem die aktive Beteiligung von Frauen aus unterschiedlichen Communities. In einem Workshop brachten diese ihre Perspektiven ein.

Die aus dem Fachtag gewonnenen Erkenntnisse lieferten wichtige Impulse für eine Neuausrichtung der Maßnahmen zur Arbeitsmarkt-

integration und machten deutlich, dass es einen ganzheitlichen, intersektionalen und gendergerechten Ansatz geben und die Heterogenität der Zielgruppe bei allen Angeboten angemessen berücksichtigt werden sollte. Es zeigte sich zudem die Bedeutung einer übergreifenden Zusammenarbeit der Senatsressorts. Die Ergebnisse des Fachtages sollen dazu beitragen, zukünftige Maßnahmen und Programme effektiver und bedarfsgerechter zu gestalten.

Fachliche Begleitung von Gremien und Ausschüssen

Um die Integration von Frauen mit Migrations- und Fluchterfahrung auf dem Arbeitsmarkt zu fördern, nimmt die ZGF aktiv an verschiedenen Gremien, Arbeitskreisen, Sitzungen und Veranstaltungen teil und bringt dort ihre fachliche Expertise ein. So sitzt die ZGF beispielsweise im Begleitausschuss und in verschiedenen Steuerungsrunden zu Modellvorhaben der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI) als Verwaltungsbehörde des Europäischen Sozialfonds im Land Bremen. Außerdem beteiligt sie sich an den Arbeitsgruppen Sprache der SASJI sowie Junge Mütter der Arbeitnehmerkammer Bremen und bringt das Thema in das Netzwerk Berufliche Perspektiven für Mädchen und Frauen und in die Ressort-Arbeitsgruppe zur »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit« ein. Die ZGF ist zudem Teil des Netzwerkes der Migrant*innenorganisationen sowie in der Unterarbeitsgruppe der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration.

Ausblick

In den kommenden zwei Jahren wird die ZGF die Initiative »Vielfalt vor!« als ein Schwerpunktthema bearbeiten, wobei der Fokus auf dem Ausbau und Stärkung der Netzwerkarbeit liegt. Ein Beirat, bestehend aus Vertreter*innen von Migrant*innenorganisationen, soll die Initiative begleiten. Seine Aufgabe wird es insbesondere sein, Maßnahmen zu bewerten, strategische Richtungen zu steuern, spezialisiertes Wissen und Praxiserfahrungen einzubringen sowie Qualitätsstandards zu definieren und deren Einhaltung zu überprüfen.

Die ZGF wird zudem darauf hinwirken, dass Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund bei der Umsetzung der »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit« stärker berücksichtigt werden. Im Rahmen der Initiative »Vielfalt vor!« entwickelt die ZGF gezielte Strategien, um die Arbeitsmarktteilhabe der Frauen zu fördern und ihre spezifischen Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Dies umfasst die Entwicklung von Maßnahmen, die sowohl auf die Verbesserung der direkten Zugangsmöglichkeiten zu Beschäftigung abzielen als auch darauf, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen



Ausschnitt des Flyers zur »Frauenwoche für Alle« des Bürgerzentrums Neue Vahr e.V.

Handlungsbedarfe

QUALITÄTSSTANDARDS FÜR MASSNAHMEN ZUR ARBEITS- MARKTINTEGRATION

Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft ein wesentlicher Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe. Damit Frauen mit Migrations- und Fluchtbiografie eine bedarfsgerechte Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt erhalten, schlägt die ZGF vor, die Wirksamkeit und Ausrichtung der bestehenden Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration zu analysieren und anhand von festgeschriebenen Qualitätsmerkmalen zu optimieren.



Gremien

Begleitausschuss
Europäischer Sozialfonds Plus

Steuerungskreis von SASJI und
ESF geförderten Projekten

Landesnetzwerk Migration

Unterarbeitsgruppe
Integration der Senatorin für
Arbeit, Soziales, Jugend und
Integration

Netzwerk Migrant*innen-
organisationen

Arbeitsgemeinschaft Junge
Mütter der Arbeitnehmer-
kammer Bremen

Netzwerk Arbeitsmarkt-
integration von geflüchteten
Frauen und Frauen mit
Migrationshintergrund,
Leitung

Arbeitskreis Berufliche
Perspektiven für Mädchen
und Frauen, Leitung



Veranstaltungen

**Voraussetzungen für eine
erfolgreiche Arbeitsmarktinte-
gration von Frauen mit Flucht-
und Migrationsbiografie,**
Fachtag, 12. Juni 2023

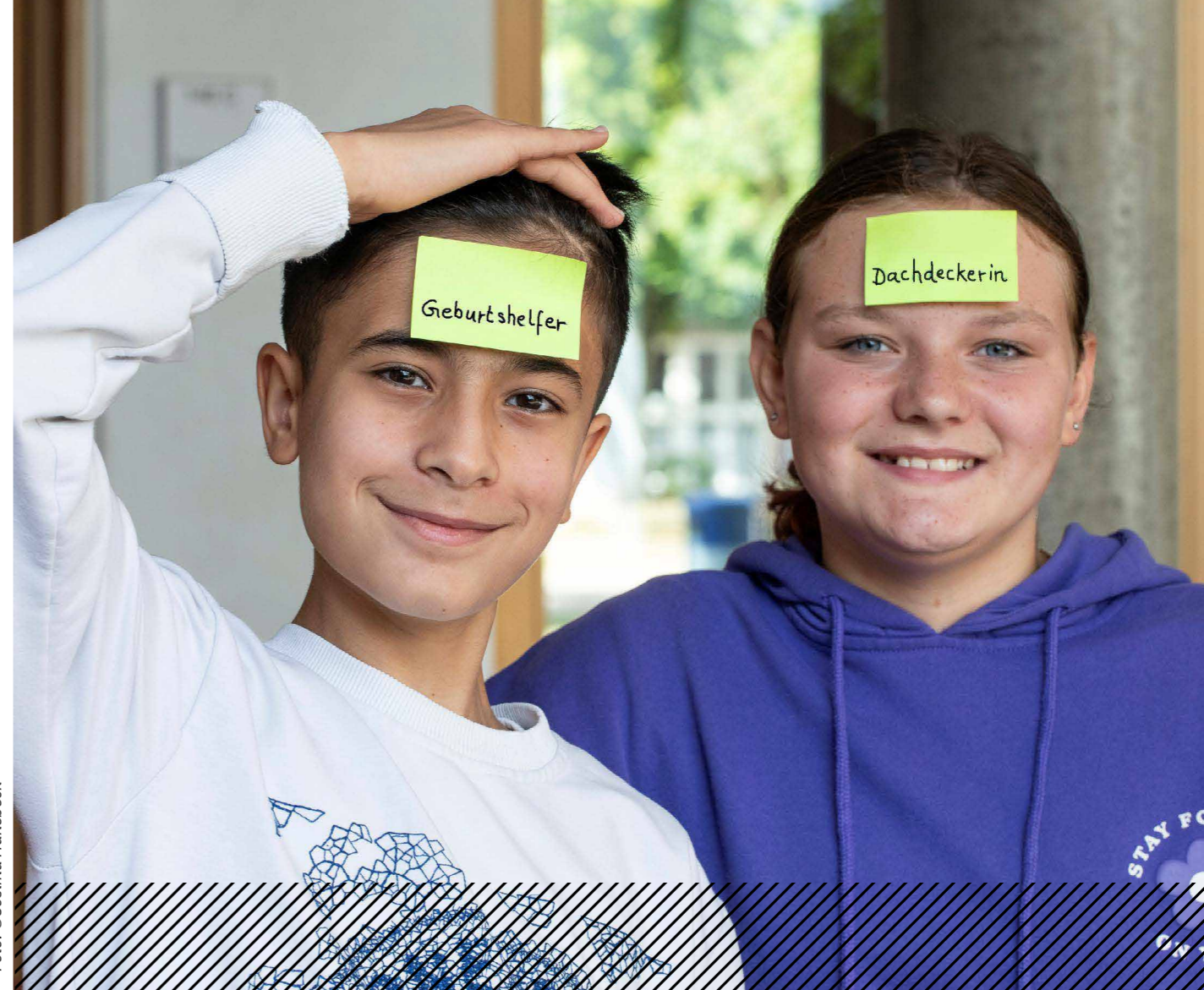


Foto: @Cosima Hanebeck

Berufsorientierung

Berufsorientierung

Geschlechterstereotype und gesellschaftliche Erwartungen haben die berufliche Orientierung von Jugendlichen über Generationen stark beeinflusst. Ein Einfluss, der bis heute dazu führt, dass der Arbeitsmarkt in vermeintlich typisch weibliche und typisch männliche Berufsfelder aufgeteilt ist.

Eine frühzeitig ansetzende klischeefreie Berufsorientierung kann Schüler*innen jedoch darin bestärken, ihre individuellen Interessen und Stärken frei von Geschlechterzuordnungen zu entdecken. Berufliche Vorbilder, sogenannte Role Models, sind dabei wichtige Orientierungshilfen.

Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie waren im Berichtszeitraum 2022/2023 im Arbeitsbereich Berufsorientierung und Mädchenarbeit weiterhin spürbar und hatten in Bremerhaven Auswirkungen auf die von der ZGF (mit-)entwickelten Maßnahmen. Auch personelle Vakanzen, Personalwechsel und Überlastung von Fachpersonal bei Kooperationspartner*innen der ZGF führten dazu, dass Projekte weiterhin pausieren mussten oder verzögert anliefen.



TOP BERUFE BEI BEWERBENDEN Stand September 2023

Frauen, 1. Platz
**MEDIZINISCHE
FACHANGESTELLTE**

Männer, 1. Platz
**KFZ-MECHATRONIKER/
PKW-TECHNIK**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik



»ICH FINDE,
JEDES GESCHLECHT
KANN MACHEN WAS
ES WILL.
ES GIBT KEINE
MÄNNER- ODER
FRAUENBERUFE«

Isabel, Schülerin



Erlebnisparkours des Projekts »Be oK«. Foto: @Cosima Hanebeck

Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«

Das von der ZGF geleitete und koordinierte Projekt »Be oK« ist eine von Schulen kostenfrei buchbare Projektwoche zum Entdecken der eigenen Stärken, Zukunftswünsche, Entwicklungspotenziale und zur Verbindung mit Berufsfeldern. Es richtet sich an weibliche, männliche und diverse Jugendliche in den Jahrgangsstufen 6 und 7. Die Schüler*innen sollen über das Projekt befähigt werden, sich bewusst für einen Beruf entscheiden zu können – jenseits von vermeintlich typisch männlichen oder typisch weiblichen Zuschreibungen. Durch spielerische und vielfältige Maßnahmen sollen den Jugendlichen Klischees und Stereotype bewusst werden. Ziel von »Be oK« ist es, dass die Jugendlichen unvoreingenommen ihre Stärken erleben und zusammen mit Gleichaltrigen an sozialen Kompetenzen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Durchhaltevermögen oder Teamfähigkeit arbeiten. Gerade

die unterhaltsame und interaktive Herangehensweise des Projekts ermutigt die Schüler*innen, ihren Stärken und Interessen zu folgen und bereits vorhandene, klischeebehaftete Vorfestlegungen wie »Technik ist eh nichts für Mädchen« oder »Altenpflege ist Frauensache!« kritisch zu hinterfragen oder zu verändern.

Ein plastisch erlebbarer Parcours mit verschiedenen Stationen, die die Lebenswelten der Jugendlichen abbilden und an denen sich auch Eltern und Lehrkräfte spielerisch auf unterhaltsame Weise erproben können, bildet das Herzstück der »Be oK«-Projektwoche. Darauf aufbauende vertiefende Module komplettieren den Stundenplan.

Im Berichtszeitraum fanden 22 Durchgänge von »Be-oK«-Projekttagen an Schulen in Bremen und Bremerhaven statt. Insgesamt 2.290 Schüler*innen und 110 Lehr- und schulische Fachkräfte konnten in den Jahren 2022 und 2023 mit dem Projekt »Be oK« erreicht werden. Ungefähr 230 Erziehungsberechtigte haben am digitalen Infoabend des Projektes teilgenommen. So wirkt das Projekt nicht nur auf die Entscheidungen der Jugendlichen ein, sondern sensibilisiert auch die Erwachsenen in ihrem Umfeld für das Thema.



Erlebnisparkours des Projekts »Be oK«. Foto: ©Kerstin Rolfes



Foto: ©Cosima Hanebeck

ZWEITER FACHTAG »BE OK«: KLISCHEEFREIE UNTERNEHMENS- KULTUR ALS CHANCE FÜR BETRIEBE

Ende April 2022 veranstaltete die ZGF den zweiten »Be oK«-Fachtag mit dem Themenschwerpunkt klischeefreie Unternehmenskultur und Nachwuchskräftegewinnung als hybride Veranstaltung im Kundencenter von Mercedes-Benz. Rund 50 Fachkräfte aus dem Übergang Schule-Beruf, der betrieblichen Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung, den Kammern, dem Hochschulbereich, Beiratsmitglieder sowie »Be oK«-Projektpartner*innen nahmen an der Veranstaltung teil.

In seinem Impulsvortrag »Wie können Unternehmen mit geschlechtsbezogenen Berufsklischees umgehen?« zeigte Philip Herzer, Mitarbeiter am Bundesinstitut für Berufsbildung (bibb), anhand neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Modellierungen, welche Faktoren die Berufswahl junger Menschen beeinflussen und mit welchen Strategien Unternehmensvertreter*innen dieses Wissen für ihre Fachkräftegewinnung nutzen können.

Best-Practice-Beispiele im Anschluss an den Vortrag machten anschaulich, wie Umsetzungsmöglichkeiten im betrieblichen Umfeld aussehen könnten. In Foren erarbeiteten die Teilnehmenden konkrete Handlungsvorschläge für die Praxis, die in einer Dokumentation veröffentlicht werden.

SENATORIN AULEPP ZU BESUCH BEI »BE OK«

Kurz vor Abschluss der »Be oK«-Schuldurchgänge in der Projekt-Pilotphase informierte sich die Senatorin für Kinder und Bildung, Sascha Karolin Aulepp, bei einem Besuch der Oberschule In den Sandwehen in Bremen-Nord über das Projekt. Sie zeigte sich begeistert über den spielerischen, stärkenorientierten und klischeefreien Ansatz und kommentierte:



»RAUSFINDEN, WAS MICH INTERESSIERT UND WAS ICH GUT KANN, DAS ZÄHLT. EGAL OB DAS ANGEBLICH »NICHTS FÜR JUNGS« IST ODER »NICHTS FÜR MÄDCHEN«, UM SICH UNABHÄNGIG VON KLISCHEES UND JENSEITS VON ÜBERKOMMENEN ROLLENBILDERN FÜR EINEN BERUFSWUNSCH ZU ENTSCHEIDEN. ALL DAS BRINGT »BE OK«. MIT SPASS UND OHNE ERHOBENEN ZEIGEFINGER. EIN TOLLES PROJEKT!«

Senatorin Sascha Karolin Aulepp



Die Senatorin für Kinder und Bildung, Sascha Karolin Aulepp, zu Besuch bei den »Be oK«-Projekttagen, 28. September 2022. Foto: ©Anne Schwiens



Anja Oden von der Daimler AG spricht beim 2. Fachtag des Projekts »Be oK«, 26. April 2022



Dr. Bernd Lienstädt (Agentur für Arbeit), Dr. Marion Salot (Arbeitnehmerkammer Bremen) und Dr. Wolfgang Ritter (hkk Krankenkasse) auf dem »Be oK«-Fachtag »Klischeefrei in die Zukunft: Projektauswertung und -transfer«, 20. September 2022 in Oldenburg

**ABSCHLUSSFACHTAGUNG
»KLISCHEEFREI IN DIE ZUKUNFT:
PROJEKT AUSWERTUNG UND
-TRANSFER«**

Im September 2022, zum Ende der Pilotphase von »Be oK«, wurde in der Abschlussfachtagung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg eine erste Bilanz zu der Arbeit des Projekts gezogen. Hierfür berichteten drei Schulen, die sich an den »Be oK« Projekttagen beteiligt hatten, von ihren Praxiserfahrungen. Die Keynote Speakerin, Barbara Scholand vom Institut Technik und Bildung (ITB), erklärte in ihrem Beitrag zudem die Funktion von Stereotypen und zeigte Möglichkeiten auf, sie zu durchbrechen.

Die ganztägige Veranstaltung mit rund 80 Verantwortlichen von Schulen und Schulträgern, Lehrkräften, Fachkräften aus dem Übergang Schule-Beruf, Betriebsverantwortlichen für die Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung und Gleichstellungsbeauftragten lieferte mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, Praxisbeispielen und Workshops Impulse für einen intensiven Fachaustausch. Übergeordnetes Thema der Fachtagung war der Projekttransfer von »Be oK«.

EVALUATION DES PROJEKTS

Die Evaluierung des Projekts »Be oK« ist als Maßnahme »Klischeefreie Berufsorientierung« in der »Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit« enthalten und fand im Kalenderjahr 2023 als quantitative sowie punktuell als qualitative Befragung statt.

Diese Maßnahme wird durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds gefördert. Mit der Evaluation soll der pädagogische Ansatz des Projekts »Be oK« überprüft sowie, daraus abgeleitet, konkrete Ansätze für eine klischeefreie Berufsorientierung an Schulen im Land Bremen formuliert werden. Der »Be oK«-Ansatz soll im Anschluss auf der Grundlage der Evaluierung und der Modellvorhaben in den Bremischen Bildungsplan aufgenommen werden.

Mittels eines standardisierten Fragenkatalogs konnten die teilnehmenden Schüler*innen sowie die schulischen Fach- und Lehrkräfte unmittelbar nach Abschluss der »Be oK«-Projekttag Rückmeldungen geben. Insgesamt 183 Schüler*innen und 18 Lehrkräfte nahmen an der Befragung teil.

Laut Rückmeldung der Lehrkräfte fungiert das Projekt als »Weichensteller« für den weiteren sehr komplexen Berufsorientierungsprozess im schulischen Kontext und schließt hier eine Lücke. Auch hat sich bewährt, dass »Be oK« in einer Altersstufe ansetzt, in der Klischees noch nicht verfestigt sind. Die Projektinhalte, spielerischen Methoden und die erlebnispädagogischen Elemente sprechen sowohl Schüler*innen als auch Schulpersonal und Erziehungsberechtigte an. Die beruflichen Vorbilder, sogenannte Role Models, haben die Schüler*innen angeregt, über bisher nicht oder kaum beachtete Tätigkeitsfelder als mögliche berufliche Perspektive nachzudenken. Außerdem nahmen die Jugendlichen Anregungen für schulische Praktika mit.



QR-Code zum Projekt-Film von »Be oK«.

Informativer und kurzweiliger Videoclip zum Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«

**REICHWEITE FÜR PROJEKT UND
THEMA SCHAFFEN**

Einen kurzweiligen Einblick in die Projektinhalte zeigt ein fünfminütiger Videoclip, den die ZGF anlässlich des »Girls'Day 2023« veröffentlichte. Dieser konnte dank der finanziellen Unterstützung der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds / REACT-EU als Teil der Reaktion der EU auf die Covid-19-Pandemie realisiert werden.

Der kurze Film begleitet Schüler*innen während der »Be oK«-Projektwoche und lässt sie, ihre Lehrerin sowie Projektbeteiligte zu Wort kommen. So vermittelt er anschaulich den pädagogischen Ansatz und die Arbeitsweise des Projekts. Der Film kann im Internet abgerufen werden: www.frauen.bremen.de/beok.

Das Projekt macht zudem auf seine Arbeit über die Social-Media-Kanäle LinkedIn, Instagram und Facebook aufmerksam und nutzt die Medien, um Netzwerke auszubauen. So konnten darüber beispielsweise weitere Role Models für die Projekttag gewonnen werden.

Auch auf der Projektwebseite www.be-ok.de wurden regelmäßig neue Impressionen der Schuldurchgänge und Statements von Unterstützenden veröffentlicht.

Im Mai 2023 konnte das Projekt seine Arbeit zudem mit einem Infostand auf der 4. Fachtagung der Initiative Klischeefrei zum Thema »klischeefrei mehr Fachkräfte« in Berlin präsentieren.

**UNTERSTÜTZUNG VON
EINEM BREITEN NETZWERK**

Zusammen mit einem ständig wachsenden Netzwerk aus verschiedenen regionalen Partner*innen aus Wirtschaft, Verbänden, Kammern, Bildungsbehörden, Jugendberufsagenturen, Schulen, Hochschulen und dem Bildungsträger Sinus – Büro für Kommunikation hat die ZGF das Format »Erlebnis-Projekttag« entwickelt.



Projektleiterin und ZGF-Referentin Cordula Keim und Projektkoordinatorin Nicole Rosenboom am »Be oK«-Infostand bei der Bundestagung der Initiative Klischeefrei, 4. Mai 2023

Fachliche Unterstützung bekommt das Projekt durch den 18-köpfigen überregionalen Beirat aus Wissenschaft, Bildung, Kammern, Verbänden und Wirtschaft. Der Beirat begleitet die Weiterentwicklung des pädagogischen Ansatzes qualitativ und war auch an der Konzipierung der drei begleitenden Fachtage während der Pilotphase beteiligt.

PROJEKTRAHMEN UND LAUFZEIT

Die ZGF hatte das Projekt »Be oK« als Beitrag zum Ideenwettbewerb der Metropolregion Nordwest zum Schwerpunktthema Bildung und Fachkräfte konzipiert und eingereicht. Die Projektidee konnte sich als eines von vier Projekten durchsetzen und erhielt eine Förderbewilligung über 36 Monate (Projektlaufzeit vom 1. Dezember 2019 bis zum 30. November 2022). Neben der Metropolregion Nordwest wurde das Projekt daher in dieser Pilotphase durch die Arbeitsagentur Bremen – Bremerhaven, die Handelskrankenkasse Bremen, die Arbeitnehmerkammer Bremen, den Landkreis Osterholz sowie die ZGF finanziert.

Das von dem Projekt entwickelte pädagogische Konzept wurde in der Pilotphase an Schulen in Bremen, Bremerhaven und im Landkreis Osterholz erprobt und angepasst. Durch eine Verlängerung des Projektes bis zunächst Ende 2023 konnten weitere Schüler*innen an den

Projekttagen teilnehmen und das Konzept gefestigt und ausgewertet werden. Finanziert wurde das Projekt in dem Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis 31. Dezember 2023 von der Bundesagentur für Arbeit Bremen – Bremerhaven und von der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds / REACT-EU als Teil der Reaktion der EU auf die COVID-19-Pandemie.

Aufgrund der großen Nachfrage durch die Schulen, wurde das Projekt inzwischen bis Ende des Jahres 2025 verlängert. So können zehn weitere »Be oK«-Schuldurchgänge im Jahr 2024 und zwölf im Jahr 2025 durchgeführt werden. Gefördert wird das Projekt dafür weiterhin durch die Agentur für Arbeit und die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration aus Mitteln des Landes und Europäischen Sozialfonds.

PROJEKT-AUSBLICK

Parallel zu den insgesamt 22 »Be oK«-Durchgängen an Schulen in den Jahren 2024 und 2025 wird die im Jahr 2023 begonnene Evaluation des Projekts fortgeführt. Die Bildungsbehörde prüft in enger Abstimmung mit der ZGF, wie Elemente und Erfahrungen aus »Be oK« ab dem Jahr 2026 dauerhaft und prominenter in das »Landeskonzept Übergang Schule – Beruf« übernommen werden können. Die ZGF wünscht sich, dass im Land Bremen Strukturen geschaffen werden, die es ermöglichen, »Be oK« für die Schüler*innen der Klassenstufen 6 und 7 dauerhaft und durch dafür besonders geschulte Fachkräfte anzubieten.



Teilnehmerinnen des Berufsbildungsprojekts »mint:pink«, 2023

»mint:pink« startet nach Corona-Pause in Bremerhaven durch

mint:pink

Logo des Berufsorientierungsprogramms »mint:pink«.

Das Berufsorientierungsprogramm »mint:pink« konnte nach einer Corona-bedingten Unterbrechung in Bremerhaven nach den Sommerferien im Schuljahr 2023/2024 wieder starten. Die Abkürzung MINT im Projektnamen steht für die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. An dem Projekt können 27 Neuntklässlerinnen aus vier Bremerhavener und zwei Langener (Geestland) Schulen teilnehmen. Über das Schuljahr verteilt sind sie in sieben Unternehmen und an der Hochschule Bremerhaven zu Besuch. Dort und in Workshops erfahren die Schülerinnen, wie Naturwissenschaften und Technik in der Praxis und der Forschung angewandt werden und lernen weibliche Vorbilder kennen. Zum Projekt-Start fand zudem im August 2023 eine Auftaktveranstaltung mit allen Teilnehmerinnen, Erziehungsberechtigten, Unternehmen und Hochschulen sowie weiteren Projektinteressierten statt. Ziel des Projekts ist es, bei den Schülerinnen das Interesse an technischen und naturwissenschaftlichen

Berufs- und Studienfeldern zu wecken und mögliche Berührungängste abzubauen. Der aktuelle Projektdurchgang endet im Frühjahr 2024.

Neben den beiden Betrieben Deutsche See und Eurogate, die sich bereits an den zwei ersten Projekt-Durchgängen beteiligten, waren Biozoon, bremenports, Atlantik Hafengebiete Geuther & Schnitger, Heuer Logistics und Green Secure mit Workshop-Angeboten vertreten.

Organisiert wird »mint:pink« in Bremerhaven von einer MINT-Koordinatorin am Lloyd Gymnasium, der Hochschule Bremerhaven (Kontaktstelle Schule – Hochschule) sowie der ZGF mit Unterstützung des Netzwerks Schule, Wirtschaft und Wissenschaft für die Region Unterweser. »mint:pink« Bremerhaven ist Teil einer Hamburger Initiative, die von der Naturwissenschaft & Technik NAT gGmbH im Jahr 2013 gegründet wurde.



Jahrestreffen des »Be oK«-Beirats, 15. November 2023



Publikum beim Markt der Möglichkeiten bei der Auftaktveranstaltung des Projekts »mint:pink«, 30. August 2023, Bremerhaven

Handlungsbedarfe

KLISCHEEFREIE BERUFSWAHL: PÄDAGOGISCHES KONZEPT AN SCHULEN VERANKERN

Damit geschlechtsbezogene Stereotype nicht die Ausbildungs- und Studienwahl beeinflussen, muss eine klischeefreie Berufsorientierung an den Schulen früh beginnen. Das pädagogische Konzept des Projekts »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees« setzt genau dort an. Es sollte nach Meinung der ZGF daher an den Schulen des Landes Bremen verankert werden. Dafür sollten ab dem Jahr 2026 einzelne Projekt-Bestandteile in der Fläche im Land Bremen umgesetzt sowie für interessierte Schulen Projektwochen für die gesamte 6. und 7. Klassenstufe ermöglicht werden. Hierfür müssten entsprechende Mittel in den Bremer Haushalt eingestellt werden.



Gremienarbeit

Fach- und Wissenschaftsbeirat »Be oK«, Leitung



Veröffentlichungen

Film »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«, März 2023, www.frauen.bremen.de/beok

Postkarte zum Projekt »Be oK«, Mai 2023



Veranstaltungen

»Prinzessinnen posten Beauty-Tipps, Piraten stehen auf Gaming? Wie sich traditionelle Rollenbilder bei Mädchen und Jungen aufbrechen lassen«, Online-Veranstaltung in Kooperation mit der Volkshochschule Bremen, 23. Februar 2022

2. Fachtag »Be oK«: Klischeefreie Unternehmenskultur als Chance für Betriebe, 26. April 2022

»Be oK«-Abschlussfachtagung »Klischeefrei in die Zukunft: Projektauswertung und -transfer«, 20. September 2022



Foto: ©Cosima Hanebeck

Digitalisierung

Digitalisierung

Damit die digitale Transformation bereits bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten nicht verschärft und die sich bietenden Chancen von möglichst vielen Menschen genutzt werden können, muss die Digitalisierung gerecht gestaltet werden. Entsprechend benötigen wir Rahmenbedingungen, die eine gendergerechte Digitalisierung sicherstellen.

Aktuell laufen auf EU-, Bundes- und Länder-Ebene zahlreiche politische Initiativen und Gesetzesvorhaben. Das Land Bremen hat eine Cybersicherheitsstrategie (2023) beschlossen, eine Strategie zur Künstlichen Intelligenz (2020) erstellt und digitalisiert fortlaufend Dienstleistungen der Verwaltung wie die Beantragung von Führungszeugnissen oder die Anmeldung in einer Kita. Die ZGF verfolgt diese Prozesse und wirkt darauf hin, dass dabei die Geschlechtergerechtigkeit im Land Bremen berücksichtigt wird.

Denn leider klappt zwischen den Geschlechtern eine Lücke: der sogenannte Digital Gender Gap. Es gibt geschlechtsspezifische Unterschiede beim Zugang zu Computern und zum Internet, im Nutzungsverhalten, der Affinität sowie hinsichtlich der IT-Kompetenz. So ist die Entwicklung der Software und Hardware fest in Männerhand. Der Frauenanteil in IT-Berufen liegt in Bremen bei nur 15 Prozent.



IT-BERUFE
FRAUENANTEIL BREMEN

15%

Quelle:
Bundesagentur
für Arbeit, 2022



Logo der ZGF-Veranstaltungsreihe »#ERROR – Digitalisierung, Fehlermeldung bei der Geschlechtergerechtigkeit«

Veranstaltungsreihe »#ERROR«

Im Jahr 2023 startete die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten ihre Veranstaltungsreihe »#ERROR – Digitalisierung | Fehlermeldung bei der Geschlechtergerechtigkeit«. Anhand von drei für die Geschlechtergerechtigkeit relevanten Themen vermittelte die Reihe vertiefendes Wissen und zeigte Handlungsbedarfe auf. Das Format richtete sich an Politiker*innen, Verantwortliche aus der öffentlichen Verwaltung, an die Zivilgesellschaft sowie an die fachlich interessierte Öffentlichkeit. Die drei Termine hatten einen jeweiligen thematischen Schwerpunkt: Hassrede gegen Politikerinnen in den Sozialen Medien, die geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) sowie der Einfluss von radikalen Antifeministen im Netz.

Die ZGF begrüßt, dass einige in der Veranstaltungsreihe identifizierten Handlungsbedarfe von der aktuellen Landesregierung als bedeutsam erachtet und teils im Koalitionsvertrag berücksichtigt werden. So soll die Medienkompetenz und Sichtbarkeit von Frauen weiter gestärkt und Antifeminismus im Netz entgegengetreten werden. Außerdem soll die öffentliche Verwaltung als Vorbild für eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Gestaltung der digitalen Transformation dienen sowie mehr Frauen als Fach- und Führungskräfte in der IT-Wirtschaft gewonnen werden.



Sawsan Chebli, Politikerin und Autorin sowie Clea Groß von der Organisation HateAid bei »#1 ERROR – Freie Wahl? Sexismus gegen Politikerinnen in den Sozialen Medien«, 23. Juni 2023

#1 ERROR: HATE SPEECH GEGEN POLITIKERINNEN

Frauen gehören zu den Gruppen im Netz, die besonders von Hassrede, also Hate Speech, betroffen sind. Dies geschieht in Form von Beleidigungen oder Belästigungen bis hin zu Androhungen von sexueller Gewalt. Die Angriffe im Netz sind ein großes Hindernis für die politische Beteiligung von insbesondere jungen und migrantischen Frauen. Auf der ZGF-Veranstaltung »#1 ERROR – Freie Wahl? Sexismus gegen Politikerinnen in den Sozialen Medien« berichtete Sawsan Chebli, SPD-Politikerin und Autorin, von ihren Erfahrungen, die sie mit sexistischem und rassistischem Hass im Netz gemacht hat. Gleichzeitig betonte Chebli die Bedeutung von neuen und niedrigschwelligen Zugängen, die der digitale Raum für bisher marginalisierte Gruppen bereitstellt. Die Referentin Clea Groß von der Organisation HateAid informierte auf der ZGF-Veranstaltung über den generellen Umgang mit digitaler Gewalt.

#2 ERROR: KÜNSTLICHE INTELLIGENZ MUSS WEIBLICHER WERDEN

Das Land Bremen hat es sich zum Ziel gesetzt, seine bundesweit führende Position als Standort für Künstliche Intelligenz (KI) zu festigen und auszubauen. Die ZGF mahnt bei der Entwicklung und der Nutzung von KI an, auch immer deren Auswirkungen auf die Gesellschaft und insbesondere auf die Geschlechtergerechtigkeit im Blick zu behalten und zu erforschen. Der zweite Termin der Veranstaltungsreihe »#ERROR«

#3 ERROR: ANTIFEMINIS- TEN VERGIFTEN DAS NETZ

Mit der dritten Veranstaltung der »#ERROR«-Reihe widmete sich die ZGF dem wachsenden Antifeminismus im Netz mit Fokus auf die Manosphere. Antifeminismus ist eine soziale Bewegung, die sich pauschal gegen Feminismus und Gleichstellung richtet. Ihre Anhänger kommen aus der Neuen Rechten, dem religiös-fundamentalistischen Spektrum und der Manosphere, einem losen antifeministischen Online-Netzwerk. Die Manosphere hat sich in den vergangenen Jahren als Anlaufstelle im Netz etabliert. Der Cyberraum wird für sie zur Öffentlichkeits- und Radikalisierungsplattform, auf der frauenfeindliche Inhalte bis hin zu offenen Gewaltfantasien geteilt werden.

Auf der ZGF-Veranstaltung lieferte die Wissenschaftlerin Ann-Kathrin Rothermel eine Keynote zum Thema Manosphere. Darin beschrieb sie die ideologische Grundlage und Wirkmechanismen der Bewegung. Darüber hinaus diskutierte das Publikum mit Egbert Degwitz, Geschäftsführer des Kompetenzzentrums für Deradikalisierung und Extremismusprävention im Land Bremen (KODEX), über Handlungsbedarfe zum Schutz und zur Bekämpfung von Antifeminismus in unserem Bundesland. Dabei wurde deutlich, dass Antifeminismus ein Senatsressort und Institutionen übergreifendes Thema ist. Es zeigte sich zudem, wie vielfältig die Anforderungen an Präventionsarbeit und politische Bildungsarbeit aufgrund der differenzierten und individuellen Radikalisierungsverläufe sind.



Moderator*innen der Veranstaltungsreihe »#ERROR«:
Katharina Kunze (Stellvertreterin der Landesfrauenbeauftragten) und Sebastian Stegen (ZGF-Referent)

legte daher den Fokus auf die Anforderungen an eine gemeinwohlorientierte und geschlechtergerechte KI.

Die Referentin Katharina Mosene vom netzforma e.V. berichtete, welche geschlechterrelevanten Fallstricke in der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz stecken und wie Geschlechtergerechtigkeit in der KI gelingen kann.

Darüber hinaus wurde von der ZGF ein Fallbeispiel zum Einsatz von automatisierten Entscheidungssystemen bei der Analyse von staatlichen Leistungen vorgestellt, um die besondere Verantwortung sowie Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung zu verdeutlichen. Mit dem Publikum wurde im Anschluss darüber diskutiert, wie im Land Bremen eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Entwicklung und Nutzung von KI sichergestellt werden kann und welche Handlungsbedarfe hierbei bestehen.

#ERROR – Künstliche Intelligenz muss weiblicher werden

Keynote-Speakerin
Katharina Mosene bei
»#2 ERROR – Künstliche Intelligenz muss weiblicher werden«,
20. September 2023



Umsetzung der Handlungsempfehlungen des 3. Gleichstellungsberichtes im Land Bremen

Der im Jahr 2021 vom Bundeskabinett beschlossene 3. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung befasst sich mit dem Themenschwerpunkt »Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten«. Die zuständige Sachverständigenkommission hat auf der Grundlage ihrer Analysen 101 Handlungsempfehlungen formuliert. Sie betreffen die Digitalbranche, die digitale beziehungsweise digitalisierte Wirtschaft sowie die Digitalisierung in gesellschaftlichen Bereichen wie beispielsweise digitale Gewalt, Soziale Medien und Datenschutz. Hinzu kommen Handlungsempfehlungen für die Stärkung gleichstellungspolitischer Strukturen und Instrumente zur Förderung einer gleichstellungsorientierten Digitalisierung.

Die ZGF hat im Berichtszeitraum darauf hingewirkt, dass die Handlungsempfehlungen aus dem Gleichstellungsbericht zukünftig bei der Entwicklung und dem Einsatz von Digitalisierungsprozessen im Land Bremen berücksichtigt werden und begrüßt daher, dass sich das Land Bremen laut Koalitionsvertrag bei der digitalen Transformation an diesen Handlungsempfehlungen orientieren möchte. Bereits 2022 verdeutlichte die ZGF mit einer Vorlage im Ausschuss für die Gleichstellung der Frau (GdF), dass ein geschlechtergerechter digitaler Wandel eine vielschichtige Herausforderung ist, die ein ressortübergreifendes und koordiniertes Vorgehen erfordert. Die ZGF sieht ihre Aufgabe darin, weiterhin auf die Implementierung der Handlungsempfehlungen des 3. Gleichstellungsberichts im Land Bremen hinzuwirken.

CYBERSICHERHEITSSTRATEGIE DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Im April 2023 verabschiedete der Senat die erste Bremische Cybersicherheitsstrategie. Sie umfasst neun Handlungsfelder und die Einrichtung einer koordinierenden Zentralstelle. Die ZGF begleitet die Umsetzung der Strategie und drängt darauf, dass die Maßnahmen die Personengruppen erreichen, die aufgrund von Alter, Bildung oder Geschlecht besonderen Unterstützungsbedarf zur Kompetenzerneuerung und Awareness-Bildung benötigen, um bei dem wichtigen Thema Cybersicherheit nicht abgehängt zu werden.

Zudem sind qualifizierte Fachkräfte eine Voraussetzung für die Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie. In diesem Zusammenhang fordert die ZGF, dass bei der Fachkräftegewinnung im IT-Bereich der Frauenanteil dringend erhöht werden muss – ein Ziel, das sich auch die Cybersicherheitsstrategie des Landes Bremen gesetzt hat.



Handlungsbedarfe

DIGITALE KOMPETENZEN VON FRAUEN STÄRKEN

Um geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der IT-Kompetenzen auszugleichen, setzt sich die ZGF dafür ein, bei Bremer Frauen und Mädchen frühzeitig das Interesse an dem Thema zu wecken und sie beim Aufbau von Kompetenzen zu unterstützen. Die ZGF erachtet daher Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote im Bereich IT und Künstlicher Intelligenz, die stärker an den Bedarfen von Frauen ausgerichtet sind, als wichtige Maßnahmen, um einer digitalen Spaltung der Geschlechter im Land Bremen entgegenzuwirken.

HASSREDE IM INTERNET: ÖFFENTLICHKEIT IM LAND BREMEN BESSER INFORMIEREN

Mit dem Digital Service Act der Europäischen Union gibt es verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen, um Hassrede (englisch

Hate Speech) im Internet strafrechtlich zu verfolgen. Die ZGF sieht es als wichtig an, dass die Öffentlichkeit, insbesondere Frauen, im Land Bremen stärker darüber informiert werden, wie sie sich vor Hate Speech schützen können. Dabei sollten beispielsweise konkrete Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten zur Durchsetzung der eigenen Rechte sowie Angebote der Länder – wie die Meldestelle Respect – stärker bekannt gemacht werden.

ANTIFEMINISMUS BEGEGNEN

Antifeministische Einstellungen haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Dabei spielt das Internet bei der Verbreitung der Ideologie eine wichtige Rolle. Die ZGF hält es für notwendig, dass Bildungsinstitutionen, Polizei, Gerichte, Behörden und weitere relevante Einrichtungen im Land Bremen ihre Kompetenzen zu antifeministischen Bewegungen mit extremistischem Hintergrund ausbauen und eine Haltung entwickeln, die die Einflussnahme dieser Strömung eindämmt.



Foto: @Cosima Hanebeck

Mädchenarbeit



Gremienarbeit

Arbeitsgruppe der Gleichstellungs- und Frauenminister*innenkonferenz (GFMK): Digitalisierung

Arbeitskreis Cybersicherheit

IT-Ausschuss (ITA) der Freien Hansestadt Bremen



Veranstaltungen

VERANSTALTUNGS- REIHE #ERROR

»#1 ERROR – Freie Wahl? Sexismus gegen Politikerinnen in den Sozialen Medien«, 23. Juni 2023

»#2 ERROR Künstliche Intelligenz muss weiblicher werden«, 20. September 2023

»#3 ERROR Antifeministen vergiften das Netz«, 16. November 2023

Mädchenarbeit

Ob in der Schule, in der Familie oder auf Social-Media-Plattformen: Beim Heranwachsen werden Mädchen und junge Frauen weiterhin stark mit stereotypen Geschlechterbildern konfrontiert. Für Mädchen sind daher Anlaufstellen jenseits von Familie, Ausbildung oder digitalen Medien von großer Bedeutung.

Akteur*innen im außerschulischen mädchenpädagogischen Bereich unterstützen Jugendliche dabei, Stereotype wahrzunehmen, diese zu reflektieren und die eigene Identität zu finden. Sie begleiten Mädchen auf dem Weg zum Erwachsenwerden und nehmen eine bedeutende Rolle bei der Stärkung und Förderung der Heranwachsenden ein. Im Bereich Mädchenarbeit bietet die

ZGF vor allem Austausch- und Vernetzungsangebote auf der fachlichen Ebene an. Sie setzt sich außerdem für geschlechtersensible Strukturen in Bildung und Jugendarbeit des Landes Bremen ein.

Der Arbeitskreis Mädchenpolitik im Lande Bremen

In dem von der ZGF geleiteten Arbeitskreis Mädchenpolitik im Lande Bremen engagieren sich seit über 30 Jahren Mitarbeitende der außerschulischen Mädchenarbeit und der Mädchenberatungsarbeit aus Bremen und Bremerhaven. Ziel des Gremiums ist es, trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen wie mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen, die fachliche Arbeit qualitativ weiterzuentwickeln.

AUSRICHTUNG DES GREMIUMS

Trägerübergreifend verfolgt der Arbeitskreis das Ziel, gemeinsam an Konzepten, Rahmenbedingungen und konkreten Angeboten zu arbeiten, um eine qualitativ gute Mädchenarbeit im Land Bremen sicherzustellen. Der Arbeitskreis wirkt darauf hin, dass geplante Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und eine Vernetzung der Mädchenarbeit erfolgen kann. Das Netzwerk beteiligt sich zudem an der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik und bringt sich in fachliche Diskurse ein.

Das Gremium meldet sich auch in der Öffentlichkeit zu Wort, wenn es um die praktische Umsetzung von Maßnahmen geht und arbeitet mit den regionalen Arbeitskreisen zur Mädchenarbeit in Bremen und Bremerhaven zusammen. Sie ist über die ZGF in den Jugendhilfeausschüssen des Landes und der beiden Städte vertreten.

Um mehr Transparenz und Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit zu erreichen, soll der Arbeitskreises im Jahr 2024 umbenannt werden: in Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Bremen.

DER ARBEITSKREIS MÄDCHENPOLITIK ALS SPRACHROHR

Als Reaktion darauf, dass der Magistrat Bremerhaven im Dezember 2021 ein Verbot zur Nutzung von geschlechtersensibler Sprache in der Verwaltung beschlossen und es im Januar 2022 wieder zurückgenommen hatte, veröffentlichte der Arbeitskreis Mädchenpolitik im Lande Bremen eine Stellungnahme. Darin begrüßt er die zügige Aufhebung des Magistratsbeschlusses, fordert den Magistrat Bremerhaven und die Stadtverordnetenversammlung jedoch dazu auf, Gender- und Diversity-Kompetenz auszubauen und Diskriminierungssensibilität auf allen Ebenen zu fördern.

Praxisleitfaden Geschlechtersensible Kinder- und Jugendarbeit des Magistrats Bremerhaven

Im Berichtszeitraum beteiligte sich die ZGF an der Erarbeitung eines Praxisleitfadens für Geschlechtersensible Kinder- und Jugendarbeit für die Stadt Bremerhaven. Dieser wurde im November 2022 im Jugendhilfeausschuss der Stadt Bremerhaven vorgestellt und durch diesen beschlossen. Er beschreibt den theoretischen Rahmen für die Mädchen-, Jungen- und queere Jugendarbeit, die als Basis der geschlechtersensiblen Praxis dienen soll. Außerdem werden darin Qualitätsstandards für eine geschlechtersensible Jugendarbeit in Bremerhaven skizziert. Der Praxisleitfaden bietet Hilfestellungen und soll Fachkräfte motivieren, sich mit geschlechtersensibler Jugendarbeit auseinanderzusetzen und diese in den Praxisalltag einzubinden. Dem Beschluss waren über siebenjährige Bemühungen seitens der ZGF vorausgegangen.

Ausblick

Die psychischen Belastungen und Erkrankungen von Mädchen und jungen Frauen sind hoch und übersteigen bei weitem die Kapazitäten der regionalen Beratungsstellen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, aber auch Themen wie Klimawandel und Kriege haben bei den Jugendlichen ihre Spuren hinterlassen. Für die psychische Gesundheit und eine Stärkung der Mädchen ist qualitativ hochwertige Mädchenarbeit zentral. Sie basiert auf Beziehungsarbeit. Deshalb wird sich die ZGF weiterhin für eine Finanzierung einsetzen, die es ermöglicht, dass gut ausgebildetes Fachpersonal dauerhaft und verlässlich in den (Beratungs-)Einrichtungen vor Ort ist.



Handlungsbedarfe

MÄDCHENARBEIT MUSS SICH AN DEN ERARBEITETEN QUALITÄTSSTANDARDS AUSRICHTEN

Die ZGF vertritt die Auffassung, dass sich die Mädchenarbeit nach den erarbeiteten Qualitätsstandards auf kommunal-bremischer Ebene wie den Leitlinien der Mädchenarbeit, dem Jugendkonzept oder den Leitlinien der Jungenarbeit, ausrichten muss. In regelmäßigen Zeitabständen sollte eine Überprüfung dieser Qualitätsstandards erfolgen.

BEDARFSORIENTIERTE FINANZIERUNG DER MÄDCHENEINRICHTUNGEN IM LAND BREMEN

Um eine qualitativ hochwertige mädchenpädagogische Arbeit leisten zu können, ist aus Sicht der ZGF die auskömmliche und bedarfsorientierte Finanzierung der Mädcheneinrichtungen und Mädchenangebote im Land Bremen abzusichern.



Gremienarbeit

LAND BREMEN

Arbeitskreis Mädchenpolitik im Lande Bremen, Leitung

Landesjugendhilfeausschuss, Jugendhilfeausschuss Bremerhaven, Jugendhilfeausschuss Bremen

Unterausschuss »Kinder und Jugend in Beteiligungsprozessen«

Arbeitsgemeinschaft Geschlechtergerechte Jugendarbeit

Fachbeirat für Migration und Chancengleichheit

BREMERHAVEN

Mädchenarbeitskreis der kommunalen Freizeiteinrichtungen Bremerhaven

Migrationsrat Bremerhaven

Jury des Kinder- und Jugendrechtpreises Bremerhaven

Präventionsrat der Stadt Bremerhaven

Vergabeausschuss des Präventionsrats Bremerhaven

BUND

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Mädchenpolitik



Veranstaltungen

Kommunale Aktion zum Weltmädchentag, in Kooperation mit dem Mädchenarbeitskreis der kommunalen Freizeiteinrichtungen Bremerhaven, 11. Oktober 2022 und 11. Oktober 2023

»Geschlecht – Diversität – Empowerment. Wo steht die geschlechterreflektierende Jugendarbeit?« Fachtag der Arbeitsgemeinschaft geschlechtergerechte Jugendarbeit, in Kooperation mit Lidice Haus, Arbeitskreis Mädchenpolitik und Arbeitskreis Jugendarbeit, Bremen, 31. August 2023



Weltmädchentag in Bremerhaven, 11. Oktober 2022



Foto: ©Cosima Hanebeck

Rechtsangelegenheiten Öffentlicher Dienst

Rechtsangelegenheiten | Öffentlicher Dienst

Männer und Frauen sind gleichberechtigt, so steht es in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes – gleichwohl können Gesetze oder andere Vorschriften benachteiligende Wirkung auf Frauen haben oder Diskriminierung wegen des Geschlechts begünstigen.

Die ZGF prüft bremische Gesetzes- und andere Vorhaben daraufhin, dass Frauen nicht benachteiligt werden. Zudem nehmen die Juristinnen der ZGF Stellung zu Gesetzesvorhaben, die frauen- und gleichstellungspolitische Belange betreffen.

Frauen im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen die gleichen Chancen wie Männern zu geben, ist seit 1990 das Ziel des Bremischen Landes-

gleichstellungsgesetzes (LGG). In den Dienststellen gibt es Frauenförderpläne und gewählte Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die die Umsetzung des LGG vor Ort begleiten und fördern. Die Juristinnen der ZGF unterstützen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten mit Expertise zu Rechtsfragen, stehen ihnen ratgebend zur Seite und geben Stellungnahmen zu Widersprüchen ab.



Quelle: Personalbericht 2022, Der Senator für Finanzen, Freie Hansestadt Bremen



»DIE FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGEN SIND WICHTIGE AKTEUR*INNEN, UM DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER AM ARBEITSPLATZ UMZUSETZEN.

BESCHÄFTIGTE, DIE DORT BEISPIELSWEISE SEXUELLE BELÄSTIGUNG ODER DISKRIMINIERENDES VERHALTEN AUFGRUND IHRES GESCHLECHTS ERFAHREN, HABEN MIT IHNEN DIREKTE ANSPRECHPARTNER*INNEN.

Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (FGB)

Die FGB begleiten und unterstützen zudem Fördermaßnahmen wie beispielsweise die Schaffung von besseren Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Rund 60 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bremen sind weiblich (Stand 2020). Doch: je höher die Entgelt- und Hierarchiestufe, desto geringer der Frauenanteil. Um diese Unterrepräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen der öffentlichen Verwaltung zu beseitigen, wurde im Jahr 1990 das Bremische Gesetz zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst des Landes Bremen, kurz Landesgleichstellungsgesetz (LGG), erlassen.

ÄNDERUNG DES LANDESGLEICHSTELLUNGSGESETZES

Die Rolle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des öffentlichen Dienstes ist über das Landesgleichstellungsgesetz (LGG), aus dem Jahr 1990 geregelt. Nach über 30 Jahren wurden zentrale Elemente des Gesetzes im Mai 2023 geändert. Die ZGF hatte in Abstimmung mit der für Frauen zuständigen Senatorin im Jahr 2022 einen Referentinnen-Entwurf erstellt.

Eine wichtige Forderung der ZGF, nämlich die nach einer Freistellungsregelung für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, wurde mit der Gesetzesänderung umgesetzt: In Dienststellen mit 300 oder mehr Beschäftigten ist eine solche jetzt möglich. Eine weitere Forderung der ZGF, die Teilfreistellung in Dienststellen mit 150 Beschäftigten oder mehr, wurde hingegen nicht umgesetzt.

Das überarbeitete LGG berücksichtigt nun auch nichtbinäre, trans und intergeschlechtliche Personen. Entsprechend wurden aus den Frauenbeauftragten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. Zudem wurde der Begriff Frau in dem geänderten Gesetz ausgeweitet auf »Personen, die einen Antrag auf Änderung des Geschlechtseintrags im Personenstand auf weiblich gestellt haben«.

Nach Auffassung der ZGF geht die Gesetzesreform an einigen Stellen jedoch nicht weit genug. Sie setzt sich daher für zeitnahe und weiterführende Änderungen ein, um die Position der FGB zu stärken, damit sie mehr Sichtbarkeit, Gehör und Einfluss erhalten und so die Gleichstellung vorantreiben können. Die konkreten, nach Auffassung der ZGF notwendigen Änderungsbedarfe, finden Sie auf Seite 74.

WUNSCH DER FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN NACH MEHR BETEILIGUNG

Innerhalb des Verfahrens zur Reform des Landesgleichstellungsgesetzes in der 20. Wahlperiode forderten die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus den Mehrheitsgesellschaften und des bremischen öffentlichen Dienstes gegenüber den Regierungsfractionen, der Senatorin für Frauen, der Landesfrauenbeauftragten und im Parlamentsausschuss für die Gleichstellung der Frau (GdF) mehr Beteiligungsmöglichkeiten bei den Änderungen zum LGG. Die ZGF hat im Berichtszeitraum dazu einen Vorschlag erarbeitet und diesen dem GdF am 26. Januar 2024 vorgelegt. Er sieht vor, dass eine Sprecherin der FGB einen Gaststatus im Ausschuss erhält.



ZGF-Flyer zur Wahl der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, Oktober 2023

WAHL DER FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN

Am 6. März 2024 fanden in großen Teilen des bremischen öffentlichen Dienstes und in vielen weiteren Institutionen die Wahlen zu den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten statt. Rund 23.000 weibliche Beschäftigte aus über 113 Dienststellen in Bremen und Bremerhaven konnten ihre Stimme abgeben. Die Wahlen sind über das Landesgleichstellungsgesetz und über seine Wahlordnung geregelt. Um das ungefähr achtwöchige Wahlverfahren für die Beteiligten möglichst einfach und reibungslos zu gestalten, bot die ZGF unterschiedliche Unterstützungshilfen an. So nahmen 185 interessierte Frauen im Winter 2023/24 an insgesamt acht von der ZGF durchgeführten Schulungen teil. Hierfür entwickelte die ZGF umfangreiche Informations- und Schulungsunterlagen sowie Mustervorlagen. Zudem hat sie die wichtigsten Schritte zur Durchführung der Wahl übersichtlich aufbereitet und im Internet veröffentlicht: www.frauen.bremen.de/fgbwahl.

Bei der vergangenen Wahl im Jahr 2020 traten nur in 81 von insgesamt 113 Dienststellen Kandidatinnen zur Wahl an. Um mehr Frauen für das Amt der FGB zu gewinnen und um über die Wahl zu informieren, veröffentlichte die ZGF im November 2023 den Flyer »Entschlossen für

Gleichstellung in der Dienststelle – Lassen Sie sich aufstellen!«, der in den Dienststellen, bei den Schulungen und auf Nachfrage verteilt wurde.

Die Wahlen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fanden parallel zu den Personalratswahlen statt und auch ihre rechtlichen Grundlagen sind an das Personalvertretungsrecht angelehnt (§ 11 Absatz 5 Satz 2 LGG). Da die Wahlordnung zur Personalratswahl im Berichtszeitraum geändert wurde, musste auch die Wahlordnung zur Wahl der Frauenbeauftragten entsprechend angepasst werden. Die ZGF hat in der Wahlordnung darüber hinaus notwendige redaktionelle Änderungen und einige inhaltliche Klarstellungen zur Arbeit der Wahlvorstände ergänzt und eine Senatsvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt.

WIDERSPRÜCHE DER FRAUENBEAUFTRAGTEN

Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten haben das Recht, zu personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen Widerspruch einzulegen. Ihre Widersprüche bleiben in der Freien Hansestadt Bremen allerdings in der Regel erfolglos. Die ZGF hat daher bei der Überarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes vorgeschlagen, den FGB ein Beanstandungsrecht – ähnlich dem Recht auf Erörterung einer Maßnahme nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz – einzuräumen. Das Beanstandungsrecht öffnet die Tür für eine Einigung zwischen der FGB und der Leitungsebene im Vorfeld eines Widerspruchsverfahrens und kann so zum Verzicht auf den Widerspruch führen. Widerspruchsverfahren werden von beiden Seiten als eher konfrontativ empfunden.

Mehrfach wurde die ZGF im Berichtszeitraum über Widersprüche der Frauenbeauftragten der Dienststellen oder Mehrheitsgesellschaften des Landes Bremen wegen eines möglichen Verstoßes gegen Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes in Kenntnis gesetzt. In den Fällen, in denen ein Widerspruch der Frauenbeauftragten erhoben wurde, das zuständige Senatsmitglied nicht Abhilfe geschaffen hat und dies gegenüber der Landesfrauenbeauftragten begründet wurde, hat die Landesfrauenbeauftragte im Berichtszeitraum in 15 Fällen von ihrem Recht auf Stellungnahme nach § 13 Absatz 3 Satz 4 LGG Gebrauch gemacht.

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming bedeutet, dass bei sämtlichem Verwaltungshandeln frauen- und gleichstellungsrelevante Auswirkungen von vornherein mitgedacht und in die Planung einbezogen werden. Vor mehr als 20 Jahren, im Jahr 2002, wurde diese EU-Strategie per Senatsbeschlusses im Land Bremen eingeführt und als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in der bremischen Verwaltung, den Eigenbetrieben und den Unternehmen der öffentlichen Hand verankert. Demnach soll die Geschlechterperspektive systematisch bei allen Entscheidungsprozessen von vornerein berücksichtigt werden.

BEWERTUNG DER GENDER-PRÜFUNG IN DEN SENATSVORLAGEN

Entsprechend wird alles, was vom Bremer Senat geplant oder beschlossen wird, einer Gender-Prüfung unterzogen. So müssen Senatsvorlagen die Ergebnisse der Gender-Prüfung beinhalten. Dabei gilt es, folgende Punkte zu berücksichtigen:

Sachstand der Ausgangslage, die betroffenen Personengruppen und die Auswirkungen des Vorhabens mit Blick auf die Geschlechter. Auch wenn keine Bezüge zur Geschlechtergerechtigkeit bestehen, ist dies zu begründen. Die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten prüft die Gender-Prüfungen in den Senatsvorlagen, um sicherzustellen, dass bei politischen Vorhaben ab der ersten Planungsphase die Geschlechterdimension berücksichtigt wurde. Sollte sie dabei Lücken oder Fehler erkennen, bittet die ZGF um Ergänzungen oder Korrekturen – beispielsweise, wenn genderrelevante Aspekte erkennbar übersehen oder bloße Standardformulierungen gewählt werden.

Um den in der FHB für die Gender-Prüfung Zuständigen die Arbeit zu erleichtern, veröffentlichte die ZGF Ende 2023 den Flyer »Gender-Prüfung kurz und knapp« in einer Neuauflage. Er fasst die Anforderungen der Prüfung übersichtlich zusammen und bietet mit fünf Gender-Prüffragen eine praktische Arbeitshilfe. Der Flyer ist über die ZGF erhältlich oder im Internet abrufbar: [Publikationen Rechtsangelegenheiten – Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten \(bremen.de\)](http://Publikationen_Rechtsangelegenheiten_-_Zentralstelle_der_Landesfrauenbeauftragten_(bremen.de)).

Mit fünf Fragen zur
Gender-Prüfung

Als Bearbeitende*r einer Senats- oder Deputationsvorlage beantworten Sie bitte diese fünf Fragen:

1. Mit Blick auf die Ausgangslage oder den konkreten Anlass der Vorlage: Gibt es Geschlechterunterschiede hinsichtlich Datenlage, Betroffenheit, Bedarfen, Zugängen, Beteiligung oder Nutzung einer Leistung/Maßnahme?
2. Welche Menschen betrifft die geplante Maßnahme direkt oder indirekt? (Präzisieren Sie hier gerne über das Geschlecht hinaus. Fällt Ihnen etwas in Bezug auf Alter, Arbeit, Behinderung, Familienstand, Herkunft usw. auf?)
3. Welche Auswirkungen der Aktivität/Maßnahme auf Frauen, Männer und andere Geschlechter sind absehbar oder geplant? Profitiert ein Geschlecht stärker von dem Vorhaben? Wenn ja, warum ist das so?
4. Trägt die Aktivität oder Maßnahme zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bei? Verändert sie die unter Nr. 1 festgestellte Ausgangslage?
5. Wenn die Fragen 1 bis 4 gar nicht oder nicht eindeutig beantwortet werden können, was sind die Gründe dafür?

Gutes Gelingen und Danke für Ihren Beitrag zu einem gerechteren Bremen!

landesportal.bremen.de/senat/gender-mainstreaming

Handlungsbedarfe

LANDESGLEICHSTELLUNGS- GESETZ (LGG): FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE BESSER UNTERSTÜTZEN

Das Amt der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (FGB) des Landes Bremen soll attraktiver und seine Akzeptanz gesteigert werden. Erste Schritte hierfür sind nach Auffassung der ZGF mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes aus dem Jahr 2023 erfolgt. Die ZGF setzt sich jedoch für eine weitere Reform des Gesetzes ein, damit aus ihrer Sicht weitere wichtige Punkte Berücksichtigung finden:

- ▶ Die Einführung einer Teilfreistellung bei einer Dienststellengröße ab 150 Beschäftigten
- ▶ Sicherstellung zusätzlicher Ressourcen, die durch den ausgeweiteten Aufgabebereich der FGB erforderlich sind
- ▶ Die ausdrückliche Benennung und Konkretisierung der Auskunftsrechte der FGB sowie das Angleichen des Klagerechts der FGB an die entsprechenden Regelungen des Bundesgleichstellungsgesetzes
- ▶ Parität bei der Gremienbesetzung vorzuschreiben
- ▶ Die Ausweitung des Geltungsbereichs des LGG auf Mehrheitsgesellschaften der Freien Hansestadt Bremen

Aus Sicht der ZGF sollten zudem die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Reformprozess eingebunden werden.

STELLENWERT DES GENDER MAINSTREAMINGS STÄRKEN

Um den Stellenwert und die Qualität der Gender-Prüfung in den Senatsvorlagen zu stärken, schlägt die ZGF vor, das Fachwissen hierzu in den Ressorts zu vertiefen. Da Gender Mainstreaming eine Querschnittsaufgabe ist, hält es die ZGF für wichtig, dass ausgehend von der Leitungsebene das Bewusstsein für die Bedeutung und Not-

wendigkeit dieses Instruments auf allen Ebenen der jeweiligen Dienststelle transferiert wird.

PARITÄT IN DEN PARLAMENTEN

In der Bremischen Bürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven sind Frauen auch in dieser Legislaturperiode unterrepräsentiert. Über ein Paritätsgesetz ließe sich mehr Geschlechtergerechtigkeit herstellen. Die ZGF spricht sich daher dafür aus, die aktuellen Initiativen und Entwicklungen im Bund und in anderen Bundesländern zu verfolgen und zu prüfen. Auch empfiehlt sie der Bürgerschaft die Erstellung eines weiteren Gutachtens zur Bedeutung und Umsetzung des sogenannten Hinwirkungsgebots des Artikels 2 Absatz 4 der Bremer Landesverfassung, wonach darauf hinzuwirken ist, dass Frauen und Männer in Gremien des öffentlichen Rechts zu gleichen Teilen vertreten sind.

SEXUELLE BELÄSTIGUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST AUF- KLÄREN UND WIRKSAM AHNEN

Sexuelle Belästigung betrifft Frauen überall in ihrem Alltag – auch bei der Arbeit. Um Frauen in der öffentlichen Verwaltung davor zu schützen, beziehungsweise betroffene Frauen optimal zu unterstützen, schlägt die ZGF eine grundlegende Überarbeitung der Dienstanweisung zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz vor. Außerdem sollte auch die Struktur der Zentralen Beschwerdestelle überprüft werden. Damit dieser wichtige Schutz gewährleistet werden kann, sind ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen.

MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGS- POSITIONEN

Im öffentlichen Dienst des Landes Bremen und in der Stadt Bremerhaven sind Frauen in vielen Leitungs- und Führungsebenen nach wie vor unterrepräsentiert. Die Personalentwicklung von Frauen muss nach Meinung der ZGF daher ausgebaut werden.

BEGRIFFSKLÄRUNG

Gender Mainstreaming ist Präventionsarbeit:

Es erfasst die Wirkung von geplanten Maßnahmen und Vorhaben auf die Geschlechter bereits im Vorfeld. So können Geschlechterungleichheiten von vornherein vermieden werden. Ungleichheiten, egal für welches Geschlecht.

Frauenförderung ist Reparaturarbeit:

Hierdurch sollen bestehende Ungleichheiten wie beispielsweise die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen beseitigt werden.





Gremien

LAND BREMEN

Arbeitskreis der Frauenbeauftragten
beim Gesamtpersonalrat, ständiger Gast

Ressortübergreifende Arbeitsgruppe
zum Gender Mainstreaming, Federführung
gemeinsam mit dem Senator für Finanzen

BREMERHAVEN

Arbeitskreis der Frauenbeauftragten
des Magistrats

Arbeitskreis Frauenbeauftragte
nach LGG, Federführung



Veröffentlichungen

Flyer »Gender-Prüfung kurz
und knapp«, November 2023

»Wahl der Frauen- und Gleichstellungs-
beauftragten: Die wichtigsten Schritte
der Vorbereitung und Durchführung
der Wahl«(online), Oktober 2023

Flyer »Entschlossen für die
Gleichstellung in der Dienststelle«,
Oktober 2023

Foto: @iStock, AronAmat



**Beschwerdestelle
für sexistische
Werbung**

Beschwerdestelle für sexistische Werbung

In Bremen gibt es seit 2017 eine eigene Handhabe, um sexistische und diskriminierende Werbung auf öffentlichen Flächen des Landes und der Stadt Bremen zu verbieten. Die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten ist hierfür die Beschwerdestelle.

Bürger*innen haben die Möglichkeit, sexistische oder diskriminierende Werbemotive auf Werbeträgern im öffentlichen Raum der ZGF zu melden. Die ZGF prüft darauf hin, ob die genannte Werbung sexistisch und/oder diskriminierend ist. Sollte dies der Fall sein, teilt sie dies der zuständigen senatorischen Behörde mit, die wiederum prüft, ob die Werbefläche dem Einfluss Bremens unterliegt. Ist dies der Fall, wird die unverzügliche Entfernung der Werbung veranlasst.

Im Berichtszeitraum gingen bei der Beschwerdestelle der ZGF insgesamt 21 Beanstandungen zu sexistischer und diskriminierender Werbung ein. Besonders viele Beschwerden gab es zu der Werbekampagne eines Online-Supermarktes. Dieser warb im Jahr 2023 mit unterschiedlichen Slogans. Die ZGF bewertete zwei davon als altersdiskriminierend beziehungsweise als sexistische Anspielung. Die vermeintlich witzigen Slogans basierten auf einer Norm von Aussehen und Ästhetik, die weibliche Körper limitiert und beurteilt. Die beiden Motive mussten auf den Werbeflächen der Stadt Bremen entfernt werden.



Werbung eines Online-Supermarkts in der Stadt Bremen, Februar 2023

Ein weiteres Werbemotiv, wozu Beschwerden bei der ZGF eingingen, zeigte nackte Frauenbeine mit roten Lack-High-Heels, die aus einer liegenden Position heraus in die Luft gestreckt wurden. Der Slogan lautete: »Büro macht sexy. Wir haben deine Fläche«. Die Werbung stammte von einem Immobilienmakler aus Bremen, der damit für neue Mitarbeitende warb. In der sexualisierten Darstellung der Frau und der Reduzierung auf ihre nackten Beine fehlte der Zusammenhang mit dem Werbegegenstand. Die nackten Beine mit den roten High-Heels wurden als reiner Blickfang genutzt und suggerierten eine sexuelle Verfügbarkeit. Auch diese Werbung musste entfernt werden.



Werbeanzeige eines Immobilienmaklers, Mai 2022



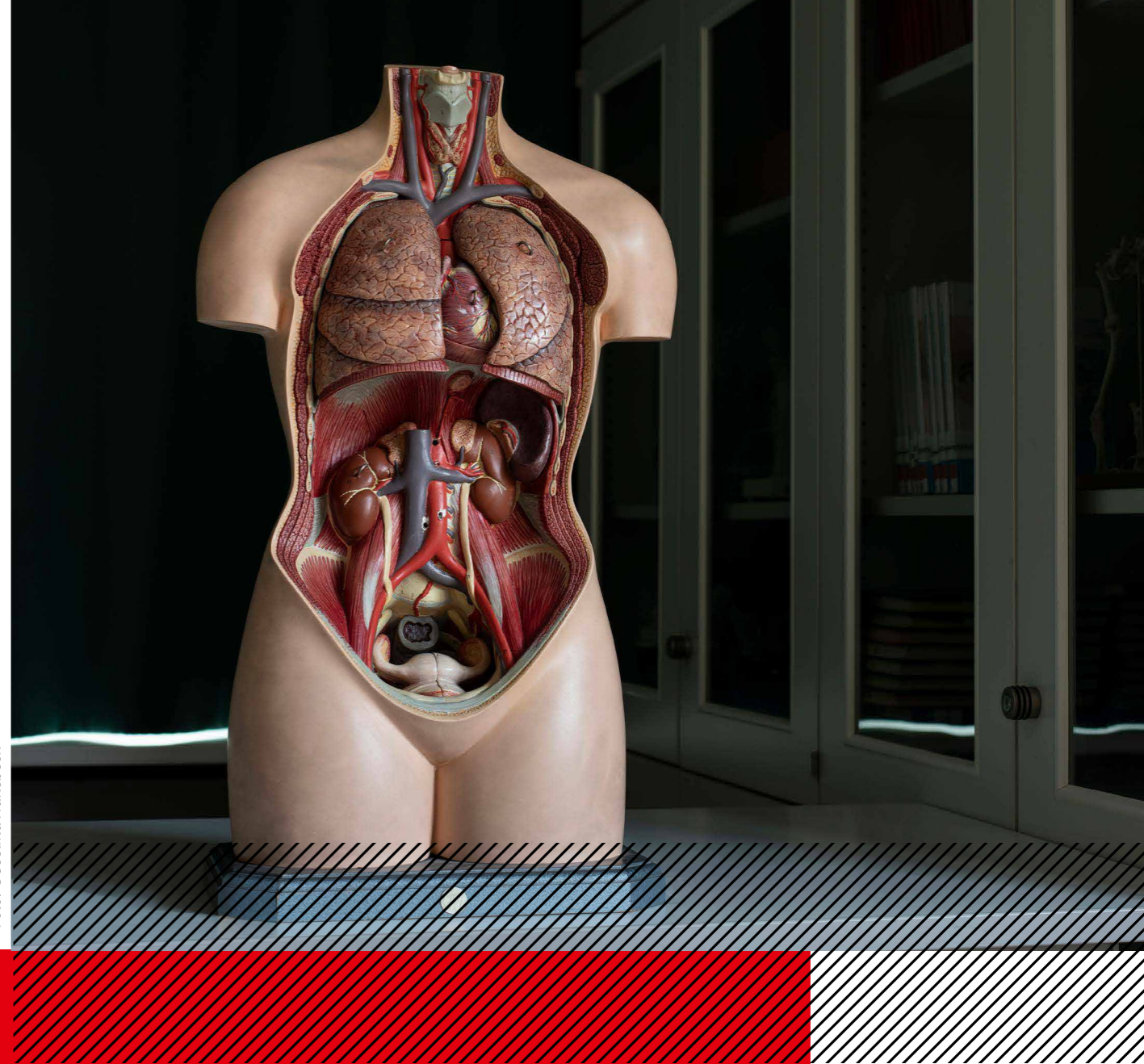
Werbeplakat für Unterwäsche. Die Werbung wurde von der ZGF als nicht sexistisch eingestuft.

Unter den Beschwerden im Berichtszeitraum waren drei Werbemotive, die Frauen in Unterwäsche zeigten, um für eine Unterwäschemarke zu werben. Diese Motive stufen die Melder*innen als sexistisch ein. Die ZGF kam nach ihrer Prüfung zu einem anderen Ergebnis: Da die Motive einen klaren Produktbezug aufweisen und die Frauen nicht herabwürdigend darstellen oder eine sexuelle Verfügbarkeit suggerieren, ist das Werbemotiv nicht als sexistisch oder diskriminierend zu werten.

FÜR EINE ERSTE UND SCHNELLE EINSCHÄTZUNG, OB ES SICH UM SEXISTISCHE UND/ODER DISKRIMINIERENDE WERBUNG HANDELN KÖNNTE, HILFT DIE BEANTWORTUNG DER FOLGENDEN FRAGEN:

- ▶ Beinhaltet die Werbung sexuelle Anspielungen, die nichts mit dem Produkt zu tun haben?
- ▶ Werden Körper oder Körperteile als reiner Blickfang eingesetzt? Wird mit den sexuellen Reizen der abgebildeten Person für ein Produkt geworben?
- ▶ Suggestiert die Werbung, die abgebildete Person sei (wie das Produkt) käuflich? Wird eine Person wie ein Konsumartikel dargestellt?
- ▶ Gibt es Andeutungen von Gewalt oder funktioniert das Motiv über die Assoziation von Gewalt/gewalttätigem Verhalten?

Foto: ©Cosima Hanebeck



Gesundheit

Gesundheit

Bei einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung gilt es, die Vielfalt der Geschlechter im Blick zu haben. Werden bei Forschung, Diagnose und Behandlung nur der Mann als Norm oder die binären Geschlechter männlich und weiblich berücksichtigt, greift das zu kurz und die Versorgung wird den Bedarfen vieler Menschen nicht gerecht.

Die ZGF thematisiert in ihrer Arbeit deshalb regelmäßig wichtige Aspekte der Gendermedizin und trägt das Thema in Fachkreise und die Öffentlichkeit. So publizierte die ZGF beispielsweise zu dem Thema mehrere Fachartikel und brachte ihre Expertise auf Fachveranstaltungen ein.

Doch Frauen sind nicht nur Patientinnen, sondern auch Arbeitnehmerinnen im medizinischen Bereich: Rund 75 Prozent der im Gesundheitssystem Beschäftigten sind Frauen. Eine ZGF-Stellungnahme und Anhörung zum überarbeiteten Pflegehilfesausbildungsgesetz rückte deshalb die besonderen Bedarfe von Frauen in Hinblick auf Förderung der deutschen Sprache und auf Erleichterung von beruflichen Weiterentwicklungen in den Fokus.

Denn Frauen sind anders krank und anders gesund als Männer – gleiches gilt für trans* und inter* Personen. Diese Erkenntnis hat sich inzwischen wissenschaftlich durchgesetzt und mit der Disziplin Gendermedizin manifestiert. Doch in der Praxis finden geschlechtsspezifische Aspekte nicht immer die notwendige Berücksichtigung.



»DIE LAGE IST ERNST: ERLEIDEN FRAUEN EINEN HERZINFARKT, IST IHR RISIKO, DARAN ZU STERBEN, MEHR ALS DOPPELT SO HOCH WIE BEI MÄNNERN.«

Deutscher Ärztinnenbund e. V.,
Januar 2024

FRAUENSACHE!

75%



DER IM GESUNDHEITSWESEN BESCHÄFTIGTEN SIND FRAUEN (STAND 2022)

Quelle: Statistisches Bundesamt

bremer forum frauengesundheit

Das von der ZGF geleitete und koordinierte bremer forum frauengesundheit bündelt in der Stadt Bremen seit fast 30 Jahren Expert*innenwissen und Kompetenzen zu einer Vielzahl von frauengesundheitspolitischen Fragen. Das Forum trägt Themen sowie Lösungsansätze von der Praxis in die Politik und Verwaltung und kommuniziert umgekehrt Informationen aus Politik und Verwaltung in die Fachkreise. Um die Gesundheit der Frauen im Land Bremen zu verbessern, verfolgt das Forum den Ansatz, das Thema geschlechtersensible Gesundheit in allen Politikbereichen zu verankern. Denn wichtige Einflussfaktoren liegen jenseits des Gesundheitswesens in den Bereichen Soziales, Bildung, Umwelt, Arbeitsmarkt, Verkehr und Wirtschaft.

Im Berichtszeitraum beteiligten sich fachübergreifend 47 Institutionen am bremer forum frauengesundheit: Fach- und Berufsverbände, Frauen-, Mädchen- und Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen, Gesundheitsprojekte und -dienstleister, Krankenkassen, Kammern und Behörden, psychologische Dienste sowie Sozial- und Pflegedienste verschiedener Kliniken. Unterstützt wird das Netzwerk zudem von unabhängigen Expertinnen.

Treffen des Netzwerkes bremer forum frauengesundheit in den Räumen der ZGF, 22. November 2023

Im Berichtszeitraum standen in den Arbeitskreisen des Forums folgende Themen auf der Tagesordnung:

- ▶ Implementierung einer Gewaltschutzambulanz
- ▶ Vorstellung der Konzepte für die neu entstehenden Hebammenzentren
- ▶ (geschlechtersensible) quartiersnahe Versorgungsangebote
- ▶ Versorgung rund um die Schwangerschaft und die Geburt
- ▶ eine zeitgemäße frauengesundheitspolitische Ausrichtung
- ▶ neue Personalbemessung in der Langzeitpflege
- ▶ Versorgungs- und Rechtssituation von ungewollt Schwangeren sowie
- ▶ Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen und seine Auswirkungen auf die Frauengesundheit



Gesundheitsversorgung für geflüchtete Frauen

Im Rahmen des bremer forum frauengesundheit gründete die ZGF bereits im Mai 2015 den Arbeitskreis Gesundheitsversorgung geflüchteter Frauen in Bremen, um die gesundheitliche Versorgung dieser besonders vulnerablen Gruppe zu verbessern. Der Arbeitskreis bringt Fachfrauen aus mehr als 20 Institutionen (Landesverbände von Gynäkolog*innen und Hebammen, Gesundheitsamt und Behörden, Beratungsstellen, Gesundheitsprojekten und -dienstleistern, Psychotherapeuten- und Ärztekammer, Beratungsstellen, Geburtskliniken, Kinderärzt*innen, Leitungen aus Unterkünften) zusammen.

Im Berichtszeitraum hat der Arbeitskreis neben dem Fachaustausch vor allem zu der fehlenden, beziehungsweise dem erschwerten Zugang zu Sprachmittlung gearbeitet. Mangelt es an Sprachkenntnissen, ist ohne eine präzise und verlässliche Übersetzung eine gute Gesundheitsversorgung nur eingeschränkt möglich. Die ZGF brachte deshalb auf einem Fachtag im November 2022 zu dem Thema Expertinnen und unterschiedliche Akteurinnen des Gesundheitswesens und der Verwaltung zusammen, um die konkreten Bedarfe für das Land Bremen zu ermitteln. Aus den Ergebnissen wurden Handlungsempfehlungen für eine geschlechtersensible Sprachmittlung in der Gesundheitsversorgung von geflüchteten Frauen entwickelt. Die Publikation kann auf der Webseite der ZGF heruntergeladen werden: [Publikationen Gesundheit – Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten \(bremen.de\)](#).

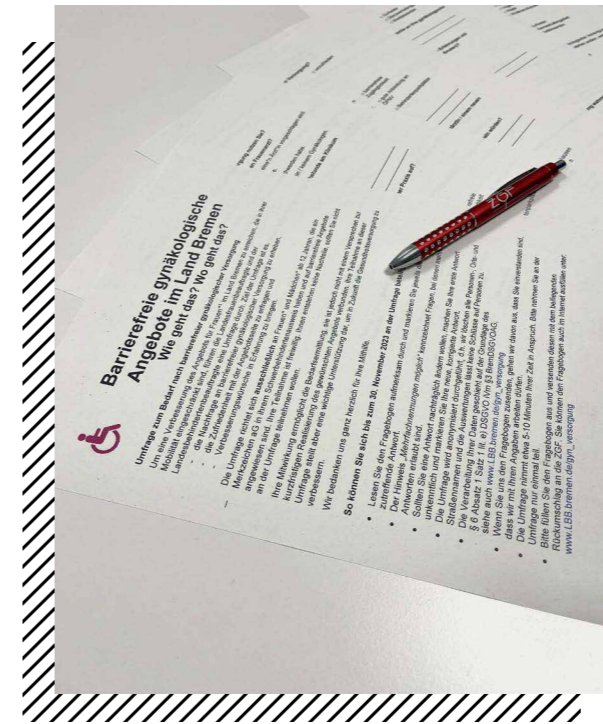
Gesundheitsversorgung von Frauen mit Behinderungen

Eine gute Gesundheitsversorgung von Frauen mit Behinderungen ist ein zentrales Anliegen der ZGF. Denn Frauen mit Behinderungen begegnen hierbei vielfältigen Hindernissen. Um diesbezüglich im Land Bremen Verbesserungen zu erreichen, arbeitet die ZGF seit dem Jahr 2021 eng mit dem Büro des Landesbehindertenbeauftragten (LBB) zusammen. Mit gemeinsamen Veranstaltungen informierte die ZGF im Berichtszeitraum die Öffentlichkeit, Fachleute, Aktivist*innen und weitere Interessierte beispielsweise zu den Themen barrierefreie Gesundheitsversorgung sowie zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Gesundheitswesen.

Außerdem ist die ZGF ständiges Mitglied im Landesteilhabebeirat und engagierte sich in der Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege für den Bremer Landesaktionsplans zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.

ERFASSUNG DER BEDARFE ZUR BARRIEREFREIEN GYNÄKOLOGISCHEN VERSORGUNG IN BREMEN

In Bremen eröffnete im Jahr 2011 eine Sprechstunde für die gynäkologische Versorgung mobilitätseingeschränkter Frauen am Klinikum Bremen Mitte (KBM). Die Einrichtung der Sprechstunde geht auf die Vorarbeit des bremer forum frauengesundheit, der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) sowie von Verbänden zurück. Durch einen Umzug der Sprechstunde innerhalb des KBM im Jahr 2021 in neue Räumlichkeiten ist der Zugang und die Nutzung für Frauen mit außergewöhnlichen Gehbehinderungen jedoch erschwert. Die Versorgung leisten sechs Ärzt*innen, von denen zwei zeitnah in den Ruhestand gehen, ihre Nachfolge ist noch offen.



Fragebögen der Umfrage »Barrierefreie gynäkologische Angebote im Land Bremen« zur Erfassung der Versorgungslage für mobilitätseingeschränkte Frauen, Herbst 2023

Um mögliche Zugangs- und Nutzungsbarrieren des Angebots zu erfassen, nahmen die ZGF, das Büro des Landesbehindertenbeauftragten und die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie Vertreterinnen von Interessenvertretungen behinderter Menschen im Jahr 2022 an einem Termin zur Besichtigung der Räumlichkeiten teil. Hierauf aufbauend entwickelte die ZGF gemeinsam mit dem LBB und SGFV eine Erhebung, um zu erfassen, welche Bedarfe und Erfahrungen Frauen mit Mobilitätseinschränkungen bei der gynäkologischen Versorgung im Land Bremen machen. Für die Umfrage wurden im Oktober 2023 knapp 2.000 Fragebögen an Frauen mit außergewöhnlichen Gehbehinderungen verschickt. Die im Land Bremen ansässigen Gynäkolog*innen und Wohneinrichtungen für behinderte Menschen wurden ebenfalls um eine Teilnahme an einer jeweils auf sie zugeschnittenen Befragung gebeten. Die Umfrage stieß bei den Zielgruppen auf große Resonanz. Die Ergebnisse sollen im Herbst 2024 veröffentlicht werden.

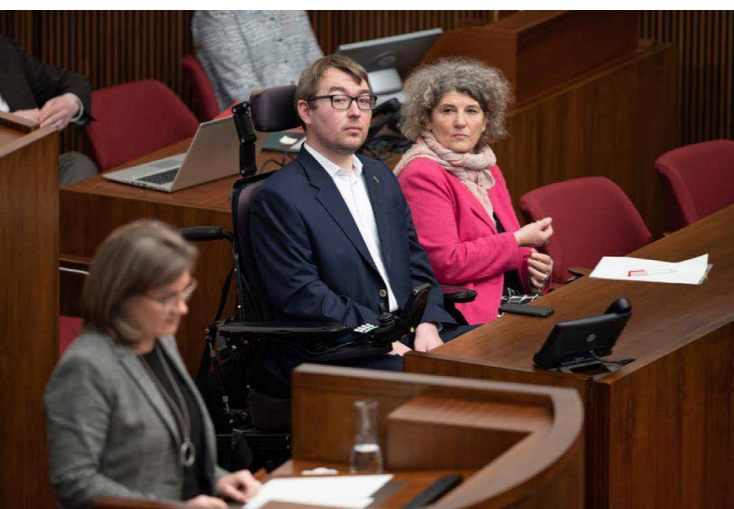
Pränataldiagnostik – nicht-invasiver Pränataltest (NIPT)

Der NIPT ist ein Bluttest, der Schwangeren Hinweise darauf gibt, ob ihr ungeborenes Kind mit einer höheren Wahrscheinlichkeit mit einem Down-Syndrom oder einer anderen Trisomie geboren wird. Seit Juli 2022 erhalten Schwangere nach ärztlicher Rücksprache den nicht-invasiven Pränataltest als Kassenleistung. Es gibt bereits Hinweise darauf, dass sich aufgrund der Kostenübernahme mehr Frauen für den Test entscheiden. Fachleute befürchten dabei Nachteile. Denn Schwangere stehen im Falle eines positiven Tests vor schwierigen Entscheidungen: Sollten weitere – für das Kind riskante – Tests durchgeführt werden oder die Schwangerschaft gar sofort abgebrochen werden? Diese Fragen stellen sich vor dem Hintergrund, dass insbesondere bei jüngeren Frauen Testbefunde falsch sein können.



Podiumsteilnehmende bei der Veranstaltung »Hauptsache das Kind ist gesund?« zu nicht-invasiven Pränataltest (NIPT). Von rechts: Landesbehindertenbeauftragter Arne Frankenstein, Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm, Prof. Dr. Swantje Köbsell (Universität Bremen), Dr. Marina Mohr (CARA – Beratungsstelle zu Schwangerschaft und Pränataldiagnostik), Dr. Dr. Mo Urban (ZGF) und Luisa Hilbrand (Universität Bremen), 16. Juni 2022

Im Juni 2022 veranstaltete die ZGF in Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten in der Bremischen Bürgerschaft den Informationsabend »Hauptsache das Kind ist gesund?« zum NIPT. Expert*innen nahmen dabei die mit dem Test verbundenen Probleme und die Auswirkungen auf die Schwangeren in den Blick. Zudem wiesen sie auf den Widerspruch hin, in dem der Test zum Auftrag der Inklusion steht. Denn wird ein solcher Test breit angewendet, wird vermittelt, dass es ein vermeidbares Risiko sei, ein Kind mit Down-Syndrom zu bekommen.



Landesbehindertenbeauftragter Arne Frankenstein und Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm in der Bremischen Bürgerschaft während der Debatte zum Beschluss des fraktionsübergreifenden Antrags »Verantwortungsvoll und gemeinsam eine Grundlage für eine sachgerechte, ethisch verantwortliche und rechtssichere Anwendung von nicht-invasiven Pränataltests schaffen«, 22. März 2023

Basierend auf den Ergebnissen der Fachveranstaltungen lieferte die ZGF fachliche Expertise für einen bremischen Antrag bei der Frauen- und Gleichstellungsminister*innen-Konferenz (GFMK) und setzte sich für einen interfraktionelle Beschluss der Bremischen Bürgerschaft ein, die den Senat zu einer Bundesratsinitiative aufforderte. Diese wurde im Sommer 2023 von der Senatorin für Frauen in den Bundesrat eingebracht und durch diesen beschlossen. Sie sieht ein bundesweites Monitoring der Konsequenzen der Kassenzulassung des NIPT sowie die Etablierung eines Gremiums vor. Aus der Bundesratsinitiative ist mittlerweile ein fraktionsübergreifender Antrag im Bundestag entstanden, der derzeit in den Ausschüssen debattiert wird.

Geschlechtersensible Digitalisierung im Gesundheitswesen

Digitale Maßnahmen führen zu grundsätzlichen Veränderungen im Gesundheitssystem. Die Veränderungen liegen zum einen im Arbeitsumfeld des Gesundheitswesens und der Pflege, wo besonders viele Frauen beschäftigt sind und von den Auswirkungen in ihrem Arbeitsalltag betroffen sind. Zum anderen betrifft die Digitalisierung aber auch Versorgung, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation. Obwohl die Kategorie Geschlecht für eine gute Gesundheitsversorgung eine zentrale Bedeutung hat, fehlen oftmals gendersensible Perspektiven bei der Entwicklung, Einführung sowie Evaluierung digitaler Neuerungen. Die ZGF sieht sich daher als kritische Begleiterin der digitalen Transformation im Gesundheitswesen und veröffentlichte mehrere Fachartikel zu diesem Thema.

Zudem hielt die ZGF bei der »Informatica Feminale« im Jahr 2022 einen Fachvortrag zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen und tauschte sich mit den dort anwesenden Informatikerinnen aus. Die »Informatica Feminale« ist eine deutschlandweit renommierte Sommeruniversität, die seit 26 Jahren an der Uni Bremen ausgerichtet wird.

Gesundheitsziel »Gesundheit rund um die Geburt« und Hebammenversorgung

In der Zeit rund um die Geburt werden wichtige Weichen für die Gesundheit von Müttern und ihren Kindern gestellt. In der Praxis bestehen bei ihrer Versorgung jedoch häufig Defizite: durch einen massiven Fachkräftemangel von Gynäkolog*innen und Hebammen, durch bestehende Lücken bei der berufsübergreifenden Zusammenarbeit sowie daraus resultierenden belastenden Arbeitssituationen. Das Bremer

Bündnis natürliche Geburt, initiiert unter anderem durch den Hebammenlandesverband, die ZGF, die Landesvereinigung für Gesundheit sowie die Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V., veröffentlichte deshalb im Jahr 2021 konkrete Handlungsfelder für die weitere Umsetzung des Nationalen Gesundheitszieles »Gesundheit rund um die Geburt« im Land Bremen. Unter Federführung von Referentinnen aus den relevanten Senatsressorts arbeitete der Arbeitskreis in den Berichtsjahren an der Realisierung einzelner Verbesserungsvorschläge und organisierte Fortbildungsveranstaltungen wie beispielsweise zum Thema »Transkulturelle Kompetenz zur Stärkung der Gesundheit rund um die Geburt«.

In den Jahren 2022 und 2023 fanden im Land Bremen zwei Veranstaltungen des bremer forums frauengesundheit zum Thema Hebammenversorgung statt. Zum einen zu den neu entstehenden Hebammenzentren und deren Bedeutung für die Versorgung in Bremens einkommensschwachen Quartieren, zum anderen zur Versorgungslage in der Schwangerschaft sowie rund um die Geburt. Die ZGF lieferte im Berichtszeitraum Fachexpertise für einen Antrag des Landes Bremen bei der Frauen- und Gleichstellungsminister*innen-Konferenz (GFMK) für die Einbindung von Hebammenvertretungen in den Bund-Länder-Beratungen zur Krankenhausreform.

Sicherstellung reproduktiver Rechte

Das Angebot für Schwangerschaftsabbrüche entspricht im Land Bremen nicht der Nachfrage, sodass es zu Wartezeiten kommen kann. Für die betroffenen Frauen bedeutet das eine große Belastung, da Schwangerschaftsabbrüche nur innerhalb einer gesetzlichen Frist erlaubt sind. Gerade in Bremerhaven gibt es nur wenige Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Die ZGF hat daher eine Veranstaltung zur Versorgungslage mit allen zentralen Akteur*innen in Bremerhaven zum Weltfrauentag im Jahr 2022 veranstaltet und im Anschluss einen Fachaus-tausch unter anderem mit dem Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide organisiert.

Die ZGF begrüßt, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Schwangerschaftsabbrüche im Berichtszeitraum verbessert haben: Einerseits wurde das sogenannte bundesweite Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a Strafgesetzbuch) im Juni 2022 aufgehoben. Andererseits beschloss der Bremer Senat im März 2023 das Gesetz zur Sicherstellung bedarfsgerechter Angebote für Schwangerschaftsabbrüche. Zudem konnte durch Fortbildungen zu medikamentösen Abbrüchen, angeboten durch die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und pro familia, das Angebot im Land Bremen verbessert werden, da mehr Gynäkolog*innen nun entsprechende Abbrüche anbieten.



»DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT VON FRAUEN ÜBER IHREN KÖRPER IST ERST DANN ENDGÜLTIG REALISIERT, WENN ABTREIBUNG KEIN STRAFATBESTAND MEHR IST.«

Bettina Wilhelm,
Landesfrauenbeauftragte

Die Bundesministerien für Gesundheit, Justiz und Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben auf Grundlage des Koalitionsvertrages die Kommissionen zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin einberufen. Die ZGF setzt sich seit jeher dafür ein, dass für Schwangerschaftsabbrüche eine Regelung außerhalb des Strafgesetzbuches geschaffen wird. Das von der ZGF geleitete bremer forum frauengesundheit zeichnete daher als Mitglied des Nationalen Netzwerks Frauen und Gesundheit im September 2022 einen offenen Brief zur Besetzung der Kommission mit.

Aufbau einer zentralen Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte

Im Jahr 2019 beschloss die Bürgerschaft die Einrichtung einer Gewaltschutzambulanz (GSA) im Land Bremen. Seit dem Jahr 2021 arbeitet die ZGF gemeinsam mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Ärztinnen und einer Koordinatorin des Klinikums sowie einer Rechtsmedizinerin aus der Berliner Charité an der Erstellung eines Konzepts für eine solche Ambulanz. Dieses wurde 2023 abgestimmt und ist Grundlage der GSA, die im April 2024 eröffnet wurde.

Neben der konzeptionellen Arbeit beruft die oben genannte Gruppe regelmäßig einen Beirat ein, in dem alle zukünftigen Kooperationskliniken, Rettungsdienste, Behördenvertreter*innen, Beratungsstellen und Träger weiterer Hilfsangebote berufen sind. Durch diese Zusammenarbeit können Schnittstellen schon im Vorhinein sinnvoll ausgestaltet und nötige Angebote der GSA eruiert werden.

Um für Betroffene von häuslicher oder sexualisierter Gewalt, die keine Anzeige bei der Polizei stellen wollen, ein Angebot zur Beweissicherung anbieten zu können, wird die Vertrauliche Spurensicherung (VS) ausgebaut. Die gesetzlichen Krankenkassen tragen im Land Bremen hierfür die Kosten. Dies regelt ein Vertrag zwischen der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, den Krankenkassen sowie dem Klinikum Bremen-Mitte als Leistungserbringer.

Die ZGF begrüßt, dass die Finanzierung der im April 2024 eröffneten GSA aus Haushaltsmitteln zunächst gesichert ist. Die GSA ist ein speziell auf die Freie Hansestadt Bremen zugeschnittenes Angebot und hält Kooperationen bereit, durch die auch Betroffene in Bremerhaven und Bremen Nord versorgt werden können. Als Alleinstellungsmerkmal versorgt sie sowohl Betroffene von sexualisierter, als auch von häuslicher Gewalt und steht allen Altersgruppen und Geschlechtern offen.



Ausblick

Für eine Verbesserung der geschlechtersensiblen Gesundheitsversorgung braucht es einen kontinuierlichen Prozess. Entsprechend werden alle von der ZGF federführend geleiteten und angestoßenen Initiativen auch in den folgenden Jahren weitergeführt. Meilensteine sind die Eröffnung der Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte im April 2024 sowie die geplante Einführung einer flächendeckenden, ressort- und trägerübergreifenden Bereitstellung von Video- und Audiodolmetschung in vielen Sprachen. Die ZGF setzt sich dafür ein, dass dieses Angebot auch dem medizinischen Bereich zur Vergütung gestellt wird.

Zusammen mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie dem Landesbehindertenbeauftragten wird die ZGF die Ergebnisse der Erhebung zur barrierefreien gynäkologischen Versorgung im Land Bremen vorstellen. Zum Gesundheitsziel »Gesundheit rund um die Geburt« wird in Kooperation mit SGFV im Jahr 2024 ein Schwerpunkt auf der Versorgung von seelischer Not rund um die Geburt liegen, wie beispielsweise die Versorgung bei postpartalen Depressionen. Auf der Bundesebene blickt die ZGF mit Spannung auf die weitere Entwicklung nach den Vorschlägen der Kommission zur Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen außerhalb des Strafgesetzbuches sowie auf das Monitoring zum nicht-invasiven Pränataltest.

Handlungsbedarfe

KAPAZITÄTEN FÜR SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE IM LAND BREMEN AUSBAUEN

Das Angebot für Schwangerschaftsabbrüche im Land Bremen entspricht nicht der Nachfrage, sodass es zu Wartezeiten kommen kann. Gerade in Bremerhaven gibt es zu wenig Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Für die betroffenen Frauen bedeuten Wartezeiten eine große Belastung, da Schwangerschaftsabbrüche nur innerhalb einer gesetzlichen Frist straffrei sind. Die ZGF rät der Politik daher, sich dringend für die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten einzusetzen.

DAUERHAFTE FINANZIERUNG DER GEWALTSCHUTZAMBU- LANZ IM LAND BREMEN

Im April 2024 eröffnete die Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte. Diese ist eine zentrale Maßnahme im Landesaktionsplan zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen Gewalt. Die Ambulanz richtet sich an Betroffene aller Geschlechter von häuslicher und sexualisierter Gewalt im Land Bremen. Aufgrund der Anschubfinanzierung durch die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz ist der Betrieb der Gewaltschutzambulanz bis zum Jahr 2025 gesichert. Um Betroffene von Gewalt auch in den kommenden Jahren versorgen zu können, setzt sich die ZGF für eine dauerhafte Finanzierung der Einrichtung ein.



Gremienarbeit

LAND BREMEN

bremer forum frauengesundheit,
Leitung

Arbeitskreis Gesundheitsversorgung
geflüchteter Frauen und Mädchen in
Bremen, Leitung

Beirat Gewaltschutzambulanz
Bremen

Interner Koordinierungskreis
Gewaltschutzambulanz Bremen

BREMERHAVEN

Forum Frauen und
Gesundheit Bremerhaven

BUNDESWEIT

Nationales Netzwerk
Frauen und Gesundheit



Veranstaltungen

»Hauptsache das Kind ist gesund?«,
Informationsveranstaltung zum nicht-
invasiven Pränataltest, 29. Juni 2022



Veröffentlichungen

Urban, M. (2022). **#digital turn in care. Veränderungen durch die Digitalisierung in der Pflegearbeit**, in: Fachzeitschrift für palliative Geriatrie, 1/2022, Seite 18–20

Urban M. (2022). **Zum digitalen Gender Health Gap. Geschlechtersensible Perspektive für die Gestaltung der Digitalisierung in Gesundheitsförderung und Prävention**, in: Frauengesundheit und Digitalisierung. Sammelband des Wiener Programms für Frauengesundheit; Schriftenreihe Frauen*Gesundheit*Wien Nr. 2, Seite 89–94

Urban M. (2022). **Digitale Frauengesundheit. Geschlechtersensible Gestaltung der Digitalisierung im Gesundheitswesen**, in: IPP-Info Nr. 19, Seite 4–5

Urban M. (2023). **Standards für die Gestaltung geschlechtergerechter Gesundheitszentren und MVZs**, in: IPP-Info Nr. 20 Schwerpunktheft: »Geschlecht und Intersektionalität in der gesundheitswissenschaftlichen Forschung«, Seite 12–13

Handlungsleitfaden Geschlechtersensible Sprachmittlung, August 2023



Foto: ©Cosima Hanebeck für die Hochschule Bremerhaven

Wissenschaft

Wissenschaft

Mit dem Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder wurden im Jahr 2007 hohe finanzielle Anreize gesetzt, um den Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Spitzenpositionen an deutschen Universitäten und Hochschulen zu erhöhen. Ihr Anteil stagnierte bis dahin bei rund 15 Prozent.

Das Programm schafft Anreize dafür, dass Hochschulen im Wettbewerb um Fördermittel geschlechter-spezifische Faktoren berücksichtigen. Im Land Bremen haben die Hochschulen erfolgreich am Professorinnen-Programm I bis III teilgenommen. Dennoch gilt bis heute: Je höher die Position, desto weniger Frauen sind dort vertreten. So waren an der Universität Bremen im Jahr 2022 über 50

Prozent der Studierenden weiblich. Zwar stieg der Anteil der Professorinnen an der Bremer Universität in den vergangenen zehn Jahren von 27 Prozent auf 33 Prozent, eine Gleichstellung ist damit in Spitzenpositionen jedoch nicht erreicht. Das Thema Frauen in der Wissenschaft steht daher weiterhin im Fokus der ZGF.



»Bremer Genderoffensive Hochschulen«



Logo der Initiative »Bremer Genderoffensive Hochschulen«

Der ZGF gelang es, die von ihr eingebrachte »Bremer Genderoffensive Hochschulen« im Wissenschaftsplan 2025 zu verankern. Eine Arbeitsgruppe initiiert und koordiniert von der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und zusammengesetzt aus Verwaltung, ZGF, Frauenbeauftragten aller Hochschulen und weiteren gleichstellungspolitischen Akteur*innen, erarbeitet konkrete Maßnahmen und entwickelt Formate für eine verbindliche Umsetzung. Diese zielen darauf, die Gleichstellung an den Hochschulen zu verbessern.

Die Arbeitsgruppe organisierte gemeinsam mit der damaligen Wissenschaftssenatorin Dr. Claudia Schilling im November 2022 die Auftaktveranstaltung der »Bremer Genderoffensive Hochschulen«. Dort wurden die im Vorfeld erarbeiteten drei Handlungsfelder vorgestellt und erörtert eine geschlechtergerechte Personalentwicklung, eine Positionierung von Geschlechter- und Diversitätspolitik zueinander sowie die Förderung von Frauen in den naturwissenschaftlichen und technischen Studienfächern. Die Bremer Hochschulleitungen und gleichstellungspolitischen Akteur*innen bekannten sich bei der Auftaktveranstaltung zu den Zielen der Genderoffensive und sicherten eine Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Maßnahmen in den drei Handlungsfeldern zu. Anschließend begann die oben genannte Arbeitsgruppe mit der Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung geschlechtersensibler Berufungsverfahren, die 2024 Grundlage eines Workshops mit den Hochschulleitungen sein werden.

Frauenförderung in MINT-Fächern

Eine der Stellschrauben zur Verringerung der Lohnlücke zwischen den Geschlechtern, also des Gender Pay Gaps, ist eine klischeefreie Studienorientierung. Dieses Ziel ist vor allem mit Blick auf MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) für Frauen noch lange nicht erreicht. Obwohl es in diesen Bereichen gute Beschäftigungsaussichten gibt, sind Frauen an Bremer Hochschulen in den MINT-Fächern unterrepräsentiert. An der Universität Bremen sank ihr Anteil bei den Studienanfängerinnen in den Fächern Physik und Elektrotechnik sogar nach einigen Jahren des Anstiegs wieder leicht und lag im Jahr 2022 bei 20 Prozent.

Um mehr Frauen für technische und naturwissenschaftliche Fächer zu begeistern, unterstützt die ZGF das Kompetenzzentrum Frauen in Naturwissenschaft und Technik an der Universität Bremen. Die gemeinsame Einrichtung von allen naturwissenschaftlich-technischen Fachbereichen der Universität Bremen verfolgt das Ziel, die Teilhabe von Frauen in MINT-Studiengängen zu



Quelle: Statistisches Bundesamt



Katharina Kunze, stellvertretende Landesfrauenbeauftragte, bei der Sommer-Universität »Informatica Feminale«, 21. August 2023
Foto: ©Birgit Wingart

verbessern. Sie ist Veranstalterin der internationalen Sommer-Universität »Informatica Feminale«, an der sich die ZGF im Berichtszeitraum mit einer Vorlesung und weiteren Beiträgen beteiligte.

Berufungsverfahren von Professor*innen

Wie in der Wirtschaft ist auch in der Wissenschaft der Anteil von Frauen in Führungspositionen, wie Professuren oder Forschungsgruppenleitungen, gering. Der Anteil von Frauen an den Professuren liegt in den Berichtsjahren im Land Bremen pro Hochschule nur bei je circa einem Drittel.

Das im Berichtszeitraum verabschiedete 6. Hochschulreformgesetz (HSRG) schafft Bedingungen, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern können. In ihrer Stellungnahme zu dem Gesetz, die sie in den Ausschüssen für Wissenschaft und Frauen vorlegte, setzt sich die ZGF für Schärfungen ein und machte konkrete Verbesserungsvorschläge. Auch fordert die ZGF, dass die Landesfrauenbeauftragte zukünftig wieder bei Berufungsverfahren von Professor*innen Stellung nehmen kann, wenn Frauenbeauftragte interveniert haben. Diese Möglichkeit entfiel im Jahr 2019 mit der Übertragung des Berufsrechts an die Hochschulen.

In ihrer Stellungnahme zum Erfahrungsbericht des Berufsrechts, der Bestandsaufnahme des Rektorats der Universität Bremen zum Berufsrecht 2019 bis 2022, begrüßt die ZGF

die überwiegend hohe Qualität von Berufungsverfahren an der Universität Bremen. Doch es bleibt noch viel zu tun. Zwar ist positiv, dass im Jahr 2021 unter den neuberufenen Professor*innen 53 Prozent Frauen waren, doch im Zeitraum von 2015 bis 2021 lag ihr Anteil durchschnittlich bei nur 40 Prozent. Im Durchschnitt sank ihr Anteil an den Neuberufungen in den drei Jahren nach der Übertragung des Berufsrechts an die Hochschulen sogar im Vergleich zu den vier vorherigen Jahren.

Ausblick

Die ZGF wird sich weiterhin für Geschlechtergerechtigkeit an Hochschulen einsetzen, damit sie zum Selbstverständnis bei allen Mitgliedern der bremischen Hochschulen wird und damit zukünftigen Studierenden eine klischeefreie Berufs- und Studienwahl ermöglicht. Ein solches Anliegen braucht einen langen Atem und gemeinsames Handeln: Die Arbeitsgruppe der »Bremer Genderoffensive Hochschule« wird weiterhin gemeinsam mit den Hochschulleitungen an der Umsetzung von Maßnahmen arbeiten.

Im Juli 2023 präsentierte der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland. Anhand dieser wird deutlich, dass die Universität Bremen im Bereich Gender Studies keine führende Rolle mehr spielt. Allerdings lehren und forschen heute noch Professorinnen und Dozentinnen mit Teildominationen mit einem Gender-Schwerpunkt beispielsweise in Jura sowie in den Gesundheits- und Kunstwissenschaften. Die nun von der Bremer Politik im aktuellen Koalitionsvertrag vorgesehene Stärkung der Gender Studies könnte diese Studienoption in Bremen wieder stärken. Die ZGF wird sich in diesem Prozess engagieren.

Handlungsbedarfe

GESCHLECHTERGERECHTE BERUFUNGS- UND PERSONALVERFAHREN ETABLIEREN

Noch immer arbeiten an den Bremer Hochschulen deutlich weniger Professorinnen als Professoren. Deshalb sind geschlechtergerechte Berufungs- und Auswahlverfahren wichtig. Dafür werden entsprechende Qualitätsstandards benötigt, die im Land Bremen aktuell von der »Bremer Genderoffensive Hochschule« entwickelt werden.

MINT-FÄCHER FÜR FRAUEN ATTRAKTIV MACHEN

Um die Lehr- und Lernbedingungen für Frauen in den MINT-Fächern an den Bremer Hochschulen zu verbessern, hält die ZGF ergänzende und fächerübergreifende Angebote wie die »Informatica Feminale« oder die »Ingenieurinnen Sommeruni« für sinnvoll. Veranstalter*innen solcher Angebote, wie beispielsweise das Kompetenzzentrum Frauen in Naturwissenschaften und Technik der Universität Bremen, sollten hierfür eine angemessene finanzielle Ausstattung erhalten.

GLEICHSTELLUNG AN HOCHSCHULEN STÄRKEN

Die Frauenbeauftragten und die Geschlechtergleichstellungspolitik an den Hochschulen müssen gestärkt werden. Aus Sicht der ZGF sollte dies durch eine konsequente Freistellung und Entlastung bei gleichzeitiger finanzieller Kompensation erfolgen.

GENDER STUDIES IM LAND BREMEN AUSBAUEN

Im Rahmen der Gender Studies erfolgt eine wissenschaftliche Analyse der Geschlechtergleichstellung, die wichtige Grundlagen für politisches und gesellschaftliches Handeln bietet. In der Vergangenheit hatte die Universität Bremen im Bereich Gender Studies großes Renommee. Inzwischen nimmt sie in diesem Gebiet jedoch keine führende Rolle mehr ein. Die ZGF hält daher den Ausbau des Bereiches Gender Studies an den Bremer Hochschulen für notwendig.



Gremienarbeit

LAND BREMEN

Arbeitsgruppe zur
»Bremer Genderoffensive
Hochschulen«

BUNDESWEIT

Arbeitsgruppe
»Frauenförderung
in der Wissenschaft«
der Gleichstellungs-
minister*innenkonferenz
(GFMK)

KOOPERATIONEN / PROJEKTE

Frauenförderung in MINT,
Kooperation mit dem
Kompetenzzentrum der Uni
Bremen



Veranstaltungen

»Bremer Genderoffensive
Hochschulen«, Auftaktveran-
staltung in Kooperation mit der
Senatorin für Wissenschaft
und den Bremer Hochschulen,
18. November 2022

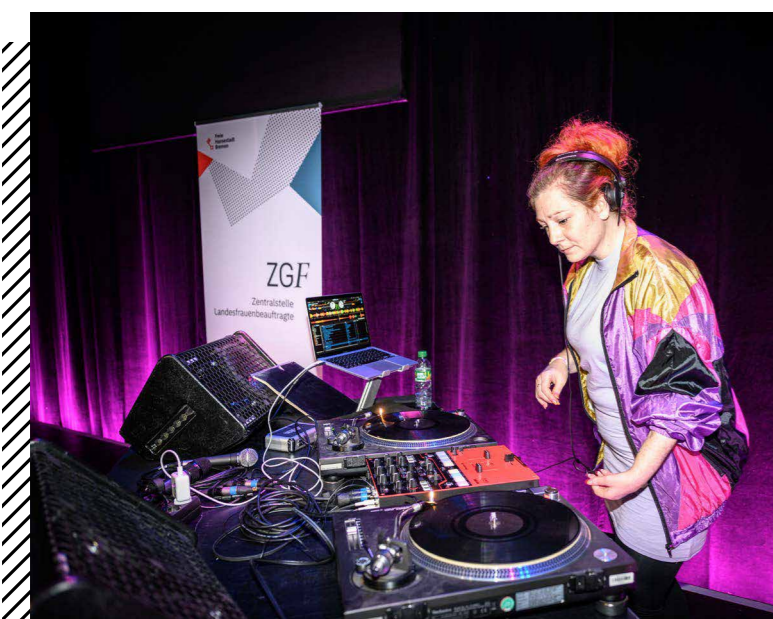
Foto: @Kerstin Rolfes



**Kultur &
Gesellschaft**

Kultur & Gesellschaft

Die Themenfelder Kultur und Gesellschaft bearbeitet die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten als Querschnittsthema ohne eigenständigen Fachbereich. Das bedeutet aber nicht, dass sie weniger wichtig genommen werden.



DJ Nutz an den Cutz beim frauenpolitischem Musik-Battle der ZGF, März 2023

Alle Fotos zum frauenpolitischen Musik-Battle ©Kerstin Rolfes

Im Gegenteil, denn hier sind häufig viele unterschiedliche Kolleg*innen an der Planung, Umsetzung und mit ihrer Fachexpertise beteiligt - meist auch die Dienststellenleitung. Das Spektrum ist dabei vielfältig: von politischen Veranstaltungen, über Lesungen und Kooperationen bis hin zu internationalen Begegnungen.



Musste sich Kritik gefallen lassen: Bürgermeister Andreas Bovenschulte beim frauenpolitischen Talk.

Von links: Katrin Windheuser (Leitung 37 Grad Festival), Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Moderatorin Tina Groll, Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm und Musikerin Morti Vated

Frauenpolitischer Musik-Battle

Am Equal Pay Day und einen Tag vor dem Weltfrauentag, also am 7. März 2023, lud die ZGF zum frauenpolitischen Musik-Battle ein. Unter dem Motto »beat Bovi« drehte sich im bis auf den letzten Platz belegten Saal der Schwankhalle alles um Musik, Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich. Bei einem abwechslungsreichen Programm zwischen Talk, Musik-Battle und Karaoke musste sich Bürgermeister und Kultursenator Andreas Bovenschulte kritischen Fragen zum kultur- und frauenpolitischen Kurs der Landesregierung stellen.

Im Talk mit der Landesfrauenbeauftragten Bettina Wilhelm, Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Katrin Windheuser, Leiterin des 13° Festivals, und der Bremer Musikerin Morti Vated ging es um feministische Kulturpolitik, die prekäre Lage von freiberuflichen Musiker*innen, ungleichen Chancen in der Musikbranche und ganz generell darum, was Musik eigentlich mit Feminismus zu tun hat. Intensiv wurde eine Quote in der Musik- und Kulturförderung diskutiert. Die Landesfrauenbeauftragte forderte dabei, dass öffentliche Mittel für Kultur zur Hälfte bei Frauen und queeren Personen ankommen.

Doch nicht nur die Diskussion, auch das abwechslungsreiche Musik- und Rahmenprogramm hatten es in sich. Beim feministischen Musik-Battle wurde das frauenpolitische Musik-Wissen der Podiumsgäste getestet und zum Abschluss der Veranstaltung beim Empowerment-Karaoke konnte auch das Publikum mitsingen. Facettenreiche Livemusik bot die Bremer Musikerin Morti Vated, unterstützt von DJ Nutz an den Cutz.



Musikerinnen Nell und Morti Vated beim frauenpolitischen Musik-Battle der ZGF, März 2023



Politischer Diskurs. Von links: Bettina Wilhelm (Landesfrauenbeauftragte), Maïke Schäfer (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau), Claudia Bernhard (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz), Wiebke Winter (CDU), Andrea Buchelt (Landesfrauenrat), Ulla Linnemann (FDP), Virginie Kamche (SPD-Kandidatin) und Antje Grotheer (stellvertretende Bürgerschaftspräsidentin), 17. April 2023

Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl 2023

Im April 2023 kamen auf Einladung des Landesfrauenrats – Bremer Frauenausschuss (bfa), der ZGF und des DGB – Frauen, die Topkandidatinnen zur Bürgerschaftswahl zu einem Speed Dating in die Bel Etage am Brill. Im Fokus der Veranstaltung stand, welche frauen- und gleichstellungspolitischen Vorhaben die Kandidatinnen für die neue Legislaturperiode planen. Befragt wurden dazu Claudia Bernhard (Die Linke), Antje Grotheer (SPD), Ulla Linnemann (FDP), Dr. Maïke Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Wiebke Winter (CDU). Nach einer kurzen Podiumsdiskussion mit den Kandidatinnen, moderiert von der Vorsitzenden des Landesfrauenrats Andrea Buchelt und der Landesfrauenbeauftragten Bettina Wilhelm, standen die Kandidatinnen zudem an verschiedenen Thementischen im Wechsel dem Publikum Rede und Antwort.



Veranstaltungs-Banner zum frauenpolitischen Speed-Dating



Unterzeichnung der »Gemeinsamen Erklärung gegen Sexismus«, 8. September 2022. Von links: Bettina Wilhelm (Landesfrauenbeauftragte), Dietmar Strehl (Senator für Finanzen), Claudia Bernhard (Senatorin für Frauen), Bürgermeister Andreas Bovenschulte

Unterzeichnung: »Gemeinsame Erklärung gegen Sexismus«

Um Position gegen Sexismus und sexuelle Belästigung zu beziehen, unterzeichneten am 8. September 2022 Bürgermeister Andreas Bovenschulte, die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Claudia Bernhard, der Senator für Finanzen, Dietmar Strehl, und die Landesfrauenbeauftragte, Bettina Wilhelm, im Bremer Rathaus die »Gemeinsame Erklärung gegen Sexismus und sexuelle Belästigung«. Die ZGF hatte diesen Schulterschluss für das Land Bremen initiiert.

Die Erklärung geht aus einem gesellschaftlichen Bündnis hervor, das vom Bundesfamilienministerium und der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF Berlin) koordiniert wird. Zu den Unterzeichnenden zählen Verbände, Unternehmen, Städte, Kultureinrichtungen, sowie der Deutsche Städtetag. Bremen war nach Hamburg das zweite Bundesland, das der Erklärung beitrug. Mit der gemeinsamen Unterzeichnung durch den Bürgermeister, den für das Personal des öffentlichen Dienstes zuständigen Finanzsenator, der Frauensensorin sowie der Landesfrauenbeauftragten setzte Bremen als Bundesland ein starkes Signal.

Autorinnen der Lesung »drei K – Körper | Klasse | Kämpfe«. Von links: Marlen Holbrack, Hadija Haruna-Oelker, Elisabeth Lechner mit der Moderatorin Katharina Mild



Plakat zur ZGF-Lesung »drei K – Körper | Klasse | Kämpfe«, 14. Dezember 2023

Lesung »drei K – Körper | Klasse | Kämpfe«

Unter dem Titel »drei K – Körper | Klasse | Kämpfe« veranstaltete die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten gemeinsam mit der Lesebühne im Lagerhaus »OUT LOUD« in der Weserburg, Museum für moderne Kunst, eine Lesung und ein Gespräch mit den Autorinnen Hadija Haruna-Oelker (»Die Schönheit der Differenz. Miteinander anders denken«), Marlen Hobrack (»Klassenbeste. Wie Herkunft unsere Gesellschaft spaltet«) und Elisabeth Lechner (»Riot, don't diet!«).

Die Autorinnen thematisieren in ihren Büchern unterschiedliche Formen von Diskriminierung wie Rassismus, Klassismus, Bodyismus und Sexismus sowie die mit damit verbundenen Mechanismen und Strukturen. Ein Mitschnitt der Lesung steht als Podcast bei Radio Bremen bereit: [Mitschnitte – Bremen Zwei](#).





Kooperationsveranstaltung mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen: »Der Lange Weg der Frauen ins Parlament«, 7. November 2023

Veranstaltung »Der lange Weg der Frauen ins Parlament«

Die Landeszentrale für politische Bildung Bremen veranstaltete in Kooperation mit der ZGF und der Bremischen Bürgerschaft im November 2023 die Gesprächs- und Diskussionsrunde »Der lange Weg der Frauen ins Parlament«. Mit der Revolution von 1848/49 wurden erstmals wesentliche demokratische Grundrechte erkämpft und das Wahlrecht erstritten – allerdings nur für Männer. Gleichzeitig brach die Revolution aber auch der organisierten Frauenbewegung Bahn, die sich auf den Weg machte, gleiche politische Rechte für Frauen zu erkämpfen. Die Veranstaltung beleuchtete die Rolle der Frauen in der Revolution von 1848/49 und die Gäste sprachen darüber, wie es heute in den Parlamenten aussieht. Auf dem Podium waren: Dr. Kerstin Wolff, Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel, Dr. Agnes Blome, Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, und Sahhanim Görgü-Philipp, Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft.

Die Veranstaltung war Teil des Rahmenprogramms der Ausstellung »Auf dem Weg zur modernen Demokratie«, die anlässlich des 175. Jubiläums der demokratischen Revolution von 1848/49 im Staatsarchiv Bremen zu sehen war.



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm bei der Verleihung des »Young Women in Public Affairs Award« des Zonta Clubs Bremen, 9. März 2022.
Foto: ©Jennifer Pfeiffer

Zusammenarbeit mit frauenpolitischen Organisationen

Einer der für die ZGF gesetzlich festgeschriebenen Aufträge ist auch die Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen und Frauenbewegungen. Diese Zusammenarbeit erfolgt zum einen über vielfältige Netzwerke und Arbeitsgruppen an denen die Fachreferent*innen der ZGF beteiligt sind. Eine Zusammenarbeit und Unterstützung erfolgt zum anderen aber auch direkt über die Landesfrauenbeauftragte. So beteiligte sie sich beispielsweise im Berichtszeitraum regelmäßig an der Aktion »One Billion Rising«, die jährlich am 14. Februar international gegen Gewalt an Frauen protestiert. Bei der Preisverleihung des »Young Women in Public Affairs Award« des Zonta Clubs Bremen führt die Landesfrauenbeauftragte jährlich ein Podiumsgespräch mit den nominierten jungen Frauen. Ihre Solidarität mit den Anliegen der Bewegung »Frau, Leben, Freiheit« und der queeren Community bekundete die Leitung der ZGF zum Beispiel durch die Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen.



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm bei der Tanzperformance und dem Protest gegen Gewalt an Frauen von One Billion Rising, 14. Februar 2022

Internationaler frauen- politischer Austausch

AUSTAUSCH IM RAHMEN DER STÄDTEPARTNERSCHAFTEN

Die ZGF bringt sich im Rahmen der Bremer Städtepartnerschaften immer wieder zu frauenpolitischen Themen ein. So besuchte beispielsweise eine Delegation aus Bremens türkischer Partnerstadt Izmir im Dezember 2022 die ZGF und tauschte sich über die Strukturen der Gleichstellungsarbeit und die Maßnahmen zur Gewaltprävention in Izmir und in Bremen aus. Die stell-

vertretende Landesfrauenbeauftragte Katharina Kunze sprach zudem mit Vertreter*innen aus Izmir und Bremen im Rahmen eines internationalen Karikaturenwettbewerbs zum Thema Gender Mainstreaming. Ein weiterer Austausch mit Vertreter*innen der türkischen Partnerstadt, unter anderem zum Thema Migration und Arbeitsmarkt, befindet sich aktuell in der Planungsphase. Im März 2023 kam eine Delegation aus der bremischen Partnerstadt Danzig unter dem Motto »4. Frauen-Forum« nach Bremen und besuchte in diesem Rahmen auch die ZGF, um mehr über die Arbeit der Behörde und über aktuelle frauenpolitische Themen in unserem Bundesland zu erfahren.



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm bei der Demonstration »Frau, Leben, Freiheit«, 26. November 2022



Die Solidaritätspreisträgerin Hamira Kobusingye
(vierte von rechts) zu Besuch in der ZGF, Oktober 2023

WEITERE FORMATE

Im Oktober 2023 besuchte die ugandische Klimaaktivistin Hamira Kobusingye die ZGF. Sie hatte wenige Tage zuvor den Bremer Solidaritätspreis verliehen bekommen und sprach mit Mitarbeitenden der Senatorin für Frauen und der ZGF zu den Themen globaler Feminismus, intersektionale Frauenförderung, den unterschiedlichen kulturellen Ansätze beim Gewaltschutz und die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels auf Frauen.

Auf Einladung des »Nordic Networks« der IHK-Nord reiste die Landesfrauenbeauftragte im Dezember 2023 als Schirmherrin und Rednerin zu einer Veranstaltung des Netzwerkes nach Brüssel. Die Reise nutzte sie auch, um dort an einem von der Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bei der Europäischen Union zusammengestellten Programm teilzunehmen und Gespräche mit unterschiedlichen Vertreter*innen zu frauenpolitischen Themen im Kontext der Gesetzgebung der Europäischen Union zu führen.



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm spricht als Schirmherrin
beim »Nordic Network« der IHK-Nord in Brüssel, 5. Dezember 2023
Foto: ©Simon Blackley



Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit

Zu den gesetzlichen Aufgaben der ZGF gehört die Öffentlichkeitsarbeit zur Frauen- und Gleichstellungspolitik. Die ZGF kommentiert entsprechend frauenpolitische Prozesse, gibt Impulse, stellt Forderungen, informiert und wird regelmäßig von Medienvertreter*innen angefragt.

Das Gesicht der ZGF ist die Landesfrauenbeauftragte, die bei Veranstaltungen unterschiedlichster Akteur*innen Reden und Grußworte hält. Über ihre Social-Media-Kanäle postet die ZGF Informationen und Kommentare und geht in den direkten Austausch. Zudem veröffentlicht sie Informationsmaterial zu gleichstellungspolitischen Themen. Dabei nutzt die ZGF Formate

wie Broschüren, Dokumentationen, Flyer oder Podcasts. Auch organisiert die ZGF regelmäßig, häufig gemeinsam mit Kooperationspartner*innen, Veranstaltungen zu aktuellen Themen. Für ihre Fachexpertise oder zur Einordnung in den frauenpolitischen Kontext wird die ZGF regelmäßig von den Medien angefragt.



Motiv des ZGF-Online-Kalenders zum Weltfrauentag 2023

Online-Kalender zum Weltfrauentag

Auch in diesen Berichtsjahren koordinierte und veröffentlichte die ZGF wieder den Online-Kalender weltfrauentag-bremen.de zum Weltfrauentag, am 8. März. Nicht-kommerzielle Anbieter*innen können ihre Veranstaltungen ab Mitte Januar in den Online-Kalender der ZGF eingeben. So können sich Interessierte schnell und unkompliziert darüber informieren, welche Vorträge, Diskussionen, Demos, Lesungen und vieles mehr, rund um den Weltfrauentag in Bremen und Bremerhaven stattfinden.

Nachdem es in den Pandemie Jahren deutlich weniger Termine zum Weltfrauentag waren, wurden in den Jahren 2022 und 2023 jeweils über 50 abwechslungsreiche Veranstaltungen zu Kultur, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Land Bremen angeboten.



Flagge zeigen! Aktion zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, 25. November 2023. Hissen der Flagge vor der Bremischen Bürgerschaft. Von links: Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm, stellvertretende Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer und Gönül Bredehorst (MdB).

Flagge zeigen gegen Gewalt an Frauen

Bremen zeigt Flagge: Jeweils am 25. November 2022 sowie 2023 hisste die Bremische Bürgerschaft die Flagge zum Tag gegen Gewalt an Frauen. Die Landesfrauenbeauftragte unterstützt jährlich diese Aktion. Dass die in 2019 erstmals gehisste Flagge mit der Aufschrift »Bremen sagt Nein zu Gewalt gegen Frauen« auch in der aktuell laufenden Legislaturperiode am 25. November weht, geht auf einen interfraktionellen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft aus dem November 2023 zurück.

Neben der Flagge vor dem Gebäude der Bremischen Bürgerschaft wehten im Berichtszeitraum auch am Rathaus sowie den Senatsressorts und zahlreichen anderen Organisationen der Städte Bremen und Bremerhaven, darunter der SV Werder Bremen und das Jobcenter die Fahne gegen Gewalt an Frauen. Bei der ZGF melden sich jährlich weitere an der Aktion Interessierte, um eine Flagge beziehungsweise eine Vorlage hierfür zu erhalten.



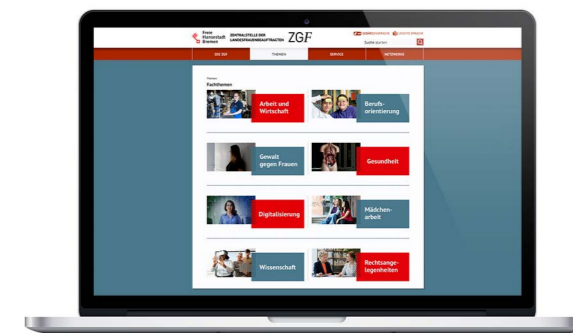
Anzeige mit dem Motiv der Kampagne »Flagge zeigen!« am Bahnhof Bremen, 2023

Podcast »Rolle rückwärts«

Als Reaktion auf die pandemiebedingten Einschränkungen während der Corona-Pandemie und damit verbundenen Diskussionen entwickelte die ZGF Bremerhaven in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Ende des Jahres 2020 den Podcast »Rolle rückwärts«. Im Laufe des Jahres 2021 wurden insgesamt 16 Folgen mit dem Schwerpunkt Frauen auf dem Arbeitsmarkt im Kontext der Corona-Pandemie veröffentlicht. Im Jahr 2022 entstanden drei weitere Folgen. Themen waren unter anderem der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sowie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Mit einer letzten Folge, in der die Macherinnen des Podcasts nach 18 Folgen Bilanz zogen und über die Auswirkungen der Pandemie auf die Geschlechtergerechtigkeit diskutierten, wurde der Podcast im Sommer 2022 beendet.



Logo des Podcasts »Rolle rückwärts«



www.frauen.bremen.de

Übersichtlich und nutzer*innenfreundlich: Die ZGF-Website nach dem Relaunch, Oktober 2023

Überarbeitung der ZGF-Website

Im Oktober 2023 gab es einen Relaunch der ZGF-Website www.frauen.bremen.de. Damit änderte sich nicht nur ihr Erscheinungsbild, sondern die Webseite ist auch nutzer*innenfreundlicher geworden. Dafür wurde der ZGF-Internetauftritt gestalterisch und inhaltlich komplett überarbeitet. Die Webseite ist nun im Corporate Design der ZGF gehalten sowie übersichtlich und klar strukturiert. Neben allgemeinen Hinweisen zur ZGF, wie beispielsweise Ansprechpartner*innen, Struktur und Auftrag der Behörde, findet sich auf der Seite Hintergrundinformationen zu den einzelnen frauenpolitischen Fachthemen, zu denen die ZGF schwerpunktmäßig arbeitet. Die Fotos, die die ZGF zur Bebilderung ihrer Fachthemen auf der Webseite nutzt, wurden in diesem Bericht den jeweiligen Kapiteln vorangestellt.

Ausbau der Social-Media-Kanäle

In dem Berichtszeitraum baute die ZGF ihre Präsenz in den Sozialen Medien aus, wobei Instagram der wichtigste Kanal zur Erreichung ihrer Zielgruppen geworden ist. Der ZGF folgen dort inzwischen rund 1.000 Menschen. Außerdem ist die ZGF auf Facebook, Youtube und X (vormals Twitter) vertreten. In den kommenden Monaten stehen Entscheidungen darüber an, auf welchen Social-Media-Plattformen die ZGF zukünftig vertreten sein wird.

Medienpreis »das ruder« für die frauenseiten bremen / 20 Jahre

Im Jahr 2003 initiierte die ZGF das Projekt gesche.online, ein Internetportal an dem sich Bremer*innen mit redaktionellen Beiträgen beteiligen konnten. Ziel des Portals war es, Medienkompetenz zu fördern und zu vermitteln. Aus dem erfolgreichen Projekt gingen dann die www.frauenseiten.bremen.de hervor, für deren Fachaufsicht die ZGF zuständig ist.

Passend zum 20. Geburtstag haben die frauenseiten bremen im Jahr 2023 den Medienkompetenzpreis »das ruder« der Bremischen Landesmedienanstalt gewonnen. Die ZGF hatte gemeinsam mit der Schwankhalle das Portal hierfür vorgeschlagen. Denn in Zeiten, in denen politische Debatten zentral im Netz stattfinden, hier jedoch Hass und Hetze zunehmen und viele Menschen zum Rückzug bewegen, ermutigen und ermächtigen die frauenseiten bremen, Frauen und queere Menschen aller Generationen, sich zu vernetzen, sich zu zeigen und Diskurse mitzugestalten.

Damit sorgen sie für Sichtbarkeit und Empowerment im digitalen Raum und machen durch ihre hohe Reichweite Genderthemen öffentlich. Die Landesfrauenbeauftragte freute sich daher auf der Preisverleihung im Sendesaal Bremen darüber, den frauenseiten bremen nicht nur zum 20-jährigen Bestehen, sondern auch zur Auszeichnung gratulieren zu dürfen.



Gewonnen! Verleihung des Medienkompetenzpreises »das ruder« an das Webportal frauenseiten bremen, 21. September 2023. Von rechts: Cornelia Holsten (Direktorin der Bremischen Landesmedienanstalt), 2. von rechts: Renate Strümpel (Leitung frauenseiten bremen), links: Bettina Wilhelm (Landesfrauenbeauftragte) mit Ehrenamtlichen aus der Redaktion des Webportals.



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm bei der Gerüstbauunternehmertagung, August 2022



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm bei der Debatte zum ZGF-Tätigkeitsbericht in der Bremischen Bürgerschaft, 24. März 2022

Reden, Vorträge & Grußworte (Auswahl)

In den Berichtsjahren waren die Landesfrauenbeauftragte, Bettina Wilhelm, oder ihre Stellvertretung, Katharina Kunze, auf rund 50 Veranstaltungen geladen, um Grußwörter, Reden oder Vorträge zu halten. Die Bandbreite ist dabei sehr vielfältig. Hier finden Sie einen Auszug:

Grußwort, One Billion Rising. Veranstaltung in Bremen im Rahmen der Internationalen Kampagne gegen Gewalt an Frauen, 14. Februar 2022 und 2023

Laudation, Preisverleihung von »Arbeit & Zukunft – Trommel« des Vereins Arbeit und Zukunft, 5. Mai 2022

Vortrag, »Einfach gut gebaut? Frauen im Gerüstbau – wie machen wir die Branche attraktiv?«, Gerüstbauunternehmertagung, 24. August 2022

Grußwort, 25 Jahre »Informatica Feminale«, Kompetenzzentrum Frauen in Naturwissenschaft und Technik an der Universität Bremen, 8. September 2022

Grußwort, Ausstellungseröffnung »Architektur für Alle?! Emanzipatorische Bewegung in Planung und Raum«, Bremer Zentrum für Baukultur, Wilhelm Wagenfeld Haus, School of Architecture und Gleichstellungstelle der Hochschule Bremen, 13. Oktober 2022

Schirmherrschaft, Aktionstage »Stoppt Gewalt gegen Frauen«, Frauen Union Bremen, 21. November 2022

Grußwort, Projekt Iran-Seminar »Frau, Leben, Freiheit«, Assosiation for Promotion of Open Society, 13. Dezember 2022

Grußwort, Geburtshilfe Symposium »Besser gemeinsam, gemeinsam besser!« – Hebammenarbeit in besonderen Situationen«, Hebammenlandesverband Bremen, 15. Februar 2023



Rede der Landesfrauenbeauftragten Bettina Wilhelm beim
26. Forum Intelligentes Bauen, 6. Oktober 2023

**Grußwort, »Unsere Kämpfe. Wie Frauen* ihre
Geschichten nicht durch Krieg und Krisen
definieren lassen«, Bremer Rat für Integration**
5. März 2023

**Podiumsdiskussion, »Gendergerechtigkeit,
Entgeltgleichheit und Diversität«, idea|2|business
GmbH (i2b)**

**Grußwort, Frauenvollversammlung des
Landessportbundes Bremen, 15. April 2023**

**Grußwort, Jahrestagung des Dachverbandes
deutschsprachiger Lesben-/Frauenarchive,
-bibliotheken und -dokumentationsstellen,**
29. September 2023

**Grußwort, Forum Intelligentes Bauen,
Bundesverband Deutscher Fertigbauer,**
6. Oktober 2023

Grußwort, Film premiere ELAHA in Bremen,
21. November 2023

Schirmherrschaft, Nordic Network, IHK Nord,
5. Dezember 2023



Der Film »Elaha« feierte seine Premiere in Bremen
mit Podiumsgespräch, 21. November 2023



Bremerhaven

Bremerhaven

Die ZGF-Bremerhaven ist eine zentrale frauenpolitische Adresse in der Seestadt. Das Büro wurde 1988 eröffnet und nimmt sowohl kommunale als auch landesweite Aufgaben wahr.

Zu den Arbeitsschwerpunkten der Mitarbeitenden im Büro der Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten in Bremerhaven zählen neben der Frauenförderung die Bereiche Gewaltschutz, Arbeit und Wirtschaft sowie Mädchenarbeit und Berufsorientierung. Auch das Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees« ist im dortigen Büro verortet.

Die Gremien- und Netzwerkarbeit erfolgt darüber hinaus auch in anderen relevanten Arbeitsbereichen. So begleitete die ZGF beispielsweise den Gründungsprozess des neuen Migrationsrats in Bremerhaven, in dem sie auch vertreten ist. Zudem beteiligte sie sich über den Beirat am Bundesmodellprojekt Zukunftswerkstatt Kommune und engagiert sich im Arbeitskreis Queer.



Infostand der ZGF in Bremerhaven zum Equal Pay Day, 5. März 2022

ZGF ist in Bremerhaven verankert

In Kooperation mit dem Aktionsbündnis Frauen Bremerhaven-Cuxland veranstaltete die ZGF im März 2022 eine Aktion zum Equal Pay Day sowie im November, nach gleich mehreren Vorfällen in Bremerhaven, eine Lesung zum Thema Femizide.

Im Rahmen der Kommission zum Frauenförderplan beteiligte sich die ZGF an der Erstellung des neuen Frauenförderplans für den Magistrat Bremerhaven.



Plakat zur ZGF-Lesung »Femizide – Frauenmorde in Deutschland«, 7. Dezember 2022



Infostand der ZGF in Bremerhaven zum Equal Pay Day, 5. März 2022



Die Autorinnen des Buches »Femizide – Frauenmorde in Deutschland«, Julia Cruschwitz und Carolin Haentjes, beim Gespräch mit Clara Friedrich (ZGF), 7. Dezember 2022

Wechsel in der Leitung des ZGF-Büros in Bremerhaven



Leitungswechsel im ZGF-Büro Bremerhaven.
Dr. Kathrin Stern (Foto) folgt auf Clara Friedrich.
Foto: ©Martina Buchholz

Im Sommer 2023 wechselte die Leiterin des ZGF-Büros, Clara Friedrich, zur Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz. Sie arbeitet dort im Stabsbereich Frauen als Referentin zur Leitung der Landeskoordinierungsstelle Istanbul-Konvention. Zum Februar 2024 übernahm Dr. Kathrin Stern die Leitung des Bremerhavener ZGF-Büros. Dr. Kathrin Stern war seit dem Jahr 2013 Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Syke. Zuvor arbeitete die promovierte Diplom-Sozialwissenschaftlerin als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem niedersächsischen Forschungskolleg. Als Leitung des ZGF-Büros in der Seestadt wird Dr. Stern die ZGF in den politischen Gremien der Stadt Bremerhaven sowie im Parlamentsausschuss der Gleichstellung der Frau der Bremischen Bürgerschaft vertreten und mit Magistrat und Verwaltung der Stadt Bremerhaven sowie den jeweiligen Ressorts auf Landesebene zusammenarbeiten. Neben der Leitung von und Mitarbeit in frauenpolitischen und weiteren fachlich relevanten Netzwerken, gehören auch die Verweisberatung von Frauen zu Diskriminierung, die Organisation von Veranstaltungen sowie die Beratung von Frauenbeauftragten in Bremerhaven zu den Aufgaben des ZGF-Büros in der Seestadt.

Internationaler Frauentag

Das ZGF-Büro in Bremerhaven koordinierte auch in den Jahren 2022 und 2023 die Veranstaltungen rund um den 8. März in der Seestadt und richtete eigene Veranstaltungen aus.

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2022

Mit dem Ziel, Frauen als aktiv Handelnde sichtbar zu machen, früher wie heute, boten Akteur*innen in Bremerhaven unter dem Motto »Frauen*Gestalten zum internationalen Frauentag 2022« zahlreiche Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Kulturelles an. Im Kontext aktueller Debatten um die Bremerhavener Innenstadtentwicklung organisierte die ZGF einen Frauen-Stadtrundgang durch die Innenstadt. Mit rund 30 Frauen wurden verschiedene Aspekte geschlechtergerechter Stadtentwicklung vor Ort betrachtet. In Kooperation mit der Stadtteilkonferenz Mitte fand im Nachgang eine Frauen-Stadtteilkonferenz statt. Dort führte die Landschaftsarchitektin Dr.-Ing. Käthe Protze in das Thema geschlechtergerechte Stadtplanung ein. Anschließend diskutierten die insgesamt 30 Teilnehmenden in Kleingruppen Themen wie Teilhabe, Mobilität oder Familienfreundlichkeit, begleitet von Fachfrauen aus den jeweiligen Themenbereichen.



Plakat zu einer Veranstaltung der ZGF-Bremerhaven in Kooperation mit der Stadtteilkonferenz Mitte anlässlich des Weltfrauentags am 8. März

Die anschließende Dokumentation vielfältiger Perspektiven wurde der Politik zugeleitet, mit der Aufforderung, eine geschlechtergerechte Planung sicherzustellen.

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2023

Im Folgejahr fanden in Bremerhaven 16 Veranstaltungen zum internationalen Frauentag rund um das Motto »Frauen* und Widerstand« statt. Unter der Überschrift »Bildet Banden!« lud die ZGF am 8. März 2023 zum frauen- und queerpolitischen Netzwerkabend ein. Nach drei Jahren Corona-Pandemie sollte ein konstruktiver Austausch, neue Begegnungen und geselliges Beisammensein im Fokus stehen. Über 70 engagierte Bremerhavener*innen genossen ein kurzweiliges Programm mit feministischem Quiz und Poetry Slam und knüpften neue Kontakte. Dem Netzwerkabend voraus ging eine Plakataktion im Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen in Kooperation mit dem Haus der Jugend, die mit kreativ gestalteten Postern der anwesenden Politik die Bedeutung des Weltfrauentages vor Augen führte.



Motiv der ZGF-Bremerhaven zum Weltfrauentag 2023



Die ZGF-Bremerhaven hatte anlässlich des Weltfrauentags zum Netzwerkabend »Bildet Banden!« eingeladen, 8. März 2023

Gruppenangebot für ukrainische Frauen

Zum Sommer 2022 gründete die ZGF in Kooperation mit der Abteilung Jugend- und Frauenförderung und finanziert vom Magistrat der Stadt Bremerhaven ein Angebot für ukrainische Frauen in der Seestadt. Damit reagierte sie auf die durch den Ukraine-Krieg verursachte Flüchtlingswelle. Denn es fehlte für den Großteil der Geflüchteten, also für die Frauen und Kinder, an spezifischen Angeboten, um sie angemessen zu begleiten. Im Rahmen einer zweimal wöchentlich stattfindenden offenen Frauengruppe entstand ein Raum, in dem die Frauen für sich sein, aber auch drängende Themen des Alltags besprechen konnten. Begleitet wurde die Gruppe von einer muttersprachlichen Koordinatorin sowie einer Psychologin. Die ZGF brachte sich neben der Organisation auch inhaltlich mit den Themen Frauenrechte und Arbeitsmarktintegration in die Gruppe ein. Zu Anfang des Jahres 2023 wurde das Angebot erfolgreich an den Träger Arbeit und Leben übergeben und wird entsprechend weitergeführt.



Podiumsgespräch zum 30-jährigen Bestehen des Arbeitskreises Berufliche Perspektiven für Frauen, 19. September 2022

30 + 1 Jahre Arbeitskreis Berufliche Perspektiven



Jubiläums-Logo des Arbeitskreises Berufliche Perspektiven für Frauen

»Flexible Arbeit – eine Option für alle?« lautete das Motto, unter dem der Arbeitskreis Berufliche Perspektive für Frauen in Bremerhaven am 19. September 2022 sein 30-jähriges Bestehen feierte – Corona-bedingt ein Jahr verspätet. An der Veranstaltung nahmen neben den Mitgliedern des Netzwerkes zahlreiche Wegbegleiter*innen des Arbeitskreises aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft teil.

Die rund 50 Teilnehmenden hörten einen Vortrag der Expertin Tina Weber von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) zum Thema »Flexibles Arbeiten in Schicht: Chancen für Gleichstellung und Vielfalt«. Danach folgte ein Fachgespräch mit der Referentin sowie Miriam Bömer vom DGB Bremen-Elbe-Weser, Monica Kotte von der Frauenberatungsstelle Zukunft im Beruf des AFZ – Arbeitsförderungs-Zentrum sowie Sönke Caspers vom Klinikverbund Gesundheit Nord. Die Frage, wie sich vor dem Hintergrund der Flexibilisierung von Arbeit bessere Bedingungen für weibliche Erwerbstätigkeit schaffen lassen, wird den Arbeitskreis auch in Zukunft beschäftigen.

Netzwerktreffen Frauenbeauftragte im Kommunalverbund

Am 21. September 2022 fand auf Initiative des Kommunalverbunds Niedersachsen/Bremen und der ZGF erstmals ein regionales Netzwerktreffen der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im Bremer Rathaus statt. Neben dem Kennenlernen und dem Austausch ging es um die Umsetzung der Istanbul-Konvention auf der kommunalen Ebene. Im Gespräch mit der Gewaltschutzkoordinatorin der Stadt Oldenburg, Johanna Reimann, beleuchteten die Teilnehmerinnen unter Moderation von Kommunalverbund-Geschäftsführerin Susanne Krebs die Bremer und Oldenburger Aktionspläne und diskutierten Chancen und Herausforderungen für deren Umsetzung. Auch Perspektiven für die Zusammenarbeit in der Region insgesamt mit weiteren grenzübergreifend wichtigen Themen wurden erörtert. Denn die Lebensbezüge der über eine Million Einwohnenden in der Region machen an Gemeinde- oder Landesgrenzen nicht halt. Dasselbe gilt für die Arbeit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Bei einem Treffen im November 2023 der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im Bremer Rathaus ging es um das Thema, wie geflüchtete Frauen von der Erstaufnahme in Bremen in den Städten und Landkreisen der Umgebung ankommen, was sie wo lernen, vorfinden, erleben und wie diese Schnittstellen verbessert werden könnten. Es gab Beiträge von Nadezda Milanova, der Migrations- und Integrationsbeauftragte im Land Bremen, von Fachfrauen aus den Bereichen Integration und Inklusion sowie von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus unterschiedlichen Kommunen.

Ausblick

Es ist der ZGF in Bremerhaven im Berichtszeitraum gelungen, die fachliche Vernetzung in Bremerhaven zu stärken und neue Angebote für Frauen auf den Weg zu bringen. Gleichzeitig bleibt die nachhaltige strukturelle Verankerung gleichstellungspolitischer Vorhaben eine Herausforderung. Erfreulich ist, dass im Herbst des Jahres 2023 die Planungen für die Fortsetzung der »Feministischen Woche Bremerhaven« mit Unterstützung der ZGF wieder aufgenommen wurden.

Handlungsbedarfe

GEWALTSCHUTZ IN BREMERHAVEN STÄRKEN

Im Jahr 2022 stiegen in Bremerhaven laut der Polizeilichen Kriminalstatistik Partnerschaftsgewalt und sexualisierte Gewalt deutlich an. Das daher dringend benötigte Hilfesystem weist jedoch Lücken auf. Die ZGF begrüßt daher, dass eine Aufstockung der Frauenhausplätze und die Erstellung des dafür notwendigen Finanzierungskonzepts vom zuständigen Ausschuss beschlossen wurden. Es gilt nun, das Konzept zügig zu entwickeln und anschließend umzusetzen. Zudem müsste aus Sicht der ZGF das Beratungsangebot zu verschiedenen geschlechtsspezifischen Gewaltformen bedarfsorientiert auf- und ausgebaut werden.

ZUGANG ZU SCHWANGERSCHAFTS-ABBRÜCHEN VERBESSERN

In Bremerhaven ist der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen nicht ausreichend und nicht für alle Zielgruppen gegeben. Die ZGF fordert die Politik daher auf, sich dringend für die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten einzusetzen.

QUALITÄTSSTANDARDS FÜR GESCHLECHTERSENSIBLE JUGENDARBEIT

Der im Jahr 2022 erstellte Praxisleitfaden für eine geschlechtersensible Kinder- und Jugendarbeit setzt wichtige Standards für Bremerhaven. Um ihre Arbeit gemäß dieses Leitfadens aufzustellen, müssen die städtischen Jugendeinrichtungen aus Sicht der ZGF finanziell und personell entsprechend ausgestattet werden. Mit der Neuschaffung der Stelle »Jugendbildungsreferent*in für queere Jugendarbeit« ist

für Bremerhaven eine wichtige Basis geschaffen worden. Weitere Ressourcen werden jedoch darüber hinaus benötigt, um passgenaue Angebote für queere Jugendliche entwickeln und umsetzen zu können.

BERATUNG FÜR PROSTITUIERTE LANGFRISTIG ABSICHERN

Die über Bundesmittel erfolgte Finanzierung der Bremerhavener Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen »Marie« läuft Mitte 2024 aus. Bremerhaven hat kein anderes niedrigschwelliges Beratungsangebot für diese Zielgruppe. Die ZGF drängt daher darauf, eine Anschlussfinanzierung für »Marie« sicherzustellen. Die Frauen befinden sich oftmals in vulnerablen Lebenslagen und benötigen kontinuierlich Beratung und Unterstützung.

EXISTENZSICHERUNG VON FRAUEN FÖRDERN

Die Quote sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen im Land Bremen ist eine der niedrigsten im Bundesvergleich, die Zahl der Alleinerziehenden hoch. In Bremerhaven gehen viele junge Frauen ohne Berufsabschluss in die erste Elternzeit. Mangelnde Vereinbarkeit erschwert danach einen Einstieg ins Berufsleben. Die Beratungsstelle »ZiBnet – Zukunft im Beruf des Arbeitsförderungs-Zentrums Bremerhaven« muss nach Ansicht der ZGF als wichtige Anlaufstelle für Frauen mit einer institutionellen Förderung deshalb finanziell abgesichert werden.



Gremienarbeit

BREMERHAVEN

Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen

Jugendhilfeausschuss

Fachbeirat für Migration und Chancengleichheit

Migrationsrat Bremerhaven

Arbeitskreis Queer

BUNDESEBENE

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Vergabeausschuss Präventionsrat

Beirat Zukunftswerkstatt Kommune



Veranstaltungen

»Feministische Woche meets 8. März: My body my choice?«, Online-Veranstaltung in Kooperation mit profamilia und den Falken Bremerhaven, 3. März 2022

Aktion zum Equal Pay Day in Kooperation mit dem Aktionsbündnis Frauen, 5. März 2022

Frauen-Stadtrundgang, 8. März 2022

Frauen-Stadtteilkonferenz im Seniorentreff Ankerplatz, 8. März 2022

»Flexible Arbeit – eine Option für alle?«, Fachvortrag und Empfang anlässlich des 30. Jubiläums des Arbeitskreises Berufliche Perspektiven Bremerhaven, 19. September 2022

Informationsveranstaltung zum Landesaktionsplan Istanbul-Konvention, Online-Veranstaltung, 25. November 2022

»Femizide – Frauenmorde in Deutschland« Lesung und Gespräch in Kooperation mit dem Aktionsbündnis Frauen, 7. Dezember 2022

»Bildet Banden!«, Netzwerkabend zum internationalen Frauentag, 8. März 2023

UNTERSTÜTZUNG VON KULTURVERANSTALTUNGEN UND ÖFFENTLICHE AUFTRITTE IN BREMERHAVEN

Vortrag bei den Omas gegen Rechts zu Frauenhass im Netz

Moderation der Zukunftswerkstatt Kultur Bremerhaven

Redebeitrag One Billion Rising Bremerhaven

Grußwort zur Ausstellungseröffnung »A Second Beating Heart« (Rabea Edel), im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Mutter? Eine Spurensuche«

Impressum

Herausgeberin:
Bremische Zentralstelle für
die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau (ZGF)
Faulenstr. 14–18
28195 Bremen

Telefon:
0421 / 361 142 33

E-Mail:
geschaeftsstelle-zgf@frauen.bremen.de


Redaktion:
Ulrike Brendel


Lektorat:
Susanne Gieffers, Lena Richter

Layout:
Katrin Adler, Bremen

Juni 2024

Website:
www.frauen.bremen.de

 [@zgfbremen](https://www.instagram.com/zgfbremen)

 [@zgfbremen](https://www.linkedin.com/company/zgfbremen)

